



Paul Waning:

Modernisierung durch neue Unternehmensstrukturen

Mit der Neuausrichtung seines Unternehmens wird, so der Lechwerke-Vorstand, die Flexibilität für regionale Partnerschaften verbessert.

Seite 8



Henriette Kirst-Kopp:

Glückwunsch zum 50. Geburtstag!

Westendorfs Bürgermeisterin ist die einzige Rathauschefin im Landkreis Augsburg. Viele wegweisende Maßnahmen tragen ihre Handschrift.

Seite 13



Dr. Otto Wiesheu:

Detailregelungen sind entscheidend

Der Wirtschaftsminister bewertete die bisherigen Ergebnisse der erzielten Einigung zum Emissionshandel als „Schritt in die richtige Richtung“.

Seite 7

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 22. April 2004

55. Jahrgang / Nummer 8

Gespräch mit CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder:

Staatsregierung und Kommunen sitzen in einem Boot

Mehr als 10.000 Menschen aus seiner Partei erreichte der neue CSU-Generalsekretär, Dr. Markus Söder, in den ersten 150 Tagen seiner Amtszeit. Die Kommunalpolitik nimmt in seinen Überlegungen einen sehr hohen Stellenwert ein. Wie sehr es seiner Partei darum geht, in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit den Kommunen zu helfen, erläuterte er gegenüber der Bayerischen Gemeindezeitung. Das Gespräch führte Anne-Marie von Hassel.

GZ: Herr Generalsekretär, Sie kommen zwar nicht aus der Kommunalpolitik, haben aber bereits mehrfach - unter anderem bei der jüngsten KPV-Landesversammlung in Feuchtwangen - betont, dass diese in Ihren Augen ein elementares politisches Betätigungsfeld darstellt. Jetzt sind Sie etwa 150 Tage im Amt - Zeit, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen.

Söder: In der Tat sind die Kommunen für mich die entscheidende Basis für die Politik der CSU. Denn Kommunalpoli-

tik ist das Erleben von Politik vor Ort, bedeutet auch das unmittelbare Umsetzen politischer Ideen. Ich bin zwar in den Landtag eingezogen, ohne vorher die Schule der Kommunalpolitik durchlaufen zu haben. Aber ich kann guten Gewissens behaupten, immer engen Kontakt zur Basis gehalten zu haben. Im Gegensatz zur SPD versteht sich die CSU auch als Anwalt der kommunalen Familie.

GZ: Können Sie dies an einem Beispiel verdeutlichen?

Söder: Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat der Freistaat Bayern zum Beispiel die



CSU-Generalsekretär Dr. Markus Söder im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel: „Wir müssen leistungsfähig bleiben, damit Bayern stark und Deutschland stabil bleibt.“ Foto: Korn

Steuerausfälle, die sich aus dem Vorziehen der Steuerreform ergeben haben, für die Kommunen geschultert.

Einnahmepplus für die Kommunen

Wir haben im Vermittlungsausschuss erreicht, dass die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage von 20 auf 28 Prozent zurückgenommen wurde, was den Kommunen ein Einnahme-

plus von 430 Millionen Euro beschert hat. Ich selbst habe sehr darauf gedrängt, durch Regionalkonferenzen die Ortsverbände und Bürgermeister in den Diskussionsprozess um den Reformkurs mit einzubinden. Außerdem habe ich angeregt, den Dialog mit Oberbürgermeistern und Landräten zu suchen, damit wir beim Topthema „Kommunal Finanzen“ eng abgestimmt vorgehen können. Eines (Fortsetzung auf Seite 4)

Deimer und Zellner bei gemeinsamer Pressekonferenz:

Skandal ersten Ranges!

Landkreise und Städte fordern neues Finanzkonzept und klare Zuständigkeiten für die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

Für einen „Skandal ersten Ranges“ halten der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Theo Zellner, und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, die vom Vermittlungsausschuss im Dezember letzten Jahres beschlossene Finanzierung der Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Bei einer Pressekonferenz in München verdeutlichten sie ihre Auffassung.

Zellner: „Die als Teil der Gemeindefinanzreform in Angriff genommene Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe entwickelt sich nach den bisherigen Reformüberlegungen der Bundesregierung zum Trauerspiel. Die Vorschläge sind sowohl in finanzieller als auch organisatorischer Hinsicht völlig unausgegoren und ungeordnet und führen im Vollzug ab

1. Januar 2005 zwangsläufig zum Chaos.

Ruinös für Städte und Landkreise

Vorsitzender Deimer: „Statt die Kommunen wie versprochen bundesweit um 2,5 Milliarden Euro zu entlasten, sollen wir 5 Milliarden Euro draufzahlen. Diese Politik ist entweder absolut

kommunalfreundlich oder in Berlin wird das kleine Einmaleins nicht beherrscht. Beides wirkt sich ruinös für Städte und Landkreise aus“.

Fünf Pluspunkte bei der Kreisumlage

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags Zellner berichtete von aktuellen Umfragen. Sie hätten ergeben, dass in Bayern mit Mehraufwendungen von insgesamt 576 Mio. Euro gerechnet werden müsse; davon entfielen auf die kreisfreien Städte 205 Mio. Euro, auf die Landkreise 284 Mio. Euro und 87 Mio. Euro auf die überörtlichen Träger im Bereich der Städte, Landkreise und Bezirke.

Bei jedem Landkreis bedeute dies eine zusätzliche Belastung von durchschnittlich 4 Mio. € und entspreche bayernweit 5 Punkten der Kreisumlage. „1 Punkt Kreisumlage sind rd. 58 Mio. € Für die Landkreise in Bayern führt dies zu einer Anhebung des durchschnittlichen Hebesatzes von 45,6 auf 50,6 Prozentpunkte und speziell in Oberbayern sogar zu einer Erhöhung von 47 auf 52 Prozentpunkten Kreisumlage“, so Zellner.

Große Fehler

Das Defizit liegt vor allem in der alleinigen Finanzverantwortung der Kommunen für Unterkunft- und Heizungskosten für alle Empfänger der Grundsicherung (Fortsetzung auf Seite 4)



In großer Sorge darüber, dass sie die Mehrausgaben, die sich aus der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ergeben, nicht mehr schultern können, stellten sich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, in München der Presse.

Kürzungen bei der Erwachsenenbildung:

Mehrbelastung der Kommunen

Gemeinsame Pressekonferenz von kommunalen Spitzenverbänden und Volkshochschulverband

Die Erwachsenenbildung ist nach wie vor äußerst gefragt. Zur Zeit nutzen 2,8 Millionen Hörerinnen und Hörer das umfangreiche Angebot. Allerdings macht der Sparkurs der bayerischen Staatsregierung auch nicht vor der Erwachsenenbildung halt. Der Nachtragshaushalt 2004 sieht bei Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern Kürzungen von 15 % vor, also drei Millionen Euro. In einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten BBV-Präsident und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Josef Deimer, Landrat Dr. Günther Denzler, Bürgermeister Rudolf Heiler, Bezirkstagspräsident Franz Jungwirth, sowie der erste Vorsitzende des Bayerischen Volkshochschulverbandes, Siegfried Kett, die dramatische Situation dar.

Erwachsenenbildung wird in den Kommunen stark gefördert; doch die Einsparungen des Bayerischen Staates können von den Kommunen kaum aufgefangen werden. Die wäre allerdings nötig, um den bisherigen Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Folgen sind absehbar: Gebührenerhöhungen, Kursausfälle, Entlassungen und Schließungen von Einrichtungen. Gerade denjenigen Bürgerinnen und Bürgern wird damit die Möglichkeit genommen, sich fort- und weiterzubilden und damit auch die Chance, in der heutigen Wirtschaft mit überschaubarem finanziellen Aufwand konkurrenzfähig zu bleiben.

ten schließen und eine große Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter entlassen werden. Auch werde es verständlicherweise schwierig mit weniger Geld gleiche Qualität zu bieten.

Kommunen fördern mehr

Die „Gemeinsame Erklärung der Bayerischen kommunalen Spitzenverbände und des Bayerischen Volkshochschulverbandes“, die am 1. April in München vorgestellt wurde, zeigt außerdem, dass die Kommunen in der vergangenen Dekade ihre finanzielle Unterstützung der Volkshochschulen bereits um 30 % erhöht haben, während die Förderung durch (Fortsetzung auf Seite 2)

Verfassungsauftrag

Die kommunalen Spitzenverbände, Bayerischer Gemeindefesttag, Bayerischer Städtetag, Verband der bayerischen Bezirke, sowie der Bayerische Volkshochschulverband fordern jetzt, dass die Bayerische Staatsregierung ihrem öffentlichen Bildungsauftrag nachkommt, wie er in der Bayerischen Verfassung verankert ist: „Die Erwachsenenbildung ist durch Volkshochschulen und sonstige mit öffentlichen Mitteln unterstützte Einrichtungen zu fördern.“ (Art. 139)

Einzigartiges Netz

Doch durch diese Kürzungen ist genau das Gegenteil der Fall, befürchteten die Teilnehmer der Pressekonferenz. „Das in Bayern einzigartige flächendeckende Netz von Volkshochschulen wird nicht weiter tragbar sein“, sagte Deimer. Viele der 800 ländlichen Nebenstellen müssen

Eigentlich müsste ganz Deutschland zur Sonderwirtschaftszone erklärt werden, meint die Vorzimmerperle angesichts der Berliner Diskussion um eine Sonderwirtschaftszone Ost. Diese sei wunderbar geeignet, davon abzulenken, dass bereits jetzt viele Gebiete in den alten Ländern im Abstiegskampf gegen Höchstfördergebiete in den neuen Ländern stehen. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

CSU steht zur 42-Stunden-Woche	Seite 2
Zehn Jahre Sicherheitswacht	2
Fehlbuchungen der Krankenkassen	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Standort Deutschland sichern	3
Landesausstellung 200 Jahre Franken in Bayern	3
Acht Argumente gegen die Ausbildungsplatzabgabe	4
GZ-Fachthemen:	
Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 8
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	10/11
Aus den bayerischen Kommunen	12 - 16

Falthäuser appelliert an Kommunen

„Ich habe wenig Verständnis, wenn die Kommunen einerseits jeden Tag neue Finanzforderungen stellen und andererseits die Möglichkeit einer dauerhaften Einsparung durch eine zumutbare und maßvolle Arbeitszeitverlängerung für ihre Mitarbeiter nicht nutzen. Ich appelliere deshalb nochmals an die Kommunen, dem Beispiel der Länder zu folgen und eine Kündigung des Tarifvertrags und eine Arbeitszeitverlängerung anzustreben“, erklärte Finanzminister Kurt Falthäuser. „Den Optimismus der Kommunen zu den Modernisierungsverhandlungen mit den Gewerkschaften teile ich angesichts der erschreckend mageren Zwischenbilanz nicht.“

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

CSU steht zur 42-Stunden-Woche

Grundsatzbeschluss der Fraktion mit Appell an die Kommunen
Opposition spricht von Fehlentscheidung und fordert flexible Lösungen

Die vom Kabinett beschlossene und von der CSU-Landtagsfraktion Ende März durch einen Grundsatzbeschluss akzeptierte schrittweise Einführung der 42-Stundenwoche im öffentlichen Dienst wird formellrechtlich ohne Beteiligung des Parlaments ab 1. Mai und 1. September praktisch umgesetzt. Daran haben Ministerpräsident, Finanzminister und Fraktionsvorsitzender keinen Zweifel gelassen. Sie gehen davon aus, dass die anhaltenden Proteste und Widerstände der Beamtenverbände, Gewerkschaften und der Kommunen in Verhandlungen abgebaut werden können. Die Landtagsopposition greift die Argumente gegen die Arbeitszeitverlängerung in parlamentarischen Initiativen auf und fordert „flexible Lösungen“.

In der CSU-Fraktion und anschließend vor der Presse hatte Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber erklärt, Bund, Länder und Gemeinden seien heute „finanziell praktisch bewegungsunfähig“. Zu den Land- und Kommunen möglichen Maßnahmen, sich in eigener Zuständigkeit wieder mehr Spielraum zu schaffen, gehöre die Arbeitszeitverlängerung. Sie werde nicht sofort, aber in den nächsten Jahren den Abbau von Arbeitsplätzen ermöglichen und so Mittel für Investitionen freimachen. Stoiber und Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser räumten ein, dass die bei den Kommunen schwieriger sei als beim Staat. Beide appellierten gleichwohl an die Spitzenverbände und den Kommunalen Arbeitgeberverband, den Tarifvertrag mit den Gewerkschaften zu kündigen, wie das die Tarifgemeinschaft der Länder bereits getan hat. Der Ministerpräsident schloss nicht aus, dass der Staat andernfalls finanzielle Konsequenzen gegen die Kommunen ziehen könnte.

Ver.di bewegt sich nicht

Ähnlich Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann: Er habe kein Verständnis, für den kommunalen Arbeitgeberverband, der immer weiter verhandeln wolle, obwohl sich bei der Gewerkschaft ver.di „nichts bewegt“. Die Zustimmung der Fraktion zum Kabinettsbeschluss sei nach intensiver Diskussion einmütig erfolgt. Herrmann hob insbesondere die aktive und praktische Mitwirkung des Vorsitzenden im Ausschuss für kommunale Fragen und innere Sicherheit, Jakob Kreidl, sowie des dem gleichen Ausschuss angehörenden Abgeordneten Rudolf Peterke (Mitglied der Gewerkschaft der Polizei) hervor.

Der Ministerpräsident dankte ausdrücklich dem Vorsitzenden des Ausschusses für den öffentlichen Dienst, Prof. Walter Eykmann der sich als kritischer Partner der Staatsregierung in Fragen des öffentlichen Dienstes seit Jahren einen Namen gemacht hat. In der schriftlichen

Erklärung der CSU-Fraktion hieß es u. a., mit neu einzustellenden Angestellten und Arbeitern solle ab 1. Mai eine wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden vereinbart werden. Für die „vorhandenen“ bleibe es bei 38,5 Stunden bis zum Abschluss eines neuen Tarifvertrages. Eine Anpassung erfolge aber bei Vertragsänderungen wie Beförderung, Übertragung „höherwertiger Tätigkeiten“, Übernahme von Auszubildenden und Vertragsverlängerung.

Gültigkeit per Verordnung

Bei den Beamten, für welche die 42-Stunden-Woche per Verordnung auf bestehender, gesetzlicher Grundlage ab 1. September gilt, soll eine Altersentlastung auf 41 Wochenstunden ab dem 50. Lebensjahr erfolgen. Ab vollendetem 60. Lebensjahr bleibt es bei 40 Wochenstunden. Die Fraktion setzt sich dafür ein,

Sicherheitswacht in Bayern:

10 Jahre Erfolgsmodell

Beckstein: „Fester Bestandteil der bayerischen Sicherheitspolitik“

Am 5. April 1994, also vor genau 10 Jahren, traten in den drei Erprobungsstädten Nürnberg, Ingolstadt und Deggendorf insgesamt 35 Frauen und Männer ihren Dienst bei der neu geschaffenen Sicherheitswacht an. Sie engagierten sich im Rahmen eines dreijährigen Pilotversuchs mit dem Ziel, durch ehrenamtliches Engagement das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken und die Polizei zu unterstützen.

Möglich wurde der Versuch auf der Grundlage des am 1. Januar 1994 in Kraft getretenen Sicherheitswachterprobungsgesetzes. Nach erfolgreichem Ablauf der Erprobungsphase wurde die Sicherheitswacht zum 1. Januar 1997 in Bayern dauerhaft installiert und seither in zahlreichen weiteren hierfür geeigneten Kommunen eingeführt.

„Die bayerische Sicherheitswacht ist ein fester Bestandteil der bayerischen Sicherheitspolitik. Wir werden dieses erfolgreiche Konzept auch in Zukunft unter verstärkter Einbindung der Kommunen flächendeckend weiter vorantreiben“,

unabhängig von der längeren Arbeitszeit in Zusammenarbeit mit dem Beamtenbund „flexible Arbeitszeitmodelle“ zu entwickeln. Bei der Pensionierung wird für Beamte im Vollzugsdienst (insbesondere Polizei und Justiz) die Altersgrenze von 60 Jahren beibehalten. Sonderregelungen gelten auch für Beamte in Führungsfunktionen des höheren Dienstes.

41 Stunden für Lehrer

Lehrer müssen generell nur 41 Wochenstunden leisten. Ihnen wird eine Stunde Vorbereitungszeit gut geschrieben. Besondere Belastungen sollen in Absprache mit den Berufsverbänden spezifisch berücksichtigt werden. Für die Hochschulen und bei Richtern erwartet die CSU von den zuständigen Ministerien eigene Vorschläge. Der Ministerpräsident versprach, bis Ende Juni „die Ausgestaltung der 42-Stunden-Woche der Beamten für alle Geschäftsbereiche und Verwaltungszweige des öffentlichen Dienstes zu konkretisieren“.

Betroffen sind laut Mitteilung des Finanzministeriums in Bayern rund 200 000 Beamte des Freistaates und der Kommunen. Hinzu kommen beim Staat ca. 100 000 Angestellte und 15 000 Arbeiter. Faltlhauser sprach verbindlich von 5 700 bis 7300

Stelleneinsparungen in den kommenden Jahren durch die Arbeitszeitverlängerung. Die Kommunen beschäftigen laut Mitteilung rund 370 000 Personen, darunter aber nur etwa 13% (ca. 48 000) Beamte.

SPD: Fehlentscheidung

SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget nannte die Einführung der 42-Stunden-Woche „eine wirkliche Fehlentscheidung und ein Einstellungsindemnis im größten Ausmaß“. Gleichzeitig werde es zu einer „Verschlechterung der Dienstleistungen für den Bürger“ kommen. Er forderte im Einvernehmen mit den Gewerkschaften andere, „flexible und intelligente Lösungen“.

Für die Grünen erklärte Adi Sprinkart, es sei ein „fatales Signal, wenn sich der Staat auf Kosten der Arbeitsplätze saniert“. Für den Nachwuchs sei das „ein Schlag für die Berufsperspektiven“. Die Appelle Stoibers an die Wirtschaft, Ausbildungsplätze zu schaffen, würden zu „hohen Sonntagsreden“.

Demgegenüber hat der Ministerpräsident die Arbeitszeitverlängerung auch der Wirtschaft empfohlen. Beispielsweise erwähnte er, dass die fünf Tage, die heuer wegen der Lage von Feiertagen an Wochenenden mehr gearbeitet werden, 0,6 % Wachstum brächten. Dem Staat bleibe durch Stelleneinsparungen in der Verwaltung neben dem Spareffekt Raum für Auszubildende und für mehr Lehrer. **rm**

Sozialministerin Stewens zur Pflegeversicherung:

Fehlbuchungen der Krankenkassen

400 Millionen Euro zu Unrecht kassiert

„Die Krankenkassen haben in den vergangenen Jahren 400 Millionen Euro zu Unrecht zu Lasten der Pflegeversicherung gebucht - dieser Betrag ist genauso hoch wie das gesamte Defizit der Pflegeversicherung im Jahr 2002. Dies hat das Bundesversicherungsamt den Vorständen aller Pflegekassen in einem Schreiben mitgeteilt“, erklärte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens in München und forderte „ein sofortiges Ende dieser Verschiebepolitik“, die Pflegeversicherung würde ansonsten „in ihrer Existenz gefährdet“.

Stewens: „Hilfsmittel wie beispielsweise Roll- und Toilettenstühle, die wegen Krankheit oder Behinderung von der Krankenversicherung zu leisten sind, dürfen nicht auf Kosten der Pflegeversicherung verbucht werden - hiergegen wurde in den vergangenen Jahren wiederholt verstoßen. Dies ergab eine bundesweite Schwerpunktprüfung der Prüfdienste des Bundes und der Länder, die im Jahr 2001 eingeleitet wurde.“ Auf der Grundlage bundesweit einheitlicher Vergaben seien dabei kassenindividuelle Fehlerquoten ermittelt und auf die Gesamtausgaben der Kassen hochgerechnet worden; dies habe ergeben, dass 400 Millionen Euro falsch zu Lasten der Pflegeversicherung - anstatt zu Lasten der Krankenversicherung - verbucht wurden.

Die Ministerin forderte vor diesem Hintergrund erneut und dringlich die Krankenkassen auf, ihre rechtswidrige Buchungspraxis - sofern noch nicht geschehen - zu beenden und den „Fehlbestand bei den Pflegekassen vollständig auszugleichen“.

142 neue Stiftungen in Bayern anerkannt

„Die Zahl der in Bayern im Jahr 2003 anerkannten Stiftungen hat einen neuen Höchststand erreicht. Mit 142 neuen Stiftungen ist sogar der bisherige Rekord aus dem Jahr 2000 mit 140 neuen Stiftungen übertroffen“, teilt Innenstaatssekretär Georg Schmid mit. Nimmt man die 20 kirchlichen Stiftungen hinzu, beträgt die Zahl der im Jahr 2003 insgesamt anerkannten Stiftungen sogar 162.

Bayern liegt damit bei der Zahl der neu errichteten Stiftungen bundesweit in der Spitzengruppe. Die meisten der in Bayern registrierten Stiftungen verfolgen gemeinnützige Zwecke und erfüllen so insbesondere soziale, kulturelle und wissenschaftliche Aufgaben.

„Gerade in einer Zeit, in der die Leistungen von Staat und Kommunen wegen der öffentlichen Finanznot immer weiter eingeschränkt werden, können gemeinnützige Stiftungen entstandene Lücken füllen und zum Gemeinwohl beitragen. Erfreulicherweise machen Privatpersonen weiterhin den größten Anteil unter den Stiftern aus“, so Schmid. Die Gesamtzahl der Ende 2003 in Bayern registrierten Stiftungen, die gemeinnützige Zwecke verfolgen, liegt mit ca. 2.290 bundesweit weiterhin mit deutlichem Abstand an der Spitze. Zusätzlich gibt es in Bayern

zahlreiche kirchliche Stiftungen, die ebenfalls gemeinnützig sind.

Wer in Bayern eine gemeinnützige Stiftung errichten will, kann sich bei den Regierungen in allen Fragen des Stiftungsrecht kompetent und kostenlos beraten lassen. Steuerliche Auskünfte dazu erteilen die zuständigen Finanzämter. Ausführliche Informationen enthält ein Merkblatt mit anhängendem Muster für ein Stiftungsgeschäft und eine Stiftungssatzung, das bei den Regierungen bezogen oder auf der Internetseite des Staatsministeriums des Innern unter <http://www.stmi.bayern.de/infothek/stiftung/index.htm> abgerufen werden kann. **sz**

Junge Freie Wähler:

Die Jugend nicht kaputt sanieren!

In Culmitzhammer bei Naila wurde der neue Vorstand der „Jungen Freien Wähler“ gewählt. Nach der Gründung des Landesverbands in Ingolstadt im August 2003 hielten die „Jungen Freien Wähler“ jetzt ihre erste Mitgliederversammlung ab.

In seiner Begrüßungsrede ging der Vorsitzende der Jugendorganisation, Josef Graubmann, auf das strikte Sparprogramm der Bayerischen Staatsregierung ein: „Einen ausgeglichenen Haushalt 2006 vorweisen zu wollen, ist für die Zukunft des Freistaates äußerst wichtig. Doch wenn die Staatsregierung voreilig und ohne Weitblick vorgeht, werden wir 2006 zwar einen makellosen Haushalt, aber keine Perspektive haben. Die Staatsregierung saniert die Jugend kaputt, indem sie an der Ausbildung, Bildung und Jugendarbeit spart, anstatt wie vor der Wahl versprochen zu investieren.“

Als Aufgaben nimmt sich der neue Vorstand unter anderem die Verankerung der Bezirksjugendbeauftragten in den jeweiligen Bezirksvorständen, eine geregelte Finanzierung seiner jugendpolitischen Arbeit, die Entwicklung einer Corporate Identity und die Gründung neuer Kreisverbände vor. **DK**

mit dem Fahrrad unterwegs und verbessern schon durch ihre Präsenz die Sicherheitslage und das Sicherheitsgefühl der Bürger.

Bei verdächtigen Vorkommnissen informiert die Sicherheitswacht über ein Sprechfunkgerät die nächste Polizeistreife. Die Angehörigen der Sicherheitswacht sind keine Hilfspolizei. Ihnen stehen die gleichen Rechte zu wie jedem anderen Bürger, so z. B. das Festhalten eines auf frischer Tat angetroffenen Straftäters bis zum Eintreffen der Polizei. Darüber hinaus können sie Personen anhalten, sie befragen und ihre Personalien feststellen, wenn dies zur Gefahrenabwehr oder zur Beweissicherung notwendig ist. **sz**

Arbeitgeberverband gegen Arbeitszeitverlängerung

KAV will Verhandlungen zur Tarifreform fortsetzen

„Für die kommunalen Arbeitnehmer ändert sich aufgrund der durch die Länder ausgesprochenen Kündigungen der Arbeitszeitbestimmungen nichts, da im kommunalen Bereich aufgrund nicht gekündigter Tarifbestimmungen die tariflich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden weiterhin gilt“ heißt es in einer Pressemitteilung des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern e.V.

Da im kommunalen Bereich praktisch keine Einstellungen stattfänden, seien Einsparungseffekte auf dem vom Freistaat beschrittenen Weg in der Regel nicht zu erreichen. Veränderungen des bestehenden Tarifrechts seien nachhaltig nur im Wege der Verhandlung erzielbar, schreibt Geschäftsführer Dr. Augat in einer Pressemitteilung. Die Kommunen verfolgen nach seinen Ausführungen das Ziel, wesentliche Veränderungen des gesamten Tarifrechts des öffentlichen Dienstes durch Verhandlungen herbeizuführen. Hieran hätten insbesondere die kommunalen Unternehmen ein hohes Interesse. Mit dem Abbruch oder Scheitern der Verhandlungen

zum jetzigen Zeitpunkt wäre eine Chance auf ein wettbewerbsfähiges Tarifrecht auf Jahre hinaus vertan, fürchtet der KAV Bayern, der ein konstruktives Eingehen der Gewerkschaften auf die grundlegenden Forderungen der VKA erwartet.

„Mit dieser Auffassung stehen wir nicht alleine da, auch von kommunalen Arbeitgeberverbänden anderer Bundesländer wird diese Auffassung geteilt“, so Augat. Aus der Front der öffentlichen Arbeitgeber sei nicht der kommunale Bereich ausgeschert, vielmehr seien es allein die Länder, die sich nicht mehr an eine in der Lohnrunde getroffene Absprache halten wollten. **sz**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Kläß
82299 Türkenfeld
am 7.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Wegscheider
87448 Waltenhofen
am 26.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hermann Dumbs
83527 Haag i. OBB
am 1.5.

Bürgermeister
Waldegar Hofmann
91356 Kirchhehrenbach
am 1.5.

Bürgermeister Alois Zellner
94547 Iggenbach
am 7.5.

Bürgermeister Georg Hölzl
84335 Mitterskirchen
am 8.5.

Bürgermeister Franz Plötz
94265 Patersdorf
am 8.5.

Bürgermeister
Robert Finster
97447 Frankenwinheim
am 29.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Johann Weininger
94256 Drachselried
am 7.5.

Bürgermeister
Franz Schmuck
90614 Ammerndorf
am 8.5.

Bürgermeister
Johann Rambold
84428 Buchbach
am 9.5.

Bürgermeister
Hans-Peter Laschka
96268 Mitwitz
am 9.5.

Bürgermeister Peter Mahl
86694 Niederschönenfeld
am 9.5.

Bürgermeister
Josef Miehling
91785 Pleinfeld
am 28.4.

Mehrbelastung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
den Staat um ganze 0,9 % gestiegen ist.

Der Freistaat Bayern wird daher von den bayerischen Städten, Gemeinden, Landkreisen und Bezirken aufgefordert, die geplanten Kürzungen rückgängig zu machen. Vielmehr seien die bisherigen 0,2 % des Bildungsetats, mit denen die Erwachsenenbildung unterstützt wird, zu verdoppeln, damit die bayerischen Volkshochschulen sich auch weiterhin „als vom Freistaat anerkannte und auf gesetzlicher Grundlage aus Landesmitteln finanzierte kommunale Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die überparteilich und überkonfessionell als Ort der Bildung und Begegnung möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern aller sozialer Schichten offen steht“, verstehen können. **CH**

Landesausstellung 2006:

200 Jahre Franken in Bayern

Freistaat Bayern und Stadt Nürnberg schließen Vertrag

„Vivat Preußen!“ - so schallte es durch das heutige Mittelfranken, als dessen Gebiete im Jahr 1806 zum neugeschaffenen Königreich Bayern kamen. 200 Jahre später nimmt das Haus der Bayerischen Geschichte die Eingliederung umfangreicher Gebiete aus dem alten fränkischen Reichskreis zum Anlass für eine große Landesausstellung 2006 in Nürnberg.

In Anwesenheit von Staatsminister Dr. Günther Beckstein unterzeichneten der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Dr. Ulrich Maly, und der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, Professor Dr. Claus Grimm, im Museum Industriekultur den Vertrag für die Bayerische Landesausstellung 2006 in Nürnberg.

2006 in eine völlig neue gestaltete Eingangssituation, räumlich getrennt vom herkömmlichen Haupteingang des Museums. Dieser neue Besucherweg führt mit einer Inszenierung zum Umbruchsjahr 1806 direkt in das Untergeschoss des Museums Industriekultur. Ein großer Teil der Landesausstellung wird dort in den Mittelgang der vorhandenen

punkt liegt dabei auf dem Auf- und Abstieg der Industriekultur in Nordbayern.

Historische Inseln

Die „Historischen Inseln“ enthalten neben Originalexponaten jeweils zu einem zentralen Einleitungstext und Rubriken wie „Topereignisse“, Zeitleiste, strukturellen Grundfragen (z.B. Bevölkerungsentwicklung, Ernährung, Ressourcen) und Biografien. Zugleich sollen die Inseln auch als Bühnen fungieren, auf denen Schauspieler, einzeln oder in kleinen Gruppen, agieren, die Besucher zu bestimmten Zeiten regelmäßig durch die Ausstellung führen. Dieses „Theater in der Ausstellung“ ist zugleich ein neues Element in den Landesausstellungen des Hauses der Bayerischen Geschichte und bisher nur in wenigen großen Projekten gewagt worden.

Zugewinn für Bayern

Nürnberg war bisher sechs Mal Ausstellungsort für das Haus der Bayerischen Geschichte, darunter drei Landesausstellungen: 1985 „Aufbruch ins Industriezeitalter“, in Nürnberg und Augsburg; 1986 „Vorwärts, vorwärts sollst Du schauen...“ Geschichte, Politik und Kunst unter Ludwig I.; 1988 „Siehe der Stein schreit aus der Mauer“. Geschichte und Kultur der Juden in Bayern“.

Wie Innenminister Dr. Günther Beckstein anlässlich der Unterzeichnung des Vertrages betonte, will die Staatsregierung mit der Frankenausstellung nicht nur die Bedeutung Frankens als Teil Bayerns würdigen, „sondern wir wollen ebenso den Verlust der Reichsunmittelbarkeit als Zugewinn für Bayern darstellen.“ DK

Dauerausstellung mit der vorgegebenen Präsentation der Industrie- und Sozialgeschichte eingesetzt.

Es entstehen „Historische Inseln“ mit den wichtigsten Zäsuren im neuen Bayern ab 1806. Neben der allgemeinen politischen Geschichte sollen vor allem Besonderheiten der Entwicklung in den fränkischen Bezirken und das Verhältnis zwischen den alten und neuen Landesteilen herausgestellt werden. Exponate zu den Lebenswelten vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart und vielfältige mediale Mittel vermitteln ein lebendiges Bild der Alltagsgeschichte und des Strukturwandels. Ein inhaltlicher Schwerpunkt

„Wer schreibt, der bleibt“:

Bayern feiert seine Schriftsteller

Literatur als Schlüssel zu Kulturen und Identitäten
Auftakt zur „Literaturlandschaft Niederbayern“

Mit 400 Einzelveranstaltungen in 150 bayerischen Städten und Gemeinden feiert Bayern in diesem Jahr seine Literatur. Vom 23. April, dem UNESCO-Welttag des Buches, bis Ende Juni 2004 veranstalten Nieder- und Oberbayern, Unter-, Mittel- und Oberfranken, die Oberpfalz und Bayerisch-Schwaben Lesungen und Spaziergänge, Theateraufführungen, Filme, Liederabende, Vorträge, Kabarett, Schreibwerkstätten und Rezitationen im Rahmen der „Literaturlandschaften Bayerns“.

Am kommenden Sonntag findet die Auftakt-Matinee für die Region Niederbayern mit der Lesung „Häuslerleut“ in Landshut statt. Die beteiligten Städte

und Gemeinden haben detaillierte Programme mit dem Fokus auf der Verbindung zwischen Literatur und Ort erarbeitet. Sie präsentieren einen für sie spezifischen Aspekt der Literatur und schreiben sich damit auf eigenwillige Art in eine „Literarische Landkarte“ Bayerns ein. Im Mittelpunkt stehen Autoren, mit einer engen Beziehung zur jeweiligen Literaturlandschaft.

Literarisches Großprojekt

Allein in Niederbayern beteiligen sich 24 Städte und Gemeinden mit über 50 Einzelveranstaltungen an dem literarischen Großpro-



Maria Hartl.

jekt: Abensberg, Asbach, Bad Füssing, Ering, Freyung, Fürstentzell, Grafenau, Hengersberg,



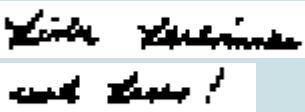
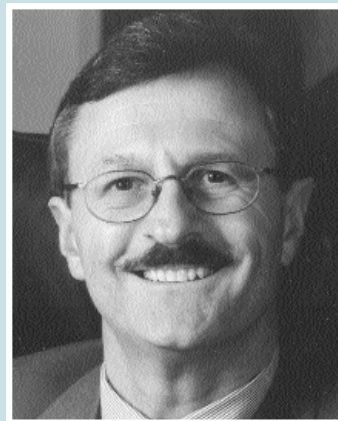
Antonia Reidel.

Hohenau, Landshut, Mainburg, Massing, Nationalpark Bayerischer Wald, Passau, Plattling, Pocking, Regen, Straubing, Velden, Viechtach, Vilsbiburg, Waldkirchen, Wegscheid und Zenting.

Wo liegt Hinterbayern?

Am Grenzbahnhof Bayerisch Eisenstein liest Bernhard Setzwein. Für die Stadt Regen hat Joseph Berlinger ein Hörstück inszeniert, das Siegfried von Vegesack und Jakob Ertl einander begegnen lässt. Im Freilichtmuseum Massing leiht

Kolumne Gerhard Weber



Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist ins Gerede gekommen. Fast täglich erreichen uns Nachrichten über geplante oder bereits vollzogene Betriebsverlagerungen aus Deutschland weg ins Ausland. In Deutschland entstehen schon seit vielen Jahren zu wenige neue Arbeitsplätze, um die Zahl der Arbeitslosen zurückgehen zu lassen. Andererseits kommen auch nicht selten Betriebe nach Deutschland zurück, die von einem „Abenteuer im Ausland“ die Nase voll haben.

Wer durch hohe Arbeitskosten belastet ist - wie das in Deutschland nun einmal der Fall ist - der muss andere Vorteile in die Waagschale werfen, um im eigenen Land Arbeitsplätze erhalten und neue schaffen zu können. Zu den wichtigsten Pluspunkten des Standortes

Standort Deutschland sichern!

Deutschland zählen zweifellos die hervorragende Infrastruktur sowie stabile soziale und gesellschaftliche Verhältnisse. Einen hohen Anteil daran haben die Städte und Gemeinden, die seit vielen Jahrzehnten u.a. für gute Schulen und Kindergärten, hervorragende Krankenhäuser, gute innerörtliche Verkehrsverbindungen, bestens erschlossene Gewerbegebiete, vielfältige soziale und kulturelle Einrichtungen sowie für eine hohe Lebensqualität sorgen. Die Kommunen konnten diese bemerkenswerten Leistungen in der Vergangenheit erbringen, weil sie über ausreichende Finanzen, insbesondere aus der Gewerbesteuer, verfügten. Wenn aus Geldmangel das hohe Niveau der öffentlichen kommunalen Leistungen auf Dauer erheblich reduziert werden müsste, wenn auch auf diesem Gebiet Deutschland in die zweite oder dritte Liga absteigen würde, dann müsste man wirklich „gute Nacht Wirtschaftsstandort Deutschland“ sagen.

Um so gespenstischer wirkt die Diskussion um die Abschaffung der wichtigsten gemeindlichen Einnahmequelle, der Gewerbesteuer. Die Kommunen müssten bei einem Ausfall der Gewerbesteuer in Höhe von ca. 25 Milliarden € bundesweit pro Jahr ihre Leistungen für die Bürger und für die Wirtschaft drastisch vermindern. Woher der in Aussicht gestellte Ausgleich dafür kommen sollte, liegt völlig im Dunkeln. Es wäre geradezu lachhaft, wenn man auf der einen Seite den Lohn- und Einkommenssteuerszahlern Entlastungen verspricht, andererseits aber die Gewerbesteuer ganz oder teilweise auf

die Einkommenssteuer umlegen würde. Bei einer Verlagerung des Gewerbesteueraufkommens auf die Körperschaftsteuer würde aber die angestrebte steuerliche Entlastung der Wirtschaft nicht eintreten, sondern das Kind hätte nur einen anderen Namen. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde die Konjunktur belasten und die Schwarzarbeit begünstigen.

Die Größenordnung von 25 Milliarden € Gewerbesteuer pro Jahr kann erst dann richtig eingeordnet werden, wenn man sie mit anderen bundesweiten Zahlen vergleicht:

≪ Das Bruttoinlandsprodukt 2001 betrug 2.073 Milliarden €.¹

≪ Die Brutto-Unternehmensgewinne der Kapitalgesellschaften betragen im selben Jahr 309 Milliarden €.¹

≪ Die direkten Steuern der Kapitalgesellschaften verminderten sich von 34,7 Milliarden € im Jahr 2000 auf 12,3 Milliarden € im Jahr 2001. Ihre durchschnittliche Steuerbelastung verminderte sich in diesen beiden Jahren von 11,6 % auf 4,0 %.¹

≪ Im Jahr 2002 beliefen sich die gesamten Steuereinnahmen auf 441 Milliarden €. Die Gewerbesteuer hatte daran einen Anteil von 5,31 % (23,5 Milliarden €).²

≪ Für unsinnige Projekte geben deutsche Unternehmen nach einer Langzeitstudie des Münchner Betriebswirtschaftsprofessors Manfred Gröger im Auftrag einer Unternehmensberatungsfirma Jahr für Jahr 120 bis 150 Milliarden € aus.³

Angesichts dieser Zahlen wird klar, dass das Bestehen oder Nichtbestehen der Gewerbesteuer nur eine untergeordnete finanzielle Bürde für die Wirtschaft darstellt. Wegen der Gewerbesteuer musste noch kein Unternehmen schließen oder Deutschland verlassen, sollte es eines Tages keine Gewerbesteuer mehr geben, würde deshalb kein einziger zusätzlicher Betrieb in Deutschland geschaffen werden. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist die Gewerbesteuer aber deshalb unverzichtbar, weil sie es den Kommunen ermöglicht, eine hervorragende Infrastruktur als Grundlage für unternehmerisches Handeln bereit zu stellen. Wer den Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten und stärken will, muss deshalb an der Gewerbesteuer festhalten.

Her
Gerhard Weber

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt

² Quelle: AK Steuerschätzung vom Nov. 2003

³ Quelle: Südde. Zeitung vom 5.4.2004

Bayerisches Handwerk:

Gegen Bagatelsteuern

Der Wiedereinführung von Bagatelsteuern auf kommunaler Ebene in Bayern erteilte das Handwerk in einer Resolution gemeinsam mit anderen Wirtschaftsorganisationen eine klare Absage. Der Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern sowie des Bayerischen Handwerkstages Heinrich Traublinger, MdL, erklärte, dass Bagatelsteuern wie Vergnügungssteuer, Speiseeissteuer u.ä. die Finanzprobleme der Kommunen nicht lösen, da die Erhebungskosten die Einnahmen meist übersteigen. Der Wirtschaftsstandort brauche eine spürbare Steuerentlastung und keinen Wildwuchs bei örtlichen Verbrauchs- und Aufwandssteuern. ≪

Gesamtprogramm im Internet

Das Gesamtprogramm zu „Die Literaturlandschaften Bayerns“ kann im Internet unter www.dieliteraturlandschaftenbayerns.de eingesehen werden. Für die einzelnen Regionen gibt es Programmhefte in gedruckter Form, die in den teilnehmenden Städten und Gemeinden an den ortsüblichen Stellen ausliegen. ≪

Staatsregierung und Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ist klar: Staatsregierung und Kommunen sitzen in einem Boot. Wir sind Partner und keine Gegner.

GZ: Der aktuelle Sparkurs ist eigentlich der Sparkurs der Staatsregierung und nicht unbedingt jener der CSU. Dennoch trägt die CSU den eingeschlagenen Weg von Ministerpräsident Stoiber sehr deutlich mit. Wie gehen Sie in den Ortsverbänden, in der Region vor?

Mangelndes Wirtschaftswachstum

Söder: Ich habe seit meinem Amtsantritt in Regionalkonferenzen und durch Basisbesuche, etwa bei den Orts- und Kreisverbänden, gut 10.000 Menschen in der CSU direkt erreicht. Natürlich sind viele verunsichert, weil sie nicht genau wissen, wie es weitergeht. Mir ist es ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass es zum Sparkurs keine Alternative gibt. Denn Schulden von heute sind die Steuern von morgen und die Zinsen von jetzt. Trotz unseres Reformkurses sind wir in Bayern das mit Abstand investitionskräftigste Land. Dieses Niveau kann aber nur gehalten werden, weil wir über die Jahre hinweg solide gewirtschaftet und die Neuverschuldung kontinuierlich zurückgefahren haben. Aber die Spielräume werden kleiner, weil die durch das mangelnde Wirtschaftswachstum verursachten Steuerausfälle uns jetzt stärker treffen. Ich habe den Eindruck, dass die überwiegende Mehrzahl der bayerischen Bürger und der Politiker unseren Kurs mitträgt. Aber es bleibt eine Menge zu tun, um den Kommunen finanziell wieder auf die Beine zu helfen. Rot-Grün hat hier überhaupt kein Interesse und lässt die Kommunen allein.

Wirtschaftsbezogene Gemeindesteuer

GZ: Was bedeutet dies konkret?

Söder: Wir wollen auf der einen Seite die Einnahmesituation der Kommunen verbessern. Die CSU setzt sich massiv für eine Gewerbesteuerreform ein. Die Gewerbesteuer ist leider sehr schwankend im Ertrag. Wir gehören zu den letzten Ländern in Europa, die über diese Steuerform verfügen. Allerdings haben wir auch immer gesagt, dass es eine Reform der Gewerbesteuer nur bei vollem qualitativen und quantitativen Ausgleich für die Kommunen geben kann; mit eigenen Steuerungs- und Hebesatzmöglichkeiten, also eine wirtschaftskraftbezogene Gemeindesteuer. Hier stehen wir in enger Abstimmung mit den Kommunen. Darüber hinaus müssen wir die Ausgaben begrenzen. Wir wollen Standards im Bereich der Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe senken, weil dort immense Kostenexplosionen zu verzeichnen sind, die die Kommunen schultern müssen.

Hartz IV muss gekippt werden

GZ: Das große Manko besteht doch darin, dass das Bundesfinanzministerium seit 1997 nicht in der Lage ist, einen qualifizierten Schlüssel zu entwickeln...

Söder: Es ist in der Tat schockierend, wie diese rot-grüne Regierung arbeitet. Da gibt es eine lange Reihe von Fällen. Anstatt, wie versprochen, für eine Entlastung der Kommunen zu sorgen, kommt jetzt durch die Umsetzung von Hartz IV eine doppelte Mehrbelastung heraus. Hartz IV muss deshalb in dieser Form gekippt werden! Auf keinen Fall werden wir einer Er-

höhung der kommunalen Belastung zustimmen.

Sparen im eigenen Beritt

GZ: Die Frage, wo kann man sparen, wo muss man sparen, impliziert natürlich auch die Bereitschaft, dies im eigenen Beritt zu tun, kurzum Vorbild zu sein...

Söder: Selbstverständlich. Der Freistaat sagt: Wir wollen sparen, deshalb führen wir die 42-Stunden-Woche für Beamte ein, wohlwissend, dass das kein leichtes Unterfangen ist. Zudem hat die Tarifgemeinschaft der Länder mit Bayern als Vorreiter den Tarifvertrag mit Ver.di gekündigt. Durch die Mehrarbeit wird Geld gespart, es entstehen flexible Gestaltungsmöglichkeiten. Jetzt sind übrigens auch die kommunalen Arbeitgeber am Zug: Sie sollten den Rückenwind nutzen, um genauso konsequent für längere Arbeitszeiten gegenüber Ver.di einzutreten.

Die CSU kämpft um jeden Arbeitsplatz

GZ: Wie ist die Resonanz bei den Beamten und Angestellten, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind?

Söder: Hier ist das Verständnis deutlich größer als bei den Verbandsfunktionären. Eines fällt mir übrigens auf: Wenn ein Mann wie Ver.di-Chef Bsirske mit einem Einkommen von 250.000 Euro pro Jahr nun eine gewaltige Auseinandersetzung in Deutschland ankündigt, gefährdet er nicht nur den sozialen Frieden, sondern letztlich auch den Bestand seiner Organisation. Damit gibt er nämlich den Anspruch der Gewerkschaften auf, für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den notwendigen Reformkurs in Deutschland, einzutreten. Die CSU jedenfalls

kämpft um jeden Arbeitsplatz in Deutschland - ob mit oder ohne Ver.di!

Deimer war mein Vorbild

GZ: In einem offenen Brief haben Sie Josef Deimers bewusst über die Presse lancierte Meinung zur Kündigung der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst kritisiert. Der Landshuter OB und Vorsitzende des Bayerischen Städtetags hat seinerseits mit einem offenen Brief reagiert. Wie bewerten Sie Deimers Verhalten?

Söder: OB Deimers Ausföhrungen und unserem Briefwechsel ging eine Einladung unserer Partei zu einem Gespräch mit allen CSU-Oberbürgermeistern zu der schwierigen Situation der Kommunen voraus. Viele OB's haben bei dem Gespräch übrigens ganz klar ihre Position beschrieben, und massive grundsätzliche Unterstützung für den Kurs der Staatsregierung und der CSU-Landtagsfraktion signalisiert. Ich habe mich daher sehr gewundert über OB Deimer, der natürlich auch eingeladen war, sich stattdessen aber über die Presse geäußert hat. Das sind keine guten Manieren. Als junger, kreativer Oberbürgermeister war Josef Deimer für mich ein Vorbild. Diese Vorbildfunktion hätte ich mir auch bei seiner Abschiedstournee erhofft.

Überall in Deutschland beginnt die Mehrarbeit

GZ: Josef Deimer will die 42-Stunden-Woche für Beamte nicht mittragen. Was halten Sie davon?

Söder: Wer sich von vornherein jeder Diskussion um Mehrarbeit verweigert, läuft Gefahr, dass man ihn für die Zukunft nicht mehr ernst nimmt. Überall in Deutschland beginnt die

Skandal ersten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Sozialhilfe und des Arbeitslosengeldes II. Deimer und Zellner sehen grobe Fehler bei den Schätzungen für die Einsparung bei der Sozialhilfe. Kurz vor Weihnachten habe der Vermittlungsausschuss nach einem längeren Verhandlungsmarathon und zu später Nachtstunde ohne Kenntnis der finanziellen Auswirkungen für die Kommunen entschieden. Deimer: „Wir fordern daher von Bund und Ländern nachdrücklich, Arbeitslosen- und Sozialhilfe unter der vollen Verantwortung des Bundes - wie ursprünglich von der Bundesregierung geplant - zusammenzuführen und dabei den Kommunen die versprochene dauerhafte Entlastung in Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich sicherzustellen. Dazu gehört auch die Zuständigkeit für Kosten der Unterkunft und Heizung sowie für die Beratungsaufgaben wie z. B. die Schuldnerberatung.“

Faire Optionslösung

Hierzu Zellner: „Falls der große Wurf wieder nicht gelingt, wollen wir eine faire Optionslösung für die kommunale Zuständigkeit mit einer grundgesetzlich abgesicherten Finanzierung. Das gegenwärtig im Bundestag diskutierte sog. Optionsgesetz zur Änderung des SGB II entspricht in keiner Weise unseren Vorstellungen.“ Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags Deimer zu den im Gesetz enthaltenen Arbeitsgemeinschaften: „Käme die Arbeitsgemeinschaft wie sie jetzt im Gesetz steht, wird das nicht funktionieren. Eine zentralistisch organisierte Bundesbehörde kommt mit örtlich differenzierten Lösungen

Mehrarbeit für Beamte - auch in SPD-regierten Ländern. Wenn wir diesen Weg jetzt nicht gehen, werden den Kommunen auf viele Jahre hinaus massive Probleme nicht erspart bleiben. Ich bin übrigens sicher, dass seine Auffassung sich nicht mit der Mehrheit des Bayerischen Städtetags deckt.

Signal an die Wirtschaft

GZ: Ist das Vorgehen der Staatsregierung in Sachen Arbeitszeitverlängerung auch als Signal an die Wirtschaft gedacht, Verhandlungen etwas konsequenter zu führen, um letztlich auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland zu vermeiden?

Söder: Natürlich müssen wir in Deutschland länger arbeiten. In internationalen Arbeitszeitvergleichen liegt Deutschland am Tabellenende. Der Durchschnittsamerikaner beispielsweise arbeitet deutlich länger als wir in Deutschland. Wir wollen und können keine Löhne senken, deshalb müssen wir bei der Arbeitszeit flexibler werden. Mehrarbeit führt zu mehr Wachstum und Produktivität. Dies gilt für alle Bereiche.

GZ: Wie lautet Ihre ganz persönliche Botschaft zum Schluss des Gesprächs?

Söder: Deutschland befindet sich in einer der schwierigsten Situationen seit dem Zweiten Weltkrieg. Um diese Krise zu bewältigen, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung nötig. Wir müssen unseren Beitrag leisten, leistungsfähig zu bleiben. „Damit Bayern stark bleibt“: Dieses Motto aus dem Landtagswahlkampf nehmen wir sehr ernst. Wir müssen den Menschen erklären, dass das Eine oder Andere nicht mehr finanzierbar ist. Wie bei einer Schlankheitskur sagen wir: Wir müssen jetzt in einigen Bereichen abspazieren, um gesund und fit zu bleiben - zwar auf Dauer. Wir sind auf einem guten Weg. Wir haben im letzten halben Jahr einen wichtigen, zukunftsgerichteten Reformkurs eingeleitet - siehe Verwaltungsreform, Sparkurs oder G8. Insofern bin ich guten Mutes, dass die Staatsregierung, die Landtagsfraktion und die gesamte CSU das Land voranbringen werden. **DK**

„FOKUS-Hauptschulen“:

Modellversuch im nächsten Schuljahr

Kultusstaatssekretär Freller: „Attraktives Großstadt-Hauptschulmodell“

„Der Modellversuch FOKUS-Hauptschulen kann im nächsten Schuljahr beginnen. Mit der Georg-Ledebour-Schule sowie den Volksschulen am Hummelsteiner Weg und an der Schnieglinger Straße haben wir drei Nürnberger Schulen ausgewählt, die mit sehr überzeugenden Konzepten in das Pilotprojekt einsteigen“, kündigte Kultusstaatssekretär Karl Freller an.

Im Rahmen des FOKUS-Projekts werden an den ausgewählten Schulen besondere Modelle für eine weitere Profilierung der Schullart Hauptschule erprobt. Schwerpunkte bilden Initiativen für eine noch gezieltere Vorbereitung auf das Berufsleben. Der Modellversuch basiert auf einer sprengelübergreifenden Konzeption, die es Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Stadtbezirken ermöglicht, die spezifischen Angebote der einzelnen Schulen wahrzunehmen. „Wir erproben damit ein attraktives Großstadt-Hauptschulmodell, das die Hauptschule noch stärker zur Angebotsschule werden lässt“, sagte Freller.

„Die Betreuung des Projekts wird ein eigener Koordinator übernehmen. Seine Arbeit sowie die Arbeit der Lehrkräfte an den Schulen werden wir durch Lehrerfortbildung und Schulstunden entsprechend unterstützen“, erklärte Freller. Auch die Stadt Nürnberg hat sich hinter das FOKUS-Projekt gestellt. „Wir sehen die großen Chancen, die sich für unsere Hauptschulen in der Groß-

Ausbildungsplatzabgabe für Kommunen:

Acht Argumente dagegen

Bayerischer Gemeindetag: Kommunen mit der gewerblichen Wirtschaft nicht vergleichbar

„Die Städte und Gemeinden erwarten von der Bundesregierung die Zusage, dass die Abgabe für die Kommunen nicht kommt“, sagte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, in München. „Die Kommunen haben bundesweit allein im Jahr 2003 ein Defizit von 10 Mrd. Euro tragen müssen. Weitere finanzielle Belastungen und bürokratische Vorgaben sind nicht tragbar. Die Politik muss die Kommunen endlich dauerhaft finanziell entlasten, damit sie wenigstens ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben ohne immer neue Schulden erfüllen können“, so der Präsident.

Brandl nannte acht Gründe, warum die Kommunen eine Beteiligung an der Ausbildungsplatzabgabe strikt ablehnen. Die Kommunen sind im Ergebnis mit der gewerblichen Wirtschaft nicht vergleichbar. Außerdem müssen ihre besonderen Leistungen für Arbeitsmarkt und Ausbildung berücksichtigt werden. Die Abgabe könne keine zusätzlichen Ausbildungsstellen bei den Kommunen schaffen:

Abgabe trafe Kommunen härter als Bund und Land

Die deutschen Städte und Gemeinden bilden schon jetzt zusammen mit ihren Unternehmen rund 100.000 junge Menschen aus und tragen mit Ausgaben von mehr als 1 Mrd. Euro jährlich das Berufsschulwesen.

Die Kommunen bekämpfen Arbeitslosigkeit schon jetzt dadurch, dass sie ca. 350.000 erwerbsfähigen Sozialhilfeempfängern Arbeit geben, darunter viele Jugendliche bis 25 Jahre. Eine volle Aufrechterhaltung dessen wäre durch die neue Abgabe gefährdet.

Die von den Kommunen geleistete Ausbildung im Beamtenbereich würde durch die Abgabe nicht berücksichtigt. Dagegen trafe die Abgabe Kommunen wesentlich härter als Bund und Länder, weil der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Abstand am höchsten ist (85 %, dagegen bei den Ländern: 40 %).

Die Kommunen haben bundesweit ihr Personal seit 1992

um rund 27 % (rund 560.000 Personen) abgebaut, auch auf Druck der Politik. Dies brachte Steuererleichterungen für die Bürger. Jetzt die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsstellen zu fordern, ist widersprüchlich.

Die Ausbildungsquote kann bei den Kommunen kaum gesteigert werden, weil die Kommunen über 34 % Teilzeitstellen haben. Damit entlasten sie stärker als Bund (8,7%), Länder (26,3 %) und große Teile der Wirtschaft den Arbeitsmarkt und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, insbesondere für Frauen. Auf Teilzeitstellen kann man aber nicht ausbilden.

Erhebliche Bürokratie

Die Mehrheit der kommunalen Beschäftigten haben Berufe, für die keine betriebliche Ausbildung vorausgesetzt wird (z. B. Reinigungskräfte, Kinderpfleger, Erzieher, Kraftfahrer, Ingenieure, sozialer Außendienst). Auch deswegen kann die Quote bei den Kommunen kaum gesteigert werden.

Eine Ausbildung in Verwaltungsberufen über den Bedarf hinaus macht keinen Sinn, da die Absolventen auf dem freien Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden.

Die Abgabe ist mit erheblicher Bürokratie wie z.B. zahlreichen Meldepflichten verbunden. Der organisatorische Aufwand und die Vorhaltekosten stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag der Abgabe.

Die Schule am Hummelsteiner Weg legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Sprach- und Leseförderung. In Intensivkursen und Lesetrainings erweitern die Schüler ihre Lesekompetenz. Durch Lesewettbewerbe, besondere Angebote in der Schülerbibliothek oder Autorenlesungen soll ihre Leselust gesteigert werden. Die Schule an der Schnieglinger Straße will im Rahmen eines Konzepts „Stark für Schule und Beruf“ Schlüsselqualifikationen stärken und die berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler verbessern. Dazu werden vermehrt Praktika und Trainingskurse z. B. zur Bewerbung angeboten. Bestehende Kooperationen mit Partnern wie den Berufsschulen, der IHK oder dem Arbeitsamt sollen ausgebaut werden. Die Schülerinnen und Schüler erhalten parallel zu den Zeugnissen ein Zertifikat über die von ihnen in der schulischen Arbeit erworbenen Schlüsselqualifikationen.

Im Schuljahr 2005/06 können weitere Schulen in das Projekt integriert werden. „Wir wollen in den nächsten Jahren drei weitere FOKUS-Schulen einrichten. Bewerber sind herzlich eingeladen, Konzepte für eine besondere Profilbildung und Förderung vorzulegen“, sagte Freller.

Gemeinsame Pressemeldung von E.ON Bayern und der Gemeinde Neubiberg:

Strommarkt in Bewegung

Gemeinde und EVU informierten zu aktuellen Fragen der Energieversorgung

Die Gemeinde Neubiberg und der Energiedienstleister E.ON Bayern hatten zum ersten öffentlichen Stromthemenabend im Haus für Weiterbildung eingeladen. Zum Rahmenthema „Aktuelle Entwicklungen in der Energieversorgung“ referierten Fachleute des größten deutschen regionalen Versorgungsunternehmens.

Die 1. Bürgermeisterin der Gemeinde Neubiberg, Johanna Rumschöttel, sprach in ihrer Begrüßung von der Selbstverständlichkeit einer ständigen und ausreichenden Verfügbarkeit von Energie und deren erheblicher Bedeutung für unser modernes Alltags- und Wirtschaftsleben. Sie betonte gleichzeitig den Anspruch künftiger Generationen, ihren Bedarf an Energiedienstleistungen decken zu können und die daraus resultierende Verpflichtung von Politik und Wirtschaft, neue Rahmenbedingungen und Strategien für eine langfristige Sicherung der Energieversorgung zu schaffen. Eingeleitete bzw. zu erwartende Umstrukturierungen wirkten sich bereits heute auf jeden einzelnen Verbraucher aus, eine umfassende Information könne hier das Verständnis und die Akzeptanz verbessern.

Veränderungen im Markt

Vor fast sechs Jahren eröffnete das Energiewirtschaftsgesetz den Wettbewerb auf dem deutschen Strommarkt. Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter der E.ON Bayern AG, erläuterte die Veränderungen, die sich im ordnungspolitischen Rahmen der Stromversorgung dadurch ergeben haben und wie sich der Strommarkt nach der Liberalisierung entwickelt hat. Der, anders wie in den restlichen Mitgliedsländern der EU, sofortige und uneingeschränkte Einstieg in den Wettbewerb zog eine tiefgreifende Umstrukturierung der gesamten deutschen Stromwirtschaft nach sich. Strom wurde zu einem Handelsgut wie jedes andere auch und es entstanden, quasi über Nacht, neue Strommärkte und Stromprodukte.

Unbundling

Schleich sprach auch die noch anstehenden Veränderungen an. Ab Mitte des Jahres 2004 wird eine Regulierungsbehörde für den Strom- und Gasmarkt eingerichtet. Außerdem müssen Energieversorger, die Strom oder Gas verkaufen und gleichzeitig über ein Netz zur Belieferung der Kunden verfügen, den Netzbereich erst organisatorisch und mittelfristig auch gesellschaftsrechtlich von den Vertriebsbereichen trennen.

Energie-Mobil beim Feuerwehrfest

Trappstadt. Jede Menge Spaß, spannende Unterhaltung für die ganze Familie und Informationen rund um das Thema Strom gab es am vergangenen Sonntag im Energie-Mobil der E.ON Bayern AG auf dem Feuerwehrfest in Trappstadt.

In und um den knallroten Truck wurden auf 70 Quadratmetern Ausstellungsfläche verschiedene Attraktionen zum Zuschauen und Mitmachen für Groß und Klein geboten. Wissenswertes und Informatives über Energieerzeugung und -anwendung, wie zum Beispiel Speicherheizung, Wärmepumpe, Wohnraumlüftung oder Brennstoffzelle, erfuhren die Besucher anschaulich über Schautafeln, zahlreiche Produktexponate und moderne Medientechnik. Mit dem Energie-Mobil berät der Energieversorger auf öffentlichen Veranstaltungen seine Kunden, Partner und Interessenten direkt vor Ort.

Steigende Staatsquote

Stefan Hieber, Leiter der Abteilung „Produktmanagement Privatkunden“ bei E.ON Bayern, referierte über die Zusammensetzung des Strompreises. Durch die Ökosteuer, das Energieeinspeisegesetz (EEG) und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz habe der an den Staat abzuführende Anteil des Strompreises bei Privatkunden die 40-Prozent-Schwelle überschritten. Die liberalisierungsbedingten Preis-

senkungen für den Verbraucher wurden durch diese Sonderlasten mehr als aufgezehrt; die Strompreise für die Privatkunden haben sich derzeit auf einem Niveau eingependelt, das sogar leicht über den Preisen vor der Eröffnung des Wettbewerbs im Jahr 1998 liegt.

Energiemix

Dem Thema „Energiemix - heute und in der Zukunft“ widmete sich Hans Scherer von der RMD CONSULT, einer 100-Prozent-Tochter der E.ON Engineering GmbH. Der Ingenieur beschrieb die verschiedenen Arten der Stromerzeugung und deren jeweilige Vor- und Nachteile. Bun-

desweit liegt der Strombedarf bei rund 560 Mrd. Kilowattstunden; die Hälfte davon wird in Braunkohle- und Steinkohlekraftwerken erzeugt, 28 Prozent durch Kernenergie, der Anteil von Öl und Erdgas liegt bei 14 Prozent, die restlichen 8 Prozent durch regenerative Energien. Der geplante Ausstieg aus der Kernenergie und der anstehende Handel mit CO₂-Emissionsrechten versprechen deutliche Auswirkungen auf diesen derzeitigen Energiemix.

Mögliche Optionen

Scherer zeigte unter diesen Aspekten mögliche Optionen für eine zukunftsorientierte Stromerzeugung auf, wobei er alle Erzeugungsarten jeweils in Hinblick auf Potenzial, Wettbewerbsfähigkeit, Umweltverträglichkeit, Akzeptanz, Brennstoffrisiko und Einsatzflexibilität bewertete.



Insgesamt achtzehn junge Menschen haben ihre Ausbildung bei der E.ON Bayern AG in Bayreuth erfolgreich abgeschlossen. Erfreuliches Ergebnis der Abschlussprüfungen: Die Auszubildenden erzielten durchweg positive Leistungen und steigern so ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zwei hauptamtliche Ausbilder in Bayreuth und drei Ausbildungsmeister im Ausbildungszentrum Laineck betreuen ständig zwischen 60 und 80 Jugendliche in drei angebotenen Berufsbildern.



Dr. Erwin Knapke, Bürgermeister Unterhaching, Hep Monatzeder, 3. Bürgermeister der Stadt München, Winfried Eckardt, Geschäftsführer des Ökologischen Bildungszentrums München.

Regenerative Energie:

Potenzial der Zukunft

Erneuerbare Energien sind von großer Bedeutung. Aus ökologischer und wirtschaftlicher Sicht bieten sie Lösungen für Umwelt- und Arbeitsmarktprobleme. Bei der 1. Energiekonferenz für München und sein Umland stand aus diesem Grund eine Frage im Mittelpunkt: „Wie schaffen wir gemeinsam die Energiewende?“

„Die Vorräte fossiler Brennstoffe gehen zur Neige. Es gilt jetzt, frühzeitig die Weichen für eine neue, nachhaltige Energieversorgung zu stellen.“ Der 3. Bürgermeister der Stadt München Hep Monatzeder begrüßte bei seiner Ansprache den Grundgedanken der 1. Energiekonferenz für München und sein Umland. Gemeinsam hatten sich das Ökologische Bildungszentrum, das Netzwerk UNSER LAND und ZIEL 21 (Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstentfeldbruck e.V.) entschlossen, mit dem Fachpublikum der En-

ergiekonferenz auf die Frage „Wie schaffen wir die Energiewende?“ eine Antwort zu finden.

Multiplikatoren gewinnen

Beeindruckendes Beispiel für die Umsetzung der Energiewende bietet ZIEL 21 im Landkreis Fürstentfeldbruck. Seit 2000 arbeitet der Verein an einer zukunftsorientierten Umsetzung der Landkreis-Resolution zur Energiewende. Bis zum Jahr 2030 will sich der Landkreis Fürstentfeldbruck ausschließlich aus erneuerbaren Energien ver-

sorgen. Das Beispiel von ZIEL 21 soll Schule machen. Die Organisatoren der 1. Energiekonferenz für München und sein Umland wollten Multiplikatoren in München und den angrenzenden Regionen in die Lage versetzen, die ersten Schritte in diese Richtung tun zu können.

Einsparung

Zunächst stellten Referenten Visionen für die Energieversorgung der Zukunft vor. Reinhard Kleinöder, Leiter des Bauzentrums der Landeshauptstadt München, zeigte Perspektiven zur Energieeinsparung und den Einsatz regenerativer Energie im Gebäudebestand der Stadt auf. Dabei verfolgt die Landeshauptstadt ein langfristiges Ziel. Pro Jahr verursachen beispielsweise private Haushalte in München einen CO₂-Ausstoß von 3 Millionen Tonnen. Kleinöder stellte die wirtschaftlich mögliche Reduzierung dieser Belastung durch Renovierung bestehender Gebäude um 50 Prozent dar. Dabei legte er eine Renovierung im 30-Jahres-Zyklus zugrunde.

Wärmedämmung

Potenziale im Bereich der Wärmedämmung stellte Michael Grandtner, Leiter des Innovationskreises Wärmedämmung/Niedrigenergiehäuser im ZIEL 21 e.V. dar. Grandtner berechnete ein Sanierungsvolumen von 30 Millionen Euro pro Jahr und damit die Schaffung von 265 festen Arbeitsplätzen allein für den Landkreis Fürstentfeldbruck.

Der Unterhachinger Bürgermeister Dr. Erwin Knapke berichtete über die deutschlandweit vorbildlichen Projekte der Gemeinde südlich von München.

„Aktuell beschäftigen wir uns mit Geothermie. Gerade Bayern verfügt hier über große Möglichkeiten.“ In Unterhaching wird derzeit eine Bohrung zur Erschließung von 120°C heißem Wasser durchgeführt. Aus 3000 Metern Tiefe soll das Wasser hochgepumpt, verstromt und zusätzlich in einem Nahwärmenetz genutzt werden.

Vernetzung

Zahlen, Visionen und bereits erzielte Erfolge stellten die Referenten dem interessierten Fachpublikum vor. Elsbeth Seiltz, 1. Vorsitzende von UNSER LAND, rief zur Vernetzung auf.

Gemeinsam entwickelten die Teilnehmer der Konferenz Strategien, um das Voranschreiten der Energiewende zu fördern. Dabei gingen alle die ersten Schritte in die Vernetzung von engagierten Fachleuten, um beim Bürger eine Vertrauensbasis für den Einsatz erneuerbarer Energien zu schaffen.

Am Ende stand die Formulierung und Verabschiedung einer Zielvorstellung. Bis zum Jahre 2030 sollen die Regionen Dachau, Ebersberg, Fürstentfeldbruck, Landsberg, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach, Starnberg, Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau und München sich mit erneuerbaren Energien versorgen. Dies soll durch die Reduzierung des Energieverbrauchs, den Einsatz innovativer Technologien und die nachhaltige Nutzung aller heimischen Ressourcen erreicht werden. Dabei bauen die Teilnehmer die Kreativität und die vielfältigen Kompetenzen der Menschen vor allem aus Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung, Kommunen und Kirchen.

Wiesheu zum CO₂-Emissionshandel:

Detailregelungen entscheidend

Als „Schritt in die richtige Richtung“ bewertete Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu die bisher bekannt gegebenen Ergebnisse der erzielten Einigung zum Emissionshandel. Wiesheu: „Es war höchste Zeit, dass der Bundesumweltminister in seine Schranken verwiesen wurde.“

Allerdings komme es, so Wiesheu, nun entscheidend auf die Detailregelungen des Nationalen Allokationsplans an. Nicht hinnehmbar sei beispielsweise der Plan des Bundesumweltministers, einen Reservefond für neue Anlagen zu Lasten der bestehenden Anlagen zu bilden. Wiesheu: „Die vereinbarten 503 Mio. t müssen ohne Abzüge an die bestehenden Anlagen verteilt werden. Alles andere wäre eine Mogelpackung.“ Ein schwerer Fehler wäre es laut Wiesheu auch, wenn sich der Bundesumweltminister mit seiner Forderung durchsetzen könnte, neuen Kraftwerken die Zertifikate unabhängig vom eingesetzten Brennstoff zuzuteilen. Dies würde zu einer einseitigen Verlagerung des Energieverbrauchs zum Erdgas führen. Mit Blick auf die Sicherheit und Preiswürdigkeit der Energieversorgung ist es aber zwingend notwendig, einen ausgewogenen Energiemix auch künftig zu gewährleisten.

Nach der erzielten Einigung sollen Industrie und Energiewirtschaft für 2005 bis 2007 Emissionsrechte im Umfang von 503 Mio. Tonnen pro Jahr erhalten. Wiesheu verwies darauf, dass die Wirtschaftsminister der Länder Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement einstimmig aufgefordert hatten, die bereits geleisteten Anstrengungen der deutschen Wirtschaft beim Klimaschutz zu berücksichtigen und Zertifikate im Umfang von min-

destens 505 Mio. t pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Wiesheu: „Dies war aus unserer Sicht das untere Limit, damit der Emissionshandel nicht zur Wachstumsbremse wird. Mit dem festgelegten Wert von 503 Mio. t wird die deutsche Wirtschaft kaum zum Nettoverkäufer von Zertifikaten auf dem europäischen Markt werden, wie dies auch Trittin immer versprochen hat. Bei einem erhofften wirtschaftlichen Aufschwung müssen eher Zertifikate aus anderen Mitgliedsstaaten zugekauft werden, was den Produktionsstandort Deutschland weiter verteuert.“

Zahlreiche Probleme

Wiesheu erwartet noch zahlreiche Probleme durch das neue Instrument Emissionshandel. Die Klagen der betroffenen Unternehmen würden immer lauter, dass die von der Bundesregierung geplante Zuteilung der Zertifikate auf der Basis historischer Emissionen nicht sachgerecht sei. Damit würde in keiner Weise berücksichtigt, ob es sich beispielsweise um eine moderne, effiziente Anlage oder eine ältere Anlage handle. „Es war ein Fehler, dass Deutschland auf Betreiben des Bundesumweltministers den EU-weiten Emissionshandel ab dem Jahr 2005 zugestimmt hat, ohne eine Vorstellung zu haben, wie die damit verbundenen Probleme gelöst werden können“, so Wiesheu.

GZ-Interview mit Lechwerke-Vorstand Paul Waning:

Modernisierung durch neue Unternehmensstrukturen

Partnerschaft mit den Kommunen, Versorgungssicherheit für die Kunden, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und ein verbessertes Bilanzergebnis waren u. a. Gesprächspunkte mit Paul Waning, der gemeinsam mit seinem Kollegen Ulrich Kühnl im Vorstand der Lechwerke AG (LEW) die Geschicke des Energieversorgers lenkt. Das Interview führte GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Der Energiemarkt ist in einem starken Wandel begriffen. Liberalisierung, gesteigertes Umweltbewusstsein, Klimapolitik und gleichzeitig wachsende Energienachfrage stellen Energieversorger vor große Aufgaben. Was bedeutet das für Ihr Haus?

Waning: Die Lechwerke sind bei der Modernisierung und Neustrukturierung im vergangenen Geschäftsjahr 2003 ein gutes Stück vorangekommen. Die neuen Strukturen stehen und wir sind schon mitten in der Umsetzungsphase. Inhalt und Ziele sind:

- ≪ Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben aus der EU-Richtlinie zum Unbundling; d. h. der Trennung des Netzbetriebs vom Vertrieb;
- ≪ Klare Verantwortung und Steuerung nach Geschäftsfeldern und Bildung neuer Gesellschaften unter dem Dach der Lechwerke AG;
- ≪ Schaffung flexibler Strukturen für regionale Kooperationen;
- ≪ Einbindung der LEW-Beteiligungsunternehmen des Kerngeschäfts in die Geschäftsfelder;

Flexibilität für regionale Partnerschaften

GZ: Welche Erwartungen verbinden Sie mit der Neuaufrichtung des Unternehmens?

Waning: Wir werden damit die Flexibilität für regionale Partnerschaften verbessern und unser Haus im Wettbewerb stärken.

GZ: Einen großen Teil ihres Stroms stellen die LEW aus Wasserkraft her. Bei Ihrer Bilanz-Presskonferenz forderten Sie eine Stärkung der Wasserkraft.

Waning: Das ist richtig. Die Wettbewerbsposition der Wasserkraft als die regenerativen Energiequelle Bayerns muss gesichert werden. Ordnungspolitische Sonderbelastungen passen nicht zum Wettbewerb.

Uns drohen Zusatzkosten aus

der Umsetzung der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie und bayerische Sonderlasten, wie Wassernutzungsgebühren. Sie dürfen die Wasserkraft nicht zusätzlich schwächen. Auch bei Konzessionsverlängerungen dürfen keine weiteren Belastungen entstehen. Teuer ist für unsere Region insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Mit über zwei Millionen Euro sind LEW-Kunden Nettozahler in den EEG-Topf. Das ist im Prinzip ungerichtet und in der Sache falsch.

Die Lechwerke AG gehört zu den führenden Wasserkraftwerksbetreibern in Bayern. Zusammen mit unserem Tochterunternehmen, der Bayerischen Elektrizitätswerke GmbH (BEW), betreiben wir 32 Wasserkraftwerke an Iller, Günz, Wertach, Lech und Donau. LEW erzeugte 2003 in eigenen und vertraglich gesicherten Wasserkraftwerken circa 800 Millionen Kilowattstunden Strom.

Wer Nachhaltigkeit in der Energieversorgung fordert, darf nicht ausgerechnet diese saubere und umweltverträgliche Energiequelle belasten.

Versorgungssicherheit nicht zum Nulltarif

GZ: Große Blackouts, wie wir sie weltweit im vergangenen Jahr erlebt haben, gab es in Deutschland nicht. Die Netzsicherheit bei uns ist hoch. Wird das so bleiben?

Waning: Versorgungssicherheit gibt es nicht zum Nulltarif. In jüngster Zeit mussten wir die Netz-Investitionen einschränken. Aber langfristig besteht hoher Re-Investitionsbedarf. Deshalb muss der Netzregulator Investitionssicherheit gewährleisten. Zudem muss er Renditen ermöglichen, wie sie am internationalen Kapitalmarkt üblich sind, sonst verlieren wir unsere Investoren. Mein Fazit lautet: Substanzerhaltende Nutzentgelte sind Bedingung für die Versor-

gungssicherheit in Deutschland.

GZ: In vielen Bereichen überschneiden sich die Interessen der Energieversorger und der Kommunen, die Verantwortung tragen für die Daseinsvorsorge vor Ort. Wie sieht es in Ihrem Verteilungsgebiet aus in puncto Qualität und Sicherheit der Stromversorgung?

Waning: Im vergangenen Jahr haben wir insgesamt rund 55,7 Millionen Euro in Erhalt und Ausbau unserer Stromnetze investiert. Damit wurden Güte und Versorgungsgarantie in unserem Netz weiter verbessert.



Paul Waning.

Darauf möchte ich gerne eingehen:

Mit den Investitionen haben die Lechwerke Bau- und Gewerbegebiete erschlossen, Strommasten verstärkt und saniert sowie vereinzelt Trassen von Stromleitungen verlegt. Diese Maßnahmen erfolgten in der Hochspannung (110.000 Volt), der Mittelspannung (20.000 Volt) und der Niederspannung (230 bzw. 400 Volt). Beispielhaft möchte ich drei von insgesamt zehn Landkreisen herausheben und über die LEW-Investitionen im Stromnetz etwas sagen.

Schwerpunkt der Arbeiten im Landkreis Weilheim-Schongau waren: Sanierung einer 110.000 Volt Freileitung für etwa 190.000 Euro. 61.800 Euro investierte LEW für die Erschließung des Baugebiets Am Hohen Graben bei Altenstadt. Im Landkreis

Weilheim-Schongau wurden 3,7 Mio. Euro für Investitionen und Unterhalt aufgewandt.

Schwerpunkt der Arbeiten im Landkreis Unterallgäu war mit 40.100 Euro die Erschließung des Gewerbegebiets Pfaffenholz bei Wolfertschwenden. Insgesamt wurde im Landkreis für 100.100 Euro die Stromversorgung von Bau- und Gewerbegebieten erschlossen. Im Landkreis Unterallgäu gaben die Lechwerke 6,5 Mio. Euro für Investitionen und Unterhalt aus.

Alle Aufträge gehen an regionale Unternehmen

Schwerpunkt der Arbeiten im Landkreis Donau-Ries waren: Erschließung des Baugebiets Härpferstraße in Donauwörth für 180.000 Euro. Dort entstanden 100 neue Wohnheiten. 845.000 Euro investierten die Lechwerke in die Erneuerung einer 110.000 Volt Freileitung zwischen Donauwörth und Harburg. Insgesamt gaben die Lechwerke allein im Landkreis Donau-Ries 6,1 Mio. Euro für Investitionen und Unterhalt aus.

Ein wichtiges Projekt in diesem Zusammenhang ist unsere neue „Netzleitstelle“, eine High-Tech-Einrichtung, die die Versorgungssicherheit ebenfalls weiter verbessern wird.

Ein Signal wollen wir auch damit setzen, dass wir alle Aufträge an Unternehmen aus der Region vergeben. Unsere Investitionen sichern vor Ort Arbeitsplätze und stärken die Infrastruktur.

Eingebunden in den RWE-Konzern

GZ: Früher waren die LEW ein regionales Energieunternehmen. Auch heute noch hält der Bezirk Schwaben Anteil. Aber das Unternehmen ist eingebunden in den RWE-Konzern. Wie stark können regionale Interessen berücksichtigt werden?

Waning: Die Lechwerke gehören zur RWE Energy AG, die eine Tochtergesellschaft der RWE-Gruppe ist. Wir beschäftigen ca. 1.400 Mitarbeiter. Die Zugehörigkeit zu einem großen Konzern sichert uns vielfältige



Nach der hochinteressanten Führung durch Fertigungsstraßen der Osram-Leuchtstoff-Lampen stellten sich die Altbürgermeister zum Erinnerungsfoto auf. Auf dem Bild 7. und 8. von links: Verbandsvorsitzender Fritz Wohlfarth und Geschäftsführer Günter Würmseher. Bild: Xaver Grimmeiß

Altbürgermeister informierten sich bei Osram

Landkreis und Stadt Augsburg (gri). Bestens organisiert von Günter Würmseher, dem Geschäftsführer des Gemeindetags-Kreisverbandes Augsburg, war die Frühjahrsinformationsfahrt von rund 35 Altbürgermeistern und einigen Gästen. Kreisverbandsgeschäftsführer Würmseher betonte auch im Namen des 1. Vorsitzenden, Georg Klaußner, dass für die Verbandsvorschaft die Info-Fahrt mit den ehemaligen Bürgermeisterkollegen nicht nur ein Dankeschön ist; vielmehr bietet sie auch die Möglichkeit des Wiedersehens und Gedankenaustausches.

Ziel waren heuer die Osramwerke in Augsburg. Empfangen wurden die Gäste von Franz Spengler. In einem kurzen Statement, war zu erfahren, dass die Osramwerke globale Präsenz haben. Die 1922 als Wolfram-Lampen gegründete Firma beschäftigt weltweit rund 35.525 Mitarbeiter mit zentralem Sitz in München. Am Fertigungsstandort in Augsburg sind etwa 1.100 Personen tätig. Selbstverständlich verspürt der „Global Player“ auch den harten Wettbewerb. Dies habe im abgelaufenen Geschäftsjahr zu Umsatzeinbußen geführt. Am Standort Augsburg werden Glühlampen und Kompaktleuchtstoffröhren mit Schraub- und Stecksockel produziert.

Vorteile, die wir natürlich an unsere Kunden weiter geben. Dazu gehört vor allem der Know-how-Transfer, von dem wir profitieren.

Immerhin betreiben wir ein Stromnetz, das über alle Spannungsebenen zusammen mehr als 25.000 Kilometer lang ist. Davon sind etwa 10.800 Kilometer unter der Erde verkabelt. Über 100 Schalt- und Umspannwerke sorgen im Netzgebiet für die gleichmäßige Verteilung des Stroms und garantieren eine gleichbleibende Qualität der Stromversorgung.

GZ: Wie sieht die Preisentwicklung beim Strom aus?

Waning: Wir müssen sehr scharf kalkulieren. In den vergangenen fünf Jahren ist die Staatsquote um 64 % angestiegen. 1998 bezahlte ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt für Erzeugung, Transport und Vertrieb von Strom im Monat 37,60 Euro und für Steuern und Abgaben nochmals 12,35 Euro; das waren damals 25 %. Im Jahr 2003 musste der gleiche Haushalt für gleich viel Strom 29,90 bezahlen, also 20 % weniger, aber die Staatsquote (Umsatzsteuer, Stromsteuer, KWKG, EEG, Konzessionsabgabe) betrug 20,24 Euro. 41 % des Strompreises sind derzeit durch staatliche Belastungen verursacht.

GZ: Wie wird sich die LEW im Strommarkt positionieren?

Waning: Der Wettbewerb im Strommarkt funktioniert. Unsere Marktanteile bei Privatkunden liegen bei annähernd 97 %. Bei Geschäftskunden, Großindustrie und Stadtwerken/EVUs konkurrieren wir sehr viel mehr mit anderen Anbietern. Unser Ziel ist die Rückgewinnung verlorener Kunden. Auch außerhalb unseres Netzgebietes werden wir sehr selektiv zwar - Kundenak-

quisition betreiben und wir pflegen regionale Kooperationen. Großen Erfolg haben wir mit unserer „easy living Kundenkarte“. Schon mehr als 53.000 Menschen nutzen sie. Sie bietet Vergünstigungen bei über 150 Akzeptanzstellen, so z. B. bei Bergbahnen, Freizeitparks, Kinos, Sporteinrichtungen, Geschäften und Restaurants.

Durch die Einfärbung werden bei den Leuchtstoffröhren unterschiedliche Effekte erzielt, wie das so genannte „kalte und warme Licht, war weiter zu hören. In vier Gruppen aufgeteilt konnten die Altbürgermeister entlang der unendlich scheinenden Fertigungsstraßen die Produktion von Leuchtstoffröhren mitverfolgen: die Glasherstellung, die Herstellung der Leuchtstoffröhren mit verschiedener Länge und Einfärbung, sowie die Installation des „Innenlebens“ einer Lampe bis hin zur Verpackung und Lagerung in den Hochregalen des Depots. „Das war bisher meine interessanteste Informationsfahrt,“ war am Ende von mehreren Altbürgermeistern zu hören.

Ergebnisverbesserung

GZ: Bei Ihrer Bilanzpresskonferenz berichteten Sie über eine Ergebnisverbesserung der Lechwerke AG für das Geschäftsjahr 2003. Wie kam sie zustande?

Waning: Grundlage für unsere positiven Zahlen war die Einführung der Margenorientierung im Vertrieb. Zudem erzielten wir Erträge aus Rückstellungsaufhebungen für das EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Ich will jedoch nicht verschweigen, dass wir auch negative Einflüsse zu verzeichnen hatten: Aufgrund der extremen Trockenheit im vergangenen Jahr haben wir mit unseren Wasserkraftwerken viel weniger Strom produziert und mussten - die Marktsituation war sehr angespannt - zu extrem hohen Preisen Energie zukaufen.

In der Summe sieht das so aus: Die Lechwerke erzielten einen Überschuss von rund 50 Millionen Euro. Das macht ein Plus von knapp 14 % gegenüber dem doppelten Jahresüberschuss des Rumpfgeschäftsjahres 2002.

GZ: Das wird sich auf die Dividende auswirken.

Waning: Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung am 12. Mai eine Dividende von 14,10 Euro je Stückaktie vor. Das ist mehr als wir in 2002 ausgereicht haben.

GZ: Wir danken für das Gespräch.

Die Strompreise in Bayern steigen weiter

Verband der Elektrizitätswirtschaft beklagt wachsende politische Kosten und zunehmende Bürokratie

Wegen der derzeitigen Gesetzesänderungen ist mit weiteren Strompreis-Erhöhungen zu rechnen. Diese Aussage machte der Verband der bayerischen Elektrizitätswirtschaft (VBEW) vor der Presse in München. Zwar wollte der stellvertretende VBEW-Vorstandsvorsitzende Herbert Dombrowsky keinen Prozentsatz nennen, sprach aber von „deutlichen prozentualen Steigerungen“.

Im Jahre 2003 haben die Strompreise im Kleinkundenbereich wieder das Niveau von vor der Liberalisierung erreicht. Dies liege an den politisch verursachten Kosten, die von 1998 bis heute um mehr als 400 % gestiegen seien. „Und sie steigen weiter,“ so Dombrowsky, der zugleich Vorstandssprecher der N-Ergie Nürnberg AG ist. Der Anteil der politischen Kosten am Privatkunden-Strompreis beträgt bereits heute mehr als 40 %. Zu diesen politischen Kosten gehören Ökosteuer, Kosten aus dem Erneuerbaren Energie-Gesetz (EEG), aus dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK) und aus der Konzessionsabgabe. Weitere 40 % des Strompreises machen Netznutzungsentgelte aus. Nur 20 % kostet die Energie „Strom“.

Kostenvorteile

Die politischen Lasten haben seit 1998 die Kostensenkungen in der Energiewirtschaft wieder aufgefressen. Bloß die Wirtschaft mit ihren eigenen Stromabnahmetarifen hat unverändert Kostenvorteile. Nur zu einem geringen Teil sind laut VBEW die zurückliegenden Preissteigerungen auf gestiegene Großhandelspreise zurückzuführen. „Diese mussten aber auch steigen, um die Vollkostendeckung bei den Kraftwerken wieder zu erreichen, denn im Zuge der Liberalisierung und des dadurch entstandenen Preisdrucks hat Strom unter Vollkosten angeboten werden müssen,“ erläuterte Dombrowsky.

Zu den derzeitigen Gesetzesänderungen, die Kosten- und

Informationskampagne gestartet:

„Solar-Region Freisinger Landkreis“

Am 17. April, dem Tag der erneuerbaren Energie, startete eine Informationskampagne mit dem Titel „Solar-Region Freisinger Landkreis“. Das Informationsangebot richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises als Verbraucher. Der Verein Sonnenkraft Freising e.V. will darüber hinaus den Landkreisen und seine Kommunen bei der Öffentlichkeitsarbeit und bei Initiativen für die Nutzung der Sonnenenergie aktiv unterstützen - zum Beispiel durch Beratung und Mithilfe bei der Organisation von Bürger-Solarparks.

Ziel der gestarteten Solar-Offensive ist die vermehrte Solarstromerzeugung im Landkreis Freising. In einer ersten Stufe soll erreicht werden, im Landkreis Freising bis Ende 2005 Solarstromanlagen mit einer Leistung von mehr als 3 Megawatt ans Netz zu bringen. Bislang seien in Freising und Moosburg etwa 1,2 Megawatt sowie in den Kommunen weitere 0,5 Megawatt installiert, so der Verein Sonnenkraft Freising. Ein Grund für die Solar-Offensive seien die seit Januar kostendeckende Vergütung von Solarstrom und die klimatischen Bedingungen vor Ort. Das Freisinger Land zählt dem Deutschen Wetterdienst zufolge zu den sonnenreichsten Regionen in der Bundesrepublik.

Des Weiteren würden mit der verstärkten Nutzung von Solarstrom Nachhaltigkeitsziele der Agenda 21 erfüllt wie beispielsweise die Sicherung und Verbesserung der Lebensgrundla-

gen von Menschen, Tieren und Pflanzen oder die Sicherung regionaler Arbeitsplätze im Handwerk und bei Solarfachbetrieben.

Zentraler Punkt der Regulierung

Zentraler Punkt der Regulierung wird der Zugang zu den Netzen und die Berechnung der Netznutzungs-Entgelte sein. Es dürfe aber keine individuelle Netzpreisgenehmigung sein, weil dadurch „ein bürokratisches Monster“ entstünde. Außerdem müsse die Regulierung inhaltlich auf die Netze begrenzt bleiben. Die Regulierungsbehörde dürfe keine Energiepolitik betreiben und nicht in den Strommarkt eingreifen. Der Markt müsse Energiepreise und Energiemix regeln. Vor allem aber dürfe es kein Nebeneinander von Kartellrecht und Regulierung geben, fordert der VBEW. Mit der Regulierung verliert nach Ansicht des VBEW auch die staatliche Preisgenehmigung ihre Daseinsberechtigung, weil für den echten Strompreis von 20 % des Gesamtpreises eine staatliche Preisgenehmigung nicht zu rechtfertigen sei. Österreich zum Beispiel habe die Preisgenehmigung auch abgeschafft.

Preistreibend wird sich nach

damit Preissteigerungen erwarten lassen, zählt die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), das auf EU-Forderung hin die Einführung einer nationalen Regulierungsbehörde, von Regelungen zur Entflechtung der Netzbetreiber (Unbundling) und die Stromkennzeichnungspflicht vorsieht. Dieses „mit heißer Nadel gestrickte Gesetz“ werde weniger statt mehr Rechtssicherheit für Unternehmen und Kunden zur Folge haben, prophezeit Dombrowsky.

„Solar-Regionalliga“ Die Einrichtung einer „Solar-Regionalliga“ soll zudem als Ansporn und Vergleichsmöglichkeit unter den Gemeinden im Landkreis dienen. Hierfür will die Solar-Offensive bei den Kommunen um die Benennung eines Solar-Ansprechpartners werben. Partner der Kampagne sind Handwerks- und Solarfachbetriebe ebenso wie Ingenieurbüros, Banken und Finanzdienstleister. In einem nächsten Schritt sollen die örtlichen Banken und Sparkassen als Finanzpartner gewonnen werden, mit dem Ziel ein standardisiertes Finanzprodukt für die Finanzierung von Solaranlagen zu verb-

einbaren. DK

VBEW-Meinung auch die Einführung des Handels mit Abgasemissionen (Emissionshandel) auswirken. Befürchtet wird „ein immenser bürokratischer Aufwand“ zu Lasten der Stromversorger und damit der Kunden. Allein die neue Emissionshandelsstelle soll angeblich mit 160 Mitarbeitern ausgestattet werden.

EEG-Novellierung

Eine weitere preistreibende Gesetzesänderung sieht der VBEW in der Novellierung des Gesetzes über die erneuerbaren Energien (EEG). Zwar müsse der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wachsen, weshalb eine Förderung erforderlich sei. Doch das jetzt beschlossene Gesetz diene den energiepolitischen Zielen (preisgünstig, sicher, umwelt- und ressourcenschonend) nicht, „weil es nicht effizienzorientiert ist“, so VBEW-Geschäftsführer Christoph Prael.

Problem Photovoltaik

Besonders kritisch sieht der Verband die Förderung der Photovoltaik mit ihren hohen Vergütungssätzen. Denn für die Netze kommen die Versorgungsunternehmen, nicht aber die privaten Betreiber der Anlagen auf. Und zu den direkten Förderkosten kommen „unsichtbare Kosten“, etwa für die Regelleistung und für die Reserveenergie, um die schwankende Erzeugung durch

Biomasse-Heizung Eiselfing:

win-to-win-Lösung für Kommune und Umwelt

Seit einigen Jahren gewinnt die Energiebereitstellung aus erneuerbaren Energiequellen (Sonne, Wind, Biomasse etc.) zunehmend an Bedeutung. Die Verfügbarkeit der fossilen Brennstoffe neigt sich dem Ende zu, was sich zukünftig in Preiserhöhungen widerspiegeln wird. Die Verbrennung fossiler Ressourcen gilt als eine der Hauptursachen der Klimaveränderung, deren katastrophale Folgen für die Menschheit immer deutlicher werden. Mit dem Bau und dem Einsatz eines modernen Biomasse-Heizkessels setzt die Gemeinde Eiselfing einen wichtigen Meilenstein zur zukunftsweisenden und umweltschonenden Energieversorgung.

In der Grundschule, dem Gemeindehaus, einer Wohnung und dem Kindergarten würden jetzt noch Ölkessel mit einer Gesamtleistung von 850 kW betrieben werden. Die fünf Kesselanlagen samt Öltankanlagen mussten früher ständig erneuert und gewartet werden. Mit dem Neubau des Kindergartens, entschied die Gemeinde sich für ein alternatives Energiekonzept auf der Basis von Biomasse und der Zusammenlegung der Wärmeversorgung aller Gebäude über ein Mikro-Nahwärmenetz zur Reduzierung der Kesselleistung und zur Einsparung von Investitions- und Unterhaltskosten.

Kessel-Installation Durch Stilllegung und Entsorgung der veralteten Ölkessel- und Tankanlagen wurde in der Heizzentrale der Schule ein Biomasse-Kessel mit 150 kW Heizleistung installiert. Der daneben liegende Öltank war ohnehin zu entsorgen und der Öltankraum wurde für die Brennstoffeinlagerung für Holzpellets, alternativ Hackschnittel, vorgesehen. Für die Grundlastversorgung von über 80 % dient der Biomasse-Kessel. Nur an wenigen kalten Tagen, schaltet ein übrig gebliebener Ölkessel im Spitzenlastfall die notwendige Heizleistung zu.

Alle Gebäude sind über ein kleines Nahwärmenetz (ca. 200 m) verbunden. In jedem Gebäude ist eine Übergabestation mit geeichtem Wärmemengenzähler vorgesehen. Der jährliche Brennstoffverbrauch beträgt bei Holzpellets ca. 100 t, so dass das Kommunale Zentrum mit ca. 4 Fuhren pro Jahr beliefert wird. Das Brennstofflager hat mit 40 t Nutzvolumen während der Heizperiode eine Bevorratungskapazität von ca. 2-3 Monaten.

Treibhausgas wird eingespart Die Erzeugung und Bereitstellung von Wärme durch den Biomasse-Heizkessel in Eiselfing verbindet aktiven Umweltschutz durch drastische Verringerung schädlicher Emissionen mit erheblichen Kosteneinsparungen. Mit der Umstellung auf das Nahwärmesystem werde in Eiselfing jährlich ca. 194 t Kohlendioxid und ca. 1.900 kg Schwefeldioxid an umweltschädlichen Emissionen vermieden!

Zum Vergleich: Diese Einsparung wäre theoretisch erst durch den Einsatz von ca. 304 Solaranlagen mit einer Fläche von jeweils 6 m² erreichbar.

Windkraft und Sonne auszugleichen bzw. zu ersetzen. „Die zusätzlichen Kosten der Wind-, Photovoltaik und Biomasse-Anlagen werden sozialisiert und führen zu teureren Fehlsteuerungen,“ moniert Prael. Da die Stromversorger den Strom nach rund 50 unterschiedlichen Vergütungssätzen abrechnen müssten, entstehe durch das EEG ein Monster an Bürokratie. Befasst mit diesem Monster würden das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Wirtschaft, Wirtschaftsprüfer und Umweltgutachter.

Verfehlte Ideologie

Die „verfehlte Ideologie des EEG“ zeigt sich nach Prael Meinung besonders an der Wasserkraft, die die tragende Säule der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie ist. Ihr Überleben sei durch den Preisverfall nach der Liberalisierung gefährdet, weil das Gesetz nur den Zubau, nicht aber den Erhalt von Anlagen fördere und deshalb in Bayern keiner einzigen Anlage das Überleben sichere. Hinzu komme, dass die Wasserkraft noch viele Sonderlasten aus Monopolzeiten trage.

Auflagen reduzieren

Wichtig ist laut Prael, die Lasten und Auflagen zu reduzieren, die Bewilligungsfristen zu verlängern und die Wassernutzungsgebühren abzuschaffen. Generell sei bei der erneuerbaren Energie eine Förderung mit weniger Bürokratie, aber mit mehr energiewirtschaftlicher und mehr gesamtwirtschaftlicher Effizienz nötig. Prael: „Wir müssen mehr Ökostrom mit weniger Geld produzieren.“

Zu diesen befürchteten neuen Belastungen kommen die üb-

lichen Investitionen in Versorgungssicherheit und Netze, die sichere Rahmenbedingungen und eine angemessene Rendite bräuchten. Deutschland habe weltweit die höchste Versorgungssicherheit und die geringsten Stromausschüttungen. Hierzulande falle der Strom 15 Minuten pro Kunde und Jahr aus, in Großbritannien 60 Minuten, in Italien 190 Minuten. Diese Versorgungssicherheit sei eine der wichtigsten Standortvorteile Deutschlands und habe natürlich ihren Preis, sagte Ewald Geis, zweiter stellvertretender VBEW-Vorstandsvorsitzender.

Große Anstrengungen

In Bayern zählte 2002 die Stromwirtschaft mit rund 300 Stromversorgungsunternehmen, die rund 500 Mio. Euro investiert haben, zu den investitionsstärksten Branchen. In den Jahren 2003 bis 2005 werden die Stadtwerke München, Würzburg, Augsburg, Erlangen sowie E.ON Bayern und die N-Ergie Nürnberg 430 Mio. Euro in sogenannte Gas- und Dampfkraftwerke investieren. Durch solche Anstrengungen war und ist es möglich, dass der Stromverbrauch des Freistaates durch die bayerischen Kraftwerke gedeckt wird.

2003 ist in Bayern der Strom-

Diese müssten sich alle auf nach Süden geneigten Dächern befinden.

Energiebetrachtung am Biokreislauf

Damit sie wachsen können, benötigen die Bäume Kohlendioxid, Wasser, Mineralien und Sonnenenergie. Durch die Photosynthese wird die Sonnenenergie in die potenzielle Brennstoffenergie „Holz“ umgewandelt, Sauerstoff wird an die Luft abgegeben.

Bei der Verbrennung von Holz genau dieselbe Menge von Sauerstoff benötigt, wie vorher beim Wachstum frei gesetzt wurde. Umgekehrt wird genau so wie Wasserstoff, Kohlendioxid, Mineralien (Asche) abgegeben, wie im Holzwachstum gespeichert wurde.

Die durch die Verbrennung der Biomasse Holz frei werdende Energie ist somit gespeicherte Sonnenenergie. Der Kreislauf von der Entstehung (Wachstum) über die Verbrennung wieder zum Wachstum beträgt bei Verwendung von Holz als Brennstoff nur wenige Jahrzehnte.

Wirtschaftlichkeit mit Holzenergie

Die Gesamtkosten der Sanierung inkl. Kesselanlagen, Nahwärmenetz, Übergabestation und Warmwasserbereiter betrug netto 183.000 Euro. An staatlichen Zuschüssen erhielt die Gemeinde Eiselfing aus dem Programm BioKomm ca. 9.000 Euro.

Die sowieso anfallenden Kosten zur Erneuerung der Heizölkesselanlagen in den nächsten zehn Jahren wären in vergleichbarer Größe bei 160.000 Euro. Die laufenden Kosten sind jedoch deutlich geringer, da nur noch Betriebskosten (Strom, Kaminkehrer, TÜV, Wartung etc.) für zwei Kesselanlagen anfallen.

Konstanter Energiepreis

Außerdem zeichnen sich Pellets durch den hervorragend konstanten Energiepreis bei Großanlage von ungefähr 2,60 Cent/kWh aus. Hinzu kommt, dass Pellets nur mit 7 % MwSt belastet werden, so dass auch hierin ein wirtschaftlicher Vorteil gegenüber Gas oder Öl für Bruttozahler wie Kommunen besteht.

verbrauch im Vergleich zum Vorjahr um 2 % auf 71 960 Kilowattstunden (kWh) gestiegen. Das mag mit an dem heißen Sommer gelegen haben, aber auch daran, das Strom als Innovations- und Modernisierungsenergie fortlaufend an Bedeutung gewinnt. In den Haushalten hingegen bleibt der Verbrauch konstant. 82 % des verbrauchten Stromes stammen aus Kernenergie und konventioneller Erzeugung, 18,2 % aus erneuerbarer Energie. 70,2 % der gesamten Stromerzeugung entfallen auf Kernenergie.

Erzeugerquoten

Obwohl im vergangenen niederschlagsarmen Sommer die Stromerzeugung aus Wasserkraft um ein Viertel auf 10.072 kWh zurückgegangen ist, machte Strom aus Wasserkraft noch immer 15 % der gesamten Stromerzeugung in Bayern aus. Strom aus Wind und Sonne trugen 0,3 % bei, Biomasse 0,9 %. Allein die Stromproduktion des Atomkraftwerks Isar II mit einem Ergebnis von 12,3 Mrd. kWh entspricht etwa zwei Dritteln der Strommenge, die alle 15.000 Windkraftanlagen in Deutschland zusammen erzeugt haben. In Zukunft werden die Erzeugerquoten auf der Stromrechnung ausgewiesen. **doh.**

System und Technik

Mit Hilfe einer automatisch angesteuerten Rundaustragung wird bedarfsgerecht aus dem neben dem Heizraum liegenden Brennstoff-Lagerraum der Holzbrennstoff „Pellets“ über Förderschnecken hinzugeführt. Eine ausgeklügelte Steuer- und Regelelektronik sorgt dabei für einen vollautomatischen und weitgehend wartungsfreien Betrieb. Von der Zündung über die Leistungsregulierung sowie die Brennstoffbeschickung, aber auch die Wärmetauscherreinigung und Entaschung erfolgen somit alle Funktionsabläufe automatisch und komfortabel.

Überwachung und Optimierung

Im ersten Bauabschnitt wurde ein 150 kW Biomasse-Kessel installiert, eine Vorhaltung für einen zweiten Kessel gleicher Baugröße bei Ausbau des Nahwärmenetzes ist vorgesehen. Die Biomasse-Kesselanlage ist über Modem und entsprechender Software von jedem PC aus überwachbar und optimierbar. Sie bietet weiterhin die Möglichkeit über den Einsatz von Wärmemengenzählern die Lieferung des Brennstoffs nach MWh-Nutzenergie abzurechnen. Somit besteht für die Gemeinde langfristige Möglichkeit, die Energielieferung kalkulierbar und wirtschaftlich zu bestimmen!

Wärme vor der Haustür

Holzpellets, die komprimierteste Form von Holzenergie, stellen durch die hohe Dichte, den hohen Heizwert an das Fließverhalten besondere Anforderungen an eine Feuerung. Mit einer Schüttdichte von 650 kg/m³ haben Holzpellets einen deutlich geringeren Lagerplatzbedarf gegenüber Hackschnitteln. Der Aschegehalt dieses Brennstoffes liegt unter 1 %!

Zudem verbleibt die Wertschöpfung in der Region. Als regional gewordenes Produkt, gewährleistet Holzpellets höchste Versorgungssicherheit und Unabhängigkeit von unkalkulierbaren Preis- und Lieferchwankungen wie bei fossilen Brennstoffen. Immer mehr kommunale Gebäude, Wohnbauten und Gewerbeobjekte werden im Leistungsbereich von 100 bis 500 kW mit Pellets beheizt. **z**

Kultusministerin Monika Hohlmeier:

Übernahme der Schirmherrschaft für ESB-Grundschulaktion 2004

Erdgas Südbayern (ESB) fördert kindgerechte Pausenhöfe in erdgasversorgten Städten und Gemeinden

Mit einer lokal angelegten Aktion fördert die ESB in diesem Jahr die kindgerechte Umgestaltung von Pausenhöfen. Der Wettbewerb, bei dem Grundschulen eine Fördersumme von 10.000 Euro gewinnen können, geht mit prominenter Unterstützung an den Start: Die bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier übernimmt die Schirmherrschaft und wünscht den ESB-Geschäftsführern Werner Bähre und Dieter Rathsam, dass die Aktion „Pausenhof macht Spaß!“ ein voller Erfolg wird.

Mit einem Wettbewerb setzt die ESB in Zeiten angespannter kommunaler Kassen ein Signal und stellt 14 x 10.000 Euro zur Verfügung, um die Erlebnisqualität der Grundschul-Pausenhöfe in den von ESB direkt erdgasversorgten Städten und Gemeinden zu verbessern. „Wir verzichten auf einen Teil unserer Werbung und wollen zeigen, dass gesellschaftliche Verantwortung für uns nicht nur ein Schlagwort

ist“, so ESB-Geschäftsführer Werner Bähre.

Ziehen an einem Strang

Vor Ort ist dann die Initiative der gesamten Schulfamilie gefragt. Schüler, Lehrer und Eltern sollen an einem Strang ziehen, wenn es darum geht, Ideen zu finden, Pläne zu entwickeln und Kosten zu kalkulieren. Alle Kinder sollen in jeder Projektphase

mitmachen und Aufgaben übernehmen. So lernen sie früh und spielerisch, ihren persönlichen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten. „Wir sehen uns in erster Linie als Initiator“, so Werner Bähre. „Wenn's ans Planen, Bauen, Pflanzen und Umgestalten geht, darf und soll jeder mitmachen und die Schulgemeinschaft aktiv unterstützen!“ Ziel der ESB ist es, auf lokaler Ebene einen Anstoß zu geben und die Verantwortung der Wirtschaft für die gesellschaftlichen Aufgaben unter Beweis zu stellen.

Professionelle Begleitung

Bis zum 2. Juli 2004 haben die Schulen Zeit, ihr gemeinsam erstelltes Pausenhof-Konzept bei der ESB einzureichen. Dann ist die Jury am Zug: Sind die 14 lokalen Preisträger gekürt, kann sofort mit der Umsetzung begonnen werden. Während der gesamten Aktion ist den Schulen die fachliche Beratung durch den Verein Urbanes Wohnen e. V. und die Fachhochschule Weihenstephan/Fachbereich Landschaftsarchitektur sicher. Diese beiden kompetenten Partner wurden von der ESB engagiert, damit die Aktion professionell begleitet werden kann.

Auch die zuständigen Gemeinden und Schulbehörden sind in den Ablauf des Wettbewerbs eingebunden. Denn partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den erdgasversorgten Städten und Gemeinden sowie die Unterstützung sozialer und

den Benzin- und Dieselkonkurrenten, zum Beispiel wird ein Viertel weniger Kohlendioxid ausgestoßen.

Erdgas-Fahrzeuge im eigenen Fuhrpark

Der Erdgasversorger Erdgas Südbayern GmbH (ESB) hat diese Entwicklung in Bezug auf die erdgasbetriebenen Fahrzeuge schon lange erkannt und den betriebseigenen Fuhrpark für die ESB-Erdgasfachberater auch im vergangenen Jahr weiter aufgestockt. Der betriebseigene Fahrzeugbestand wurde in den vergangenen Jahren sukzessive auf derzeit 102 Erdgasfahrzeuge erhöht.

Zuverlässige Technik

Auch beim ADAC sind zum Beispiel Erdgasautos im Einsatz: Sie sind als Straßenwachtfahrzeuge unterwegs und dabei extremen Belastungen ausgesetzt. Die Autos selber fahren sich so problemlos wie ihre Benzin- und Dieselvarianten. Sogar rasantes Fahren ist möglich. Die Technik sei erprobt und im wesentlichen zuverlässig, sagt Erich Schartel vom ADAC: „Bundesweit fahren wir mit 30 Gasfahrzeugen und wir sparen im Jahr 25.000 Euro.

Steuervorteile gelten bis 2020

Auch das Hin und Her der Politik in Sachen Steuern auf Treibstoff und Kraftfahrzeuge können Besitzer von Erdgasautos gelassen abwarten: die gegenwärtigen Steuervorteile sind noch für über 15 Jahre festgeschrieben. Und auch wenn der Kohlendioxid-Ausstoß eines Tages tatsächlich zum Maßstab für die Besteuerung gemacht werden sollte, hätten Besitzer eines Erdgasautos gute Karten: die Emissionen sind grundsätzlich wesentlich niedriger als bei



Den offiziellen Auftakt der ESB-Grundschulaktion gaben Kultusministerin Monika Hohlmeier und die ESB-Geschäftsführer Werner Bähre (li.) und Dieter Rathsam (re.) im Kreise von Grundschulkindern. Hier tritt auch der ESB-Aktionshase erstmals in Aktion, der die Kinder bei ihren Projekten begleitet und unterstützen wird. Photo: ESB

umweltorientierter Projekte hat seit Jahren Tradition bei der ESB.

Mitmachen lohnt sich!

Teilnahmeberechtigt an der ESB-Aktion „Pausenhof macht Spaß“ sind Grundschulen in den 232 von der ESB direkt mit Erdgas versorgten Orten in Südbayern, für die eine Zustimmung der Stadt/Gemeinde vorliegt. Die Teilnahmeunterlagen werden den entsprechenden Schulen direkt zugesandt und liegen dort ab 23. April vor. Eine verbindliche Anmeldung der Schule zur Teilnahme an der ESB-Aktion muss bis zum 21. Mai 2004 erfolgen.

Mitmachen lohnt sich in jedem Fall! Denn alle Schulen, die bei der Prämierung nicht zum Zug kommen, erhalten von der ESB ein Spiele-Paket im Wert von 500 Euro.

Die Tankstelle in Weilheim in der Paradeisstraße hat vor einem Jahr den Betrieb aufgenommen.

Umweltschonend und wirtschaftlich fahren

Dabei ist Fakt für Werner Bähre, Geschäftsführer bei Erdgas Südbayern GmbH, (ESB) „dass wir als Erdgas-Dienstleister das leben müssen, was wir kommunizieren: umweltschonend und wirtschaftlich zu fahren.“

Schon 1993 wurde von der ESB der erste erdgasbetriebene PKW in Bayern zugelassen und für ihn gilt noch heute: er läuft, und läuft, und läuft!

Neue Werbekampagne der N-ERGIE:

Nähe und Zuverlässigkeit

Am 1. April 2004 startet die neue Werbekampagne der N-ERGIE Aktiengesellschaft, konzipiert und umgesetzt von der Nürnberger Werbeagentur Schultze, Walther und Zahel GmbH. Aufbauend auf den hohen Bekanntheitsgrad der N-ERGIE von 89 Prozent (gestützter Wert) soll nun unter dem Motto „Spürbar näher“ die emotionale Bindung an die Marke N-ERGIE gestärkt werden.

Spürbar näher rücken deshalb die Produkte und ihre Verwendung in der neuen Kampagne: Ein Motiv zeigt beispielsweise einen riesigen Ventilator, der jungen Frauen „Pure Sommerfrische“ verschafft.

„Schöne Abkühlung“

Ein eleganter Sprung in ein überdimensionales Waschbecken sorgt für „Schöne Abkühlung“. Diese in ihren Proportionen verkehrten Alltagsszenen machen dem Betrachter den Nutzen der für uns so selbstverständlichen tagtäglichen Verwendung von Strom, Erdgas, Wärme und Wasser bewusst. Sie zeigen, wie wichtig das zuverlässige Funktionieren dieser Produkte für unseren Alltag ist und wie sehr sie zu unserem Wohlergehen beitragen.

Nähe zum Kunden

Die N-ERGIE versteht sich als regionaler Energieversorger, dem die Nähe zum Kunden zentrales Anliegen ist und der durch Unterstützung von

Sport- und Kulturveranstaltungen aktiv Verantwortung für die Region übernimmt. Die starke regionale Ausrichtung der N-ERGIE zeigt sich auch in der Werbekampagne.

Lokaler Bezug

Bei allen vier Produktmotiven wird entsprechend dem Standort des Plakats ein lokaler Bezug hergestellt. In Hiltpoltstein z.B. genießt eine fröhliche Gruppe hinter einer überdimensionalen Gasflamme „Lagerfeuerromantik in Hiltpoltstein“. Im Stadtteil Johannis räkeln sich Sonnenanbeter auf einem Heizkörper und freuen sich über „Warme Wintertage in Johannis“.

Neue Motive seit April

Die neuen Motive werden ab April 2004 in den regionalen Tageszeitungen, auf Großflächenplakaten und City Light Postern des N-ERGIE-Netzgebiets erscheinen. Zu einem späteren Zeitpunkt sind Funkwerbespots und Kinowerbung geplant.

29. Weilheimer Auto- und Motorradschau:

ESB präsentiert Erdgasfahrzeuge

Fast 20.000 Erdgasfahrzeuge rollen mittlerweile auf Deutschlands Straßen. Und täglich werden es mehr. Großer Vorteil für alle Erdgas-Autofahrer: Sie müssen sich nicht über stetig steigende Benzinkosten ärgern. Geringere Treibstoffkosten und dazu eine umweltschonende Alternative zum Benzin sind nur zwei gute Gründe, die für ein Erdgasauto sprechen. Im Rahmen der 29. Weilheimer Auto- und Motorrad-Ausstellung informierte die Erdgas Südbayern GmbH (ESB) auf einem Sonderstand im Außengelände mit flotten Erdgasflitzern über dieses Thema.

Interessierte konnten sich ausführlich am Messestand der ESB „Fahren mit Erdgas“ im Außengelände der Messe zu Fahrzeugen, Preisen, Fördermöglichkeiten und Erdgastankstellen-Netz informieren.

Wachsende Nachfrage

Die Nachfrage nach Erdgasfahrzeugen wächst in Deutschland stetig, immer mehr Automobil-Hersteller bauen serienmäßige Fahrzeuge mit „bivalentem Erdgasantrieb“, der sowohl für den Betrieb mit Erdgas als auch mit Benzin geeignet ist.

Steigender Bedarf

Die Versorgung mit dem kostengünstigen Treibstoff Erdgas ist in Weilheim kein Thema, denn seit nunmehr einem Jahr tut die Tankstelle im Industriebetrieb in der Paradeisstraße ihren Dienst. Denn die Erdgasindustrie weiß um den stetig steigenden Bedarf. Sie hat reagiert und treibt den Tankstellenausbau zügig voran. Neben den rund 435 Erdgas-Tankstellen, die es bis zum heutigen Zeitpunkt gibt, wurde das 1000-Tankstellenprogramm von der Energiewirtschaft ins Leben gerufen: Das verspricht, dass bis zum Jahre 2007 insgesamt 1000 Tankstellen in Deutschland Erdgastankstellen verfügbar sind.

Ein Segen für die Umwelt

Für die Umwelt ein Segen, denn dank geringerer Emissionen ist auch in diesem Punkt das erdgasbetriebene Fahrzeug interessant. Der Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid reduziert sich im Gasbetrieb um etwa 25 Prozent. Smogförmige Emissionen sind kaum messbar, Partikel oder Geruchsbelästigungen auch kein Thema mehr. Selbst der Geräuschpegel geht deutlich zurück.

Zwischen 1.500 und 3.000 Euro sind die kombinierten Erdgas-Benzin-Autos teurer als gewöhnliche Fahrzeuge. Aber:

der Gasversorger ESB zahlt einen Zuschuss in Form einer Startprämie von 400 Euro. Neben der Startprämie, die die ESB für Erdgasfahrzeugkäufer im ESB-Versorgungsgebiet bietet, gibt es für die Erdgaskunden unter den Erdgasautofahrern ein weiteres Schmäckerl: Der Halter eines erdgasbetriebenen Fahrzeugs wird mit einem Bonus von 1000 kWh Erdgas im Jahr belohnt. Über die jährliche Abrechnung kommt der Kunde in diesen Vorzug. Heizen und Autofahren mit Erdgas lohnt sich jetzt also doppelt für den ESB-Kunden. Zu den Gründen sagt Martin Heun von der Erdgas Südbayern GmbH: „Wir fördern die Erdgasfahrzeuge mit 400 Euro. Wir sehen das als Verkaufsförderung, wir wollen den Markt durchdringen.“

Mohr-Villa Freimann:

Exzellentes Schmuckstück der Stadteilkultur

Vor über zehn Jahren hat in der Mohr-Villa die Kultur Einzug gehalten. Seither hat sich das Anwesen unter der engagierten Trägerschaft des Mohr-Villa-Vereins zu einem quicklebendigen Kulturzentrum, einem wahren Schmuckstück der Freimann's Stadteilkultur entwickelt. Die Kulturarbeit der Mohr-Villa befindet sich auf sehr hohem Niveau. Sie findet - auch in der Presse - allgemeine Anerkennung.

Die Mohr-Villa ist eines der letzten historischen Gebäude im Herzen von Alt-Freimann. Bevor die Eisenbahn nach Freising gebaut wurde, wechselten hier täglich fünfmal die Postkutschen aus beiden Richtungen ihre Pferde. Für die Fuhrleute war der „Freimann's Wirt“ ein willkommener Rast- und Brotzeitplatz. 1870 baute Geheimrat Junge ein Gutshaus und Stallungen. 1885 kaufte der aus Württemberg stammende Walter Mohr das Anwesen. Er baute es um und ließ einen repräsentativen Park anlegen. Um 1925 erwarb die Reichsbahn das Objekt. Die Villa wurde der Direktion zur Verfügung gestellt.

Arbeitskreis engagierter Bürger

Im Rahmen zahlreicher Kontakte stellte sich heraus, dass viele Freimanner das Fehlen eines bürgernahen, nicht kommerziellen Treffpunktes beklagen und die Mohr-Villa als dafür besonders geeigneten Ort betrachten. Engagierte Freimanner Bürger gründeten einen Arbeitskreis, um für die Erhaltung der Villa zu kämpfen.

Der Arbeitskreis unternahm zahlreiche Aktionen, wie Bürgerberatung, Gestaltung von Sommerfesten (damals noch vor der Mohr-Villa) und Info

der Bevölkerung über den Stand der Verkaufsverhandlungen. So interessierten sich immer mehr Bürger für das Haus. Ein Förderverein wurde gegründet.

Konzept erstellt

Im Jahre 1990 regte das Kulturreferat der Stadt München an, dass der Arbeitskreis neben anderen ein Konzept für die Mohr-Villa erstellen soll. So wurde im August 1990 der erste Entwurf erarbeitet. In zahlreichen Schreiben an Behörden (Lokalbaukommission, Denkmalschutz u.a.) und persönlichen Gesprächen mit Politikern setzten sich Vertreter des Arbeitskreises für den Erhalt der Villa und die öffentliche Nutzung des Parks ein.

1992 Vereinsgründung

Um das Anliegen Mohr-Villa noch besser vertreten zu können, wurde 1992 auch ein Verein gegründet. Der Mohr-Villa Freimann e.V. ist gemeinnützig anerkannt und die Mitgliederzahl nimmt stetig zu. Derzeit sind es etwa 130, dem Förderkreis Mohr-Villa gehören sogar über 400 Freunde des Hauses an.

Nach zähen Verhandlungen zwischen der Bundesbahn und der Stadt München war es im Sommer 1993 endlich soweit:

Der Stadtrat beschloss den Kauf der Mohr-Villa. Alle waren begeistert, dass Freimann eine neue Mitte mit einem soziokulturellem Zentrum erhalten sollte.

Eine neue Mitte

So hat der Verein unter großen Anstrengungen die Nebengebäude der Mohr-Villa, die ehemaligen Stallungen, mit Mobiliar ausgestattet - den Kauf der ersten Stühle hat die Nachbarin, die Gemeinde St. Albert,

finanziert - und durch ehrenamtliches Engagement zahlreiche Veranstaltungen organisiert.

Vorbildliches Engagement

Mit großem Aufwand und vorbildlichem bürgerschaftlichen Engagement unterstützt durch zahlreiche Initiativen und Institutionen, Spender und Sponsoren, wurden zuerst die Nebengebäude und dann auch das Haupthaus für kulturelle Zwecke nutzbar gemacht. Da-

mit ist die Sanierung der Mohr-Villa fast komplett. Fast - denn was nach wie vor aussteht, ist die dringend notwendige Restaurierung des 1884 erbauten Musikpavillons. Auch dafür setzt sich der 1992 gegründete Mohr-Villa-Verein seit seinem Bestehen ein, eine Realisierung des Vorhabens scheidete bislang allerdings am fehlenden Geld. Nachdem der Pavillon, um einen weiteren Verfall zu verhindern, abgebaut und eingelagert werden musste, geht es jetzt darum, so schnell wie möglich für seinen Wiederaufbau zu sorgen.

Ein Zeugnis großbürgerlicher Kultur

Wie die Mohr-Villa, so ist auch der Pavillon jede Anstrengung wert. Das hat auch eine Untersuchung ergeben, die im Auftrag des städtischen Baureferats durchgeführt wurde. Darin heißt es: „Der Pavillon ist ein beispielhaftes Zeugnis großbürgerlicher Kultur des ausgehenden 19. Jahrhunderts und für Freimann ein feiner Mosaikstein seiner Geschichte.“

Hochwertiges Programm

Für die Freimanner Bürger bieten Initiativen, Vereine und die Volkshochschule ein hochwertiges Programm. Das Mohr-Villa-Team, das großen Wert auf eine entspannt-fröhliche Arbeitsatmosphäre legt, veröffentlicht jeden Monat eine Übersicht, die über ein Verteilernetz aus engagierten Helfern zugestellt wird. Es ist vielfältig und auf unterschiedliche Interessengruppen im Stadtteil ausgerichtet. Zahlreiche Feste wurden und werden von der Bevölkerung begeistert aufgenommen. Im übrigen ist jeder, der Spaß am gemeinsamen Gestalten und Organisieren hat, herzlich willkommen.

Mehrfachnutzung

Das wichtigste Anliegen des Vereins bei der Vergabe der

Neuerscheinung:

„Die Orden und Ehrenzeichen unserer Republik“

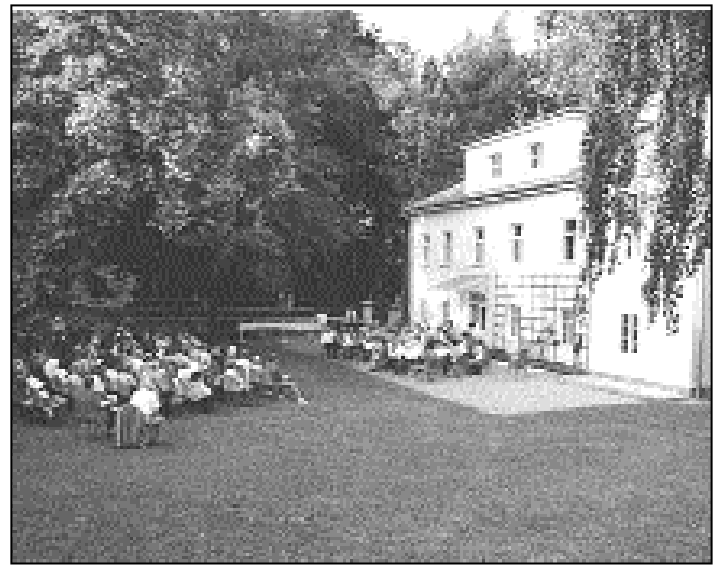
Vor kurzem ist der farbenprächtige Titel „Die Orden und Ehrenzeichen unserer Republik“ von Alexander von Sallach in einer völlig überarbeiteten und wesentlich erweiterten Neuauflage im Phaleristischen Verlag Michael Autengruber, Konstanz, erschienen. Ein weiteres Buch aus diesem Bereich ist der vom ursprünglichen Herausgeber (RMS-Verlag in Wolfsheim) nach dessen Konkurs übernommene Titel „Die Auszeichnungen des Freistaates Bayern 1945 - 1998“ von Enno Bernzen, Klaus H. und Uta Feder.

Beide Titel richten sich nicht nur an Verantwortungsträger in Bund, Länder und Gemeinden, bei Feuerwehren und beim Rotem Kreuz, Mitglieder von Bundestag, Land- und Kreistagen, Städte- und Gemeinderäte, an Landes-, Universitäts-, Stadt- und Gemeinde-Bibliotheken (als der Öffentlichkeit allgemein zugängliches Nachschlagewerk in der Präsenzbibliothek) sondern auch an Historiker, Soziologen und Juristen, historisch, soziologisch und juristisch Interessierte, und natürlich auch an die zahlreichen Sammler derartiger Auszeichnungen.

Große Vielfalt

Der sehr farbenprächtig gestaltete Bildband „Die Orden und Ehrenzeichen unserer Republik“ mit 450 Seiten und über 900 Farbphotos ist der erste in seiner Art, der das gegenwärtige deutsche Auszeichnungswesen in seiner großen Vielfalt darstellt.

Betrachtet werden u. a. die Auszeichnungen, die nach 1949



Feste in der Mohr-Villa werden von der Bevölkerung stets begeistert aufgenommen.

Räume ist die Mehrfachbenutzung. So finden im ganzen Haus Lesungen, Vorträge, Gymnastik-Kurse, Kinderfeste, Familienfeiern und Konzerte sowie regelmäßige Ausstellungen statt. Jeden letzten Freitag im Monat verwandelt sich die Mohr-Villa zu ihren Vernissagen in ein großes Ausstellungshaus.

Hervorragend angenommen wird die Kunst & Kulturmeile Freimann, ein Straßenkunstfest, das jährlich stattfindet, sowie ein durch die Dissmann-Stiftung ermöglichtes Sommertheater.

Zuschüsse aufstocken

Sehr beliebt sind die schönen Räume in der Mohr-Villa, so dass sie für Ausstellungen aber auch für Familienfeiern schon für ein Jahr im voraus ausgebucht sind. Das Kulturreferat der Stadt München hat die Anliegen des Vereins stets wohlwollend begleitet und finanziell unterstützt. Doch mit vorwiegend ehrenamtlicher Arbeit kann so ein großes Anwesen nicht mehr verwaltet werden. Für die Zukunft wünscht sich der Verein deshalb eine personelle und finanzielle Ausstat-

tung, die es ermöglicht, das Angebot, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, zu erweitern und die schönen Räume noch intensiver zu nutzen, damit alle Freimanner Bürger sich in der Mohr-Villa wohl fühlen und auch weiterhin gerne zu diesem Treffpunkt kommen.

Optimale Voraussetzungen für ein Bürgerhaus

Durch eine großzügige Spende der Hypokulturstiftung konnte die Sanierung der Villa trotz magerer Finanzen der Stadt verwirklicht werden. Das Baureferat hat zusammen mit Vertretern des Vereins eine optimale Lösung für die Nutzung der Villa entwickelt und die formalen Voraussetzungen für ein Bürger- und Kulturzentrum geschaffen. Grundsätzlich zeigt das Beispiel Mohr-Villa sehr deutlich, wie man Zentren dieser Art preiswert und schnell umsetzen kann, wenn sich vor Ort hochmotivierte und qualifizierte Verantwortliche finden. Stellvertretend für ein großes Team Ehrenamtlicher seien an dieser Stelle der Vorsitzende der Mohr-Villa, Siegfried Oswald, und für die Geschäftsstelle Gilla Schmitt-Thiel genannt. **DK**

Detaillierte Erarbeitung

Bei dem Buch „Die Auszeichnungen des Freistaates Bayern 1945 - 1998“ (280 Seiten, durchgehend reich illustriert, einschließlich einer farbigen Bandtafel und weiteren fünf Farbtafeln) handelt es sich um einen sehr detailliert erarbeiteten Titel über alle im heutigen Freistaat Bayern offiziell verliehenen Orden, Ehrenzeichen, Auszeichnungen, Ehrenmedaillen und Preise, mit allen betreffenden Gesetzen, Statuten, Verordnungen, Verlautbarungen und Abbildungen der Insignien und Verleihungsurkunden.

Dieses Buch ist im Buchhandel oder auch direkt beim Verlag zum Verkaufspreis von 24,80 Euro erhältlich.

Farbenprächtige Ergänzung

Dieses Buch stellt somit eine farbenprächtige Ergänzung und Erweiterung der in diesem Bereich vorhandenen jedoch gemeinhin nur spärlich illustrierten Fachliteratur dar. Deshalb wurde hier auch auf die detail-

Drucksachen-Produktion:

Durch Outsourcing Kosten sparen

FM-Service kann bei der Produktion von Drucksachen die Lücke zwischen teuren Werbeagenturen und „Do-it-yourself“-Produktion schließen

München - Zukauf von Facility Management-Leistungen ja oder nein? Viele Städte und Gemeinden beschäftigen sich mit dieser Frage, seitdem Outsourcing in vielen kommunalen Bereichen ein viel und durchaus oft auch kontrovers diskutiertes Thema ist. Facility Management (FM) steht immer dann zur Diskussion, wenn es Dinge zu erledigen gibt, die nicht zu den Hoheitsaufgaben einer Kommune gehören und die durch externe Spezialisten ggf. effizienter und kostengünstiger erledigt werden können. Im ersten Augenblick fallen dem Praktiker da die klassischen kommunalen Servicedienste, von der Grünanlagenpflege bis zur Straßenreinigung oder die Verwaltung von Immobilien ein. Richtig Kosten sparen aber lässt sich mit externem Know-how nach Erfahrungen der Experten von E.ON Facility Management (EFM) auch in kleinen Dingen des kommunalen Alltags, etwa bei der Produktion von Drucksachen.

Keine Gemeinde, wie groß oder klein sie auch immer ist, kommt ohne aus: Die Gestaltung und der Druck von Briefpapier, Formularen, Handzetteln z.B. mit den Müllabfuhrterminen, von kommunalen Mitteilungsblättern, bunten Werbebroschüren oder Plakaten zur Ankurbelung des Fremdenverkehrs sind Verwaltungsalltag.

Werbeagentur nicht nötig

Hierfür eine professionelle Werbeagentur zu beauftragen, ist in vielen Fällen meist überzogen teuer und auch nicht notwendig. Solche Drucksachen in „Heimarbeit“ zu stricken ist aber erfahrungsgemäß ebenfalls nur in den seltensten Fällen Ziel führend. Sekretärinnen, Sachbearbeiter oder auch Verwaltungsbeamte

sind für andere Dinge da. Ganz abgesehen, dass in den meisten Rathäusern entsprechende Technik und Software für professionelles Desktop-Publishing fehlt.

Ein moderner FM-Dienstleister kann hier die Lücke schließen: „Der Business- und Office-Service ist etwa bei EFM fester Bestandteil im Angebot an die Kunden“, sagt Hans Kerscher, bei der E.ON-Energie Tochter zuständig für Grafik- und Print-Projekte.

Inhouse-Service als wichtige Säule

Schnüren die EFM-Experten für eine Kommune ein Angebot, ist der Bereich Inhouse-Service als wichtige Säule des „Infrastrukturellen Managements“ immer dabei.

Bedarf bei Kommunen

„Die Überraschung ist oft groß, dass wir auch das als FM-Dienstleistung sehen“, meint Kerscher. Die überaus positive Resonanz vor allem nach Abwicklung der ersten Aufträge aber zeigt, dass es dafür vor allem bei Kommunen echten Bedarf gibt.

Im Alltag nimmt der EFM Inhouse-Service Gemeinden auf Wunsch bei der Produktion von Drucksachen die Suche nach geeigneten Grafikern, Satzstudios, Belichtern und günstigen Druckern ab.

Der Dienstleister liefert auf Wunsch Drucksachen in jeder Auflage, jedem Umfang und auch mit aufwändigstem Finish von der ersten Idee über die Produktion bis zum personalisierten Versand, nach vorgegebenen exakten Zeitplänen oder organisiert Teillieferungen und, wenn gefordert, auch Just-in-Time.

schnittliche Kaufkraft sind überdurchschnittliche Löhne und Gehälter. 2011 betrug bei Bruttolöhnen und -gehältern der Durchschnitt je Arbeitnehmer in Stuttgart 30.470 Euro, in München 30.311 Euro, in Rhein/Main 28.467 Euro, Köln/Bonn 28.059 Euro, in Hamburg 27.467 Euro, in Berlin 24.663 Euro, in Dresden 21.389 Euro und in Leipzig 21.298 Euro. Der Durchschnitt in Deutschland liegt bei 25.980 Euro.

Höchste Erwerbsquote

„Dies alles ist“, so IHK-Präsident Claus Hipp, „vor allem auf die moderne regionale Wirtschaftsstruktur mit einem überdurchschnittlichen Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte, einem hohen Lohnniveau und niedriger Arbeitslosigkeit zurückzuführen.“ Auch bringt es München mit 89,4 Prozent auf die mit Abstand höchste Erwerbsquote aller untersuchten Regionen. Gleichzeitig hatte die Region im Jahr 2002 die niedrigste durchschnittliche Arbeitslosenquote.

Niedrigste Lohnstückkosten

Mit einer Produktivitätssteigerung von 12,6 Prozent von 1996 bis 2001 konnte München zudem seinen Vorsprung weiter ausbauen und kommt deshalb trotz hoher Pro-Kopf-Gehälter auf die niedrigsten Lohnstückkosten. Auch herrscht ein positives Gründungsklima. Mit zehn Existenzgründungen je 1000 Einwohner liegt München ebenfalls an der Spitze und weit über dem Bundesdurchschnitt von 7,1 Neuerichtungen. Die süddeutschen Regionen München und Stuttgart sind deutlich exportorientierter als die übrigen Regionen.

Hohe Kostenbelastungen

Im Vergleich zu anderen Metropolen haben die Unternehmen in der Landeshauptstadt München allerdings durch hohe Gewerbesteuerhebesätze und Grundstückspreise mit hohen Kostenbelastungen zu kämpfen. Bei den Gewerbesteuer-Hebesätzen lag 2000 Stuttgart mit 37,9 Prozent am günstigsten vor Berlin mit 38,1 Prozent, Leipzig/Halle mit 40,0 Prozent, Dresden mit 42,1 Prozent, Rhein/Main und Hamburg mit je 42,9 Prozent, München mit 43,0 Prozent und Köln/Bonn mit 43,8 Prozent. **doh**

Wachsende Nachfrage

Die Nachfrage nach Inhouse-Service-Leistungen im FM-Bereich wächst ständig. Deshalb verfügt die EFM mittlerweile bereits über eine eigene Druckerei mit modernsten Druckmaschinen und Geräten zur Weiterverarbeitung. Kleine Auflagen werden in eigenen Printshops in den verschiedenen, bundesweit ver-

streuten Regional-Centern produziert.

Profitieren von Großabnehmerpreisen

Darüber hinaus sind Rahmenverträge mit Unternehmen aus allen Bereichen des Grafik- und Druckgewerbes abgeschlossen worden. „Selbst unser kleinster Kunde profitiert damit von den

günstigen Großabnehmerpreisen, die EFM pauschal sowohl für den Kunden- als auch für den Eigenbedarf ausgehandelt hat“, sagt Hans Kerscher. Im Printbereich können das Outsourcing und die Einbindung eines kompetenten Partners so, abhängig vom Drucksachenbedarf, jährlich leicht einige tausend oder sogar zehntausend Euro Kosteneinsparungen bringen. **z**

„Leuchttürme“ in Böhmen und Bayern

Informationsforum „Initiation. Europäische Lebenswege“ in Cheb

Am 22. April - also kurz vor dem Beitritt Tschechiens zur EU - startet in Hofs Partnerstadt Cheb mit dem Informationsforum „Initiation. Europäische Lebenswege“ eine Veranstaltungsreihe des Hofer Bildungswerks BSI e.V. (Bildung Schulung Information). Die Reihe wendet sich an Menschen, die ihre Chancen im zusammenwachsenden Europa wahrnehmen wollen, und wird mit deutsch-tschechischen Fachtagungen über Umwelt und Verkehr in Bad Alexandersbad und Hof fortgesetzt werden.

Der Start in Cheb unter Beteiligung u.a. von Hofer Schülern aus dem Schiller- und aus dem Johann-Christian-Reinhardt-Gymnasium ist ein Beitrag zur weiteren Belegung der noch jungen Städtepartnerschaft zwischen Hof und Cheb, der erst am 27. Januar 2004 abgeschlossen worden war. Das Gesamtprojekt „Leuchttürme - Interkulturelle Bildung, Schulung und Information“ wird veranstaltet vom BSI e.V. Hof in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung und gefördert aus EU-Mitteln.

Interkulturelles Know-how

Was in Cheb zu erwarten ist? Das zusammen mit dem Gymnasium Cheb entwickelte Forum „Initiation. Europäische

Sparmaßnahmen zur Sprache kommen.

Was den diesmaligen Projektpartner, das Gymnasium Cheb, unter den tschechischen Schulen hervorhebt und zu einem „Leuchtturm“ im Sinne der Veranstalter macht, das sind seine erstaunlich vielfältigen tschechisch-deutschen Aktivitäten. Das Gymnasium gehört zu den wenigen Schulen, die ein deutsches Sprachdiplom vergeben dürfen, das zum Besuch deutscher Hochschulen berechtigt. Außerdem pflegt das Gymnasium inzwischen schon vier Partnerschaften mit deutschen Schulen und brachte dabei ausgezeichnete Projekte wie die Zeitzeugenbefragung „Böhmische Dörfer“ zusammen mit dem Otto-Hahn-Gymnasium in Marktredwitz auf den Weg.

Infoline deutsch 09287-77587 oder cesky 00420-776-661160.

Weitere Infos in deutscher und tschechischer Sprache unter www.leuchtturm-bsi.gmxhome.de **z**

Region München führend in Deutschland

**Besonders stark bei Dienstleistungen
Acht Metropolen im wirtschaftlichen Standort-Vergleich**

Die Region München kann als Kraftzentrum Deutschlands bezeichnet werden, das sich vor allem als Dienstleistungszentrum profiliert hat. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Standortvergleich von acht deutschen Metropolen hervor, dessen Details die IHK für München und Oberbayern jetzt in einer Broschüre zusammengefasst hat.

Zur Wirtschaftsregion München zählen neben der Landeshauptstadt auch die Landkreise Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Landsberg a. Lech, München und Starnberg. Anhand von 44 Kriterien wurden neben München die Standorte Berlin, Hamburg, Köln/Bonn, Rhein/Main, Stuttgart, Dresden und Leipzig/Halle untersucht.

Hohe Beschäftigungsdichte

Mit einer Bruttowertschöpfung von 33.109 Euro je Einwohner wird im Dienstleistungssektor der Region München mehr als das Doppelte des Bundesdurchschnitts von 16.302 Euro erwirtschaftet. Es folgen die Regionen Hamburg (23.235 Euro), Rhein/Main (23.194 Euro), Köln/Bonn (20.702 Euro), Stuttgart (18.792 Euro), Berlin (15.025 Euro), Leipzig/Halle (12.591 Euro) und Dresden (11.902 Euro). Auch weist München das größte Wachstum in diesem Bereich auf. Die Region verfügt zudem mit Abstand über die größte Beschäftigungsdichte sowohl im Dienstleistungssektor als auch im Medienbereich.

Ausgangsbasis

Betrachtet man die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes für den Zeitraum 1992 bis 2001, sieht das Bild etwas anders aus, weil die Ausgangsbasis unterschiedlich ist. Hier führt bei einem durchschnittlichen Wert von 2,8 Prozent für Deutschland Dresden mit 6,8 Prozent vor Leipzig mit 5,5 Prozent, München mit 4,1 Prozent,

Rhein/Main mit 2,9 Prozent, Hamburg mit 2,7 Prozent, Berlin mit 2,6 Prozent, Stuttgart mit 2,4 Prozent und Köln/Bonn mit 2,0 Prozent.

Höchstes BIP

Pro Einwohner erreicht die Region München mit 45.280 Euro das höchste Bruttoinlandsprodukt vor den Regionen Stuttgart (33.751 Euro), Rhein/Main (32.515 Euro), Hamburg (32.146 Euro), Köln/Bonn (28.946 Euro), Berlin (20.619 Euro), Dresden (18.153 Euro) und Leipzig/Halle (18.348 Euro). Der Durchschnittswert für Deutschland lautet 25.154 Euro.

Bruttowertschöpfung

Vergleicht man die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem im Jahr 2001, führt wiederum die Region München mit 68.006 Euro vor Hamburg mit 59.624 Euro, Rhein/Main mit 59.611 Euro, Stuttgart mit 57.944 Euro, Köln/Bonn mit 54.417 Euro, Berlin mit 43.822 Euro, Leipzig/Halle mit 37.859 Euro und Dresden mit 36.319 Euro bei einem Durchschnittswert von 49.570 Euro für Deutschland.

Mit 20.989 Euro verfügen die Einwohner der Region München über die höchste Kaufkraft. Bei einer durchschnittlichen Kaufkraft pro Einwohner von 16.606 Euro in Deutschland folgen Stuttgart (19.425 Euro), Köln/Bonn (18.681 Euro), Hamburg (18.306 Euro), Berlin (15.969 Euro), Dresden (13.561 Euro) und Leipzig/Halle (13.450 Euro).

Voraussetzung für überdurch-

Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete:

Das Kirchturmdenken schellstens überwinden!

Tagung bei der Regierung von Unterfranken

„Gemeinsam sind wir stark!“ Unter dieses Motto stellte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eine Arbeitstagung, zu der die Regierung von Unterfranken die Vertreter der Landkreise, Städte und Gemeinden entlang der neuen Autobahn Schweinfurt - Erfurt eingeladen hatte. Bei der Arbeitstagung ging es um Möglichkeiten und Chancen der Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete. An eine Reihe von Fachvorträgen schloss sich eine eingehende Diskussion zwischen den Kommunalpolitikerinnen und -politikern und Experten an.

Interkommunale Gewerbegebiete bringen vielfältige Vorteile mit sich: Das Kostenrisiko für die Erschließung solcher Gebiete verteilt sich auf mehrere Schultern. Finanziell ohnehin stark belastete Gemeinden werden entlastet. Ein teils ruinöser Wettbewerb unter den Kommunen um die Ansiedlung von Gewerbebetrieben und Arbeitsplätzen kann vermieden werden.

Attraktivere Gewerbegebiete können entwickelt, Fläche gespart und durch Konzentration solcher Gebiete auf geeignete Standorte einer weiteren Zersiedlung entgegengewirkt werden. Auch kann die eigene Position angesichts eines zunehmend verschärften Standort-

wettbewerbs durch die gemeinsame Vermarktung deutlich gestärkt werden. Die Möglichkeiten einer gemeinsamen Selbstdarstellung im Hinblick auf die Attraktivität des nordunterfränkischen Raumes standen darüber hinaus im Zentrum des Interesses.

Detailprobleme

Besprochen wurden weitere Detailprobleme der Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden. Organisatorische, verwaltungsrechtliche, förderrechtliche und steuerliche Aspekte einer solchen Kooperation standen im Mittelpunkt der Diskussion. An dieser nahmen

neben den Experten der Regierung von Unterfranken auch Fachleute der Direktion für Ländliche Entwicklung und aus der Praxis der Städtebauer Prof. Martin Schirmer von der Fachhochschule Würzburg teil.

Kommunalrechtliche und kommunalwirtschaftliche Aspekte von Interkommunalen Gewerbegebieten behandelte Dr. Adelheid Hüttlinger, Regierung von Unterfranken. Die Wahl der Organisationsform hängt nach ihrer Darstellung vor allem von dem Zweck der geplanten Zusammenarbeit und den in Frage stehenden Aufgaben ab.

Organisationsform

Sollen die jeweils in den Gemeinden bereits vorhandenen Gewerbegebiete lediglich gemeinsam vermarktet werden, würde sich die Gründung oder die Beteiligung an einer bereits bestehenden GmbH anbieten. Die kommunale Arbeitsgemeinschaft bietet sich dann an, wenn erst für später die Gründung eines Zweckverbandes geplant ist und derzeit noch dazu Vorarbeiten zu leisten sind. Eine Zweckvereinbarung kommt in Betracht, wenn Regelungen getroffen werden sollen, die für eine wirtschaftliche und zweckmäßige Erfüllung bestimmter Aufgaben von Nutzen sind, hierfür aber keine neue Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründet werden soll.

Die Absprachen über den Lasten- und Nutzensausgleich bilden Hüttlinger zufolge das

EU-Osterweiterung:

Oberfranken setzt auf Kooperation und Vernetzung

Die Regierung von Oberfranken hat sich zum Ziel gesetzt, die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union aktiv zu begleiten und zu unterstützen. Gemeinsam mit sechs Partnern aus Bayern, der Tschechischen Republik und aus Sachsen wurde zu diesem Zweck ein Projekt mit dem Titel „CLARA@eu“ initiiert, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Behörden in den beteiligten Regionen zu intensivieren.

Der Titel drückt abgekürzt das Ziel des Projekts in englischer Sprache aus: Cooperation of Local and Regional Authorities AT the moment of Enlarging the Union. Partner sind neben der Regierung von Oberfranken als Repräsentantin des Freistaates Bayern auch die Stadt Bayreuth sowie auf tschechischer Seite die Region Karlsbad und die Stadt Karlsbad, aus Sachsen das Regierungspräsidium Chemnitz und der Vogtlandkreis sowie die EUREGIO EGRENSIS, die in allen beteiligten Regionen sowie in der nördlichen Oberpfalz und in Ostthüringen aktiv ist.

Aktive Projektmitarbeit

Wie Regierungspräsident Hans Angerer betonte, ist es geplant, möglichst viele Behörden aller Ebenen (lokal oder regional, staatlich oder kommunal, Fachbehörden oder Behörden der allgemeinen Verwaltung) anzusprechen und zu einer aktiven Projektmitarbeit zu bewegen. Dabei werde es zunächst darum gehen, Interessenten zusammen zu bringen und grenzübergreifende themenspezifische Kooperationen zu gründen. Später sollen diese Kooperationen ein Kompetenznetzwerk bilden und in der Lage sein, eigenständige Strategien

Kernstück der Vereinbarung über die interkommunale Zusammenarbeit und sind deshalb häufig der größte Konfliktpunkt im Verhandlungsprozess bzw. oft ein Grund für das Nichtzustandekommen einer Kooperation. Feststeht, wenn eine Gemeinde sich keinen Vorteil von einem gemeinsamen Gewerbegebiet verspricht, wird eine Zusammenarbeit nicht funktionieren. Ein Beispiel aus der Praxis ist der Gewerbepark Nürnberg, Fürth, Erlangen. Hier gab es bereits eine im Regierungsamtblatt Mittelfranken veröffentlichte Satzung des Zweckverbandes Gewerbepark Nürnberg, Fürth, Erlangen, der dann aber platzte, weil die Stadt Fürth ein eigenes Gewerbegebiet auswies.

Vorgehensweise

Für die Überführung von Gewerbegebietsflächen ins Eigentum einer Gemeinde ist laut Gerhard Fuß, Direktion für Ländliche Entwicklung, folgende Vorgehensweise zweckmäßig und notwendig:

≪ Lage- und flächenmäßige Festlegung der Gewerbeflächen im Rahmen der gemeindlichen Bauleitplanung und damit gleichzeitig ein Unterverbinden der Spekulationen für andere Flächen.

≪ Festlegung eines angemessenen Wertmaßstabs für diese Flächen, d.h. eines Kaufpreises, Tauschwertes oder einer Kombination von beiden.

≪ Kauf- und Tauschverhandlungen mit den Grundstückseigentümern. Die Ergebnisse können dann im Flurbereinigerungsverfahren oder, wenn es aus irgendwelchen Gründen zweckmäßig erscheint, auch notariell vollzogen werden. Der Grundstücksverkehr ist durch ein Flurbereinigerungsverfahren in keiner Weise eingeschränkt.

Wenn diese Rahmenbedingungen beachtet und die Grundstückseigentümer an den Ent-

scheidungsprozessen angemessen beteiligt werden, wird nach Fuß' Meinung „im Flurbereinigerungsverfahren ein für alle Beteiligten gutes Ergebnis zu erzielen sein“.

Für die Förderung der Erschließung von „Interkommunalen Gewerbegebieten“ gibt es, so Helmut Nickel, Regierung von Unterfranken, kein spezielles Förderprogramm, sondern es gelten wie bei einem Gewerbegebiet einer einzelnen Gemeinde die Richtlinien zur Förderung zur Erschließung von Industrie- und Fremdenverkehrsgelände aus den regionalen Wirtschaftsförderungsprogrammen (RIFE).

Förderfähige Betriebe

Die Förderung ist nur für die Erschließung von Industrie- bzw. Gewerbegebieten möglich, wenn dieses Gelände vorrangig Investitionsvorhaben von förderfähigen Betrieben mit Primäreffekt und mit KMU-Eigenschaft dient. Als förderfähige Betriebe mit Primäreffekt gelten Betriebe, die ihrer Art nach überwiegend einen überregionalen Absatz haben oder im Einzelfall einen überwiegenden überregionalen Absatz nachweisen können. Nicht förderfähige Branchen sind u.a. der Einzelhandel, das Baugewerbe, das Transport- und Lagergewerbe.

Zuwendungen werden nur für solche Vorhaben bewilligt, mit denen noch nicht begonnen wurde, es sei denn, dass vor Vorhabensbeginn die Zustimmung zum vorzeitigen, förderunschädlichen Baubeginn erteilt wurde.

Die Förderung kann nur gewährt werden, wenn gegen die geplante Errichtung, Erweiterung oder Verlagerung von Be-

trieben keine öffentlich-rechtlichen Hinderungsgründe bestehen. Grundsätzlich muss eine Bauleitplanung vorliegen oder sich in Aufstellung befinden, mit der die geplanten Erschließungsmaßnahmen in Einklang stehen.

Mehr Konkurrenzdruck

Einigkeit bestand in der anschließenden Diskussion in der Einschätzung, dass die aktuelle Situation von Wirtschaft und Arbeitsmarkt stark von der Konkurrenz um Betriebe und Arbeitsplätze bestimmt ist. Diese wird insbesondere mit der Osterweiterung der EU zunehmen. Eine besondere Rolle spielt dabei, dass die im EU-Erweiterungsgebiet niedrigeren Arbeitskosten und höheren Fördersätze für die Wirtschaft den Konkurrenzdruck auf den Raum Unterfranken erhöhen werden.

Fitnessprogramm

Übereinstimmung bestand aber auch darin, dass diese Situation nicht durch Klagen bekämpft werden kann. Vielmehr sind gemeinsame Aktivitäten notwendig, um den eigenen Raum fit zu machen für die Zukunft. Dass die neue Autobahn gute Möglichkeiten für zusätzliche Entwicklungsimpulse mit sich bringen wird, war ebenso übereinstimmende Auffassung wie die Notwendigkeit, diese Impulse nun auch energisch und gemeinsam nutzen zu wollen. Den Teilnehmern wurde klar: Die Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete ist gerade in dieser Zeit ein Gebot der Vernunft. Es gilt, mit ihrer Hilfe das Kirchturmdenken zu überwinden. Die Verantwortung bleibt dabei in kommunaler Hand. **DK**

Finanzen in Schiefelage

KPV Günzburg diskutierte mit MdB Dr. Georg Nüßlein

Straßen voller Löcher, Schulen und Kindergärten, die dringend sanierungsbedürftig sind, Bäder die geschlossen werden: Immer sichtbarer wird die Finanzmisere der Kommunen. Die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU im Landkreis Günzburg hatte zu einer Diskussion mit dem heimischen Bundestagsabgeordneten Dr. Georg Nüßlein geladen. Thema: Die Reform der Gemeinde Finanzen. In der lebendigen Debatte gab es viel Kritik an der sogenannten „großen Politik“ zu hören.

Eine der möglicherweise tiefgreifendsten Einschnitte, nämlich die viel diskutierte geplante Abschaffung der Gewerbesteuer, bereitet den Verwaltern der Gemeinde Finanzen die größten Kopfzerbrechen: Was kommt an Stelle der Gewerbesteuer? Einig waren sich die Günzburger Kommunalpolitiker: „Nichts aufgeben, bevor dafür nicht gleichwertiger Ersatz gegeben“! So darf auch der Freistaat Bayern seine Haushaltssanierung nicht weiter auf dem Rücken der Gemeinden betreiben. Wichtig sei es, die Aufgaben des Staates zu optimieren, die eingenommenen Steuern der Gemeinden vor Ort zu lassen, und damit auch deren Verantwortlichkeit zu stärken.

Unnötige Unruhe vor Ort

Enttäuscht zeigte sich Günzburgs KPV-Kreisvorsitzender Hans Joas von vielen Kommunalpolitikern, die in die Landes- und Bundespolitik aufgestiegen, mit dem Übertritt in die „hohen Häuser“ jedoch vergessen haben, wo sie her kommen und nicht wie erhofft, die Sorgen von unten nach oben tragen. Eine Farce sei es auch, wenn dem „Reformminister“ und Leiter der Staatskanzlei Erwin Huber in einer Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses am 27. Februar 2003 an die 70 Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung übergeben werden (GZ berichtete) und nach über einem Jahr weder eine Zwischenmitteilung noch sonst ein Bericht über mögliche Umsetzungen bzw. Hinderungsgründe vorliegen. Mit der Diskussion um Behördenumstrukturierungen werde nur Unruhe vor Ort produziert, unnötige Vorschriften bleiben und werden damit nur im Vollzug verlagert.

Von Berlin bis München sei die Politik von Kurzatmigkeit geprägt, leide an Glaubwürdigkeit, führe zur Ratlosigkeit und

auch zum Rückgang der Kaufkraft vor Ort, resümierte Ursbergs Bürgermeister Ewald Schmid. So fielen weitere deutliche Worte wie „Wahlaktiererei“, „Mangel an klaren Antworten auf Fragen aus den eigenen Reihen“ und „Blockadepolitik“. „... denn sie wissen nicht was sie tun“ hat Krumbachs erster Bürgermeister Willy Rothermel mit Blick auf die Bundespolitik oft das Gefühl. „Viele vernünftige Ansätze gehen verloren, weil sich die Parteien gegenseitig nur belauern um beim anderen Fehler zu entdecken.“

Erkenntnisproblem

In Deutschland herrscht laut MdB Dr. Georg Nüßlein nicht nur ein Umsetzungsproblem sondern einfach auch ein Erkenntnisproblem. Keiner traut sich den Leuten die Wahrheit zu sagen, was noch kommen wird, ja kommen muss. Die soziale Sicherung ist viel zu hoch. Sie soll eine soziale Absicherung sein und keine Vorsorge. Nüßlein betonte: „Sozialhilfe darf nicht erblich werden nach dem Motto: „Mein Vater hat auch schon von der Sozialhilfe gelebt, warum soll ich heute arbeiten?“ Diese Tendenz sei Deutschland weit zu beobachten. Das Bundes-Sozialhilfegesetz begünstigt natürlich die derzeitige Situation, warf Roland Kempfle, Burtenbachs Bürgermeister ein.

Das Kernproblem sieht Bürgermeister Georg Schwarz (Neuburg a. d. Kammel) im deutschen Wahlsystem, das mittlerweile keine klaren Mehrheiten mehr ergeben. „Keine Partei kann es sich somit leisten, Wähler zu verprellen“. „Seine Grundüberzeugung kann man nicht mehr klar darstellen“, verteidigte Nüßlein sich und seine Bundestagskollegen. Dennoch müsse der Trend wieder zu einer klaren Unterscheidbarkeit der Parteien gehen, die in demokratischer Diskussion zu Problemlösungen kommen. **H.J.**

Gemeinde Schmiechen:

Feierlicher Festakt zur 1200-Jahrfeier

Umfangreich und honorig war die Gästeliste anlässlich des Festakts „1200 Jahre Schmiechen“. Bürgermeister Ludwig Hainzinger konnte unter anderem Innenstaatssekretär Georg Schmid, den Regierungspräsidenten von Schwaben, Ludwig Schmid, Bezirksstaatspräsident Jürgen Reichert, den Landrat des Kreises Aichach-Friedberg, Christian Knauer, sowie Bürgermeister der Nachbargemeinden aus den Landkreisen Aichach und Landsberg begrüßen.

Hainzinger zufolge biete das Jubiläum nicht nur einen Anlass zum Feiern, sondern auch Gelegenheit, zurück und nach vorne zu blicken. Zwischen dem Schmiechen aus dem Jahre 804 und heute lägen Jahrhunderte, in denen die Bürger Freud und Leid in wechselvoller Fülle erlebt hätten. Der Ort habe aber trotz aller Veränderungen in seiner wechselvollen Geschichte bis auf den heutigen Tag seine Identität bewahrt.

Staatssekretär Georg Schmid übermittelte seinerseits die Grüße der Bayerischen Staatsregierung und würdigte die historische Vergangenheit Schmiechens. Er stellte fest, dass die Geschichte schon immer der beste Lehrmeister gewesen sei und berief sich dabei auf die traditionellen Werte als Eckpfeiler der Gesellschaft, nämlich Nächstenliebe, Kameradschaft und Gemeinschaft. Der Präsident des schwäbischen Bezirkstages, Jürgen Reichert, sowie der Aichacher Landrat Christian Knauer gaben zunächst jeweils einen kurzen geschichtlichen Rückblick als Grundlage der heuer stattfindenden 1200-Jahrfeiern. Reichert gab zu bedenken, dass vor allen Dingen Menschen und Persönlichkeiten die Geschichte ausmachten. Christian Knauer stellte fest, dass ihn seit nunmehr 25 Jahren immer wieder der Weg nach Schmiechen und Unterbergen geführt habe und dass er auch immer wieder feststellen musste, dass sich hier niemand verstecke. Die Schmiechener Bürger würden viel lieber selber mit Hand anlegen und am kommunalen Leben mitwirken.

Zwei Vorbilder hierfür hob Knauer besonders hervor: die beiden Schmiechener Ehrenbürger Kajetan Ziegler, der selbst 30 Jahre lang als Bürgermeister die Geschicke dieser Gemeinde gelenkt habe und Dr. Hubert Raab als Historiker und Verfasser der sehr wertvollen Chronik der beiden Orte, die beide in besonderer Weise für großartigen ehrenamtlichen Einsatz stünden. Ihnen gebühre stellvertretend für alle, die sich um das Wohl der Gemeinde Schmiechen bemüht hätten, aller Dank und höchste Anerkennung.

Dr. Hubert Raab - als Verfasser der Chronik von Schmiechen und Unterbergen bestens mit der Geschichte des Jubiläumsortes vertraut - gab schließlich als Höhepunkt des Abends einen knapp einstündigen, äußerst interessanten, geschichtlichen Rückblick. Sein Motto „Fürstliches Repräsentieren mit Kalkül: Die Fuggerhofmark Schmiechen“. **DK**

Kreistag des Landkreises Schweinfurt:

Resolution zur Finanzlage kommunaler Gebietskörperschaften

Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt hat in seiner Sitzung vom 29.03.2004 im Rahmen der Haushaltsberatungen im Lichte der sich in den öffentlichen Haushalten darstellenden, dramatischen Haushaltssituation eine Resolution verabschiedet.

Landrat Harald Leitherer kritisiert insbesondere die durch Bund und Land an die kommunalen Gebietskörperschaften übertragenen Aufgaben, ohne dass hierfür entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Als Beispiel nennt der Landrat hier insbesondere die Grundversicherung, jedoch auch weitere Beispiele u.a. in den Bereichen ÖPNV sowie der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Leitherers Hoffnung

Landrat Leitherer, der als Vorsitzender des Bezirksverbandes Unterfranken des Bayerischen Landkreistages auch seinen Kollegen aus der Seele spricht, hofft, dass die verabschiedete Resolution, die an die führenden Bundes- und Landespolitiker versandt wird, wenigstens für die Folgejahre 2005/2006 durch sofortiges Handeln einen Einstieg in eine umfassende Finanzreform zugunsten der kommunalen Gebietskörperschaften bewirkt.

Resolution

Die Landkreise, Städte und Gemeinden befinden sich in der schwersten Haushalts- und Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

Nahezu kein Wirtschaftswachstum, kontinuierlich sinkende Steuereinnahmen, explodierende Ausgaben, vor allem im sozialen Bereich, und die stetig ansteigende Verschuldung stellen viele Kommunen vor

kaum noch lösbare Probleme.

Diese Probleme können nicht mehr durch Maßnahmen der Kommunen gelöst werden, da die Ursache der Misere nicht etwa im Handeln der Kommunen liegt, sondern in den Vorgaben des Bundes- und Landesgesetzgebers.

Krise nicht mehr aus eigener Kraft lösbar

Die Zahl der Kommunen, die bereits im Jahr 2004 ihre Haushalts- und Finanzkrise nicht mehr aus eigener Kraft lösen können, steigt rapide an. Die überwiegende Zahl der Kommunen, insbesondere der Landkreise und Städte, wird spätestens 2005 keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen können aufgrund finanzieller Belastungen, die Bund und Freistaat ihnen auflasten. Dazu gehören die steigenden Ausgaben der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung um in Bayern jährlich 6 bis 8 Prozent (hiervon sind die Bezirke und damit wieder die Bezirksumlagenzahler, kreisfreie Städte und Landkreise, betroffen), die Kosten für Kontingentflüchtlinge, die von den Kommunen zu tragen sind, obwohl es sich um eine gesamtstaatliche Angelegenheit handelt, die allein in Bayern jährlich um 100 Mio. Euro steigenden Ausgaben der Kommunen für Kinder- und Jugendhilfe, die zusätzlichen Belastungen durch das Grundversicherungsgesetz sowie die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Der Kreistag des Landkreises Schweinfurt fordert deshalb den Freistaat Bayern zumindest für den Doppelhaushalt 2005/2006 dringend auf:

1. die bisher von den Bezirken finanzierten systemfremden Aufwendungen für die sog. Kontingentflüchtlinge spätestens zum 1. Januar 2005 zu übernehmen;
2. die Ausgleichszahlungen an die Bezirke gem. Art. 15 FAG von derzeit 440 Mio. Euro pro Jahr im Doppelhaushalt 2005/2006 um je 100 Mio. Euro ohne Eingriff in die Verbundmasse anzuheben;
3. die Bezirke, Landkreise und Städte dadurch zu entlasten, dass die Leistungsstandards im sozialen und Jugendhilfebereich mit nachhaltiger Wirkung auf die kommunalen Haushalte reduziert werden und das Konnektivitätsprinzip konsequent umgesetzt wird.

Zeitplan zu ehrgeizig

In Übereinstimmung mit dem Bayerischen Landkreistag stellt der Kreistag des Landkreises Schweinfurt fest, dass der von der Staatsregierung vorgegebene enge Zeitplan zum Abbau der Nettoneuverschuldung bis 2006, der auch zu massiven Kürzungen im Sozial-, Kultur- und Sportbereich führt, zu ehrgeizig ist. Die Kommunen können die ausfallenden Staatszuschüsse nicht auffangen und müssen zusehen, wie effektive Strukturen im sozialen, sportlichen und kulturellen Leben kaputtzugehen drohen.

Darüber hinaus fordert der Kreistag des Landkreises Schweinfurt den Bund nachdrücklich auf:

1. die zugesagte umfassende Reform der Kommunal Finanzen mit dem Ziel einer verstetigten

Einnahmeverbesserung noch im Jahre 2004 umgehend zu verabschieden und damit die in mehreren Regierungserklärungen des Bundeskanzlers zugesagte Gemeindefinanzreform alsbald durchzuführen und bis zur Verabschiedung der Gemeindefinanzreform ein Sofortprogramm für die Kommunen aufzulegen. Die im Jahre 2003 beschlossene Absenkung der Gewerbesteuerumlage wird zwar begrüßt. Diese stellt aber keine Verbesserung der Finanzsituation der Kommunen dar, sondern lediglich die Korrektur der 1999 zum Nachteil der Kommunen erfolgten Erhöhung der Gewerbesteuerumlage. Abgesehen davon, dass die Gewerbesteuer-einnahmen permanent zurückgehen, wird die versprochene Entlastung der Kommunen bis heute vermisst.

Hohe Belastung

2. die Auswirkung der geplanten Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe auf die Kommunen nicht nur zu überprüfen, sondern auch zu stoppen. Angekündigt war Hartz IV mit der Zusage, dass durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Kommunen um 2,5 Mrd. Euro entlastet würden. Tatsächlich jedoch werden die Kommunen allein in Bayern mit 500 Mio. Euro mehr belastet, was von diesen nicht mehr tragbar ist. Alleine für den Landkreis Schweinfurt errechnen sich bei der geplanten Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe Mehrkosten in Höhe von 3,8 Mio. Euro jährlich.

3. umgehend auch die finanziellen Auswirkungen des Grundversicherungsgesetzes auf die Kommunen zu überprüfen und entsprechende Haushaltsmittel zum Ausgleich der offensichtlichen Finanzierungslücken bereitzustellen. Die zur Finanzierung des Grundversicherungsgesetzes zugewiesenen Mittel decken nicht einmal ein Drittel der tatsächlichen Ausgaben.

„Grünes Licht“ für Forensik in Parsberg

Der Verband der bayerischen Bezirke teilt mit: Der Bezirk Oberpfalz hat „grünes Licht“ für die Errichtung der forensischen Klinik in Parsberg (Landkreis Neumarkt i. d. OPf.) erhalten.

Bayerns Sozialministerin Christa Stewens hat Bezirkstagspräsident Rupert Schmid in einem Schreiben darüber in Kenntnis gesetzt, dass ihr Ministerium die Regierung der Oberpfalz ermächtigt habe, das Bauvorhaben fachlich zu billigen. Damit steht nun von Seiten des Freistaats Bayern dem Baubeginn nichts mehr im Wege.

Der Krankenhausausschuss des Bezirkstags der Oberpfalz hatte bereits im Dezember 1998 beschlossen, zur Entlastung der Forensik am Bezirksklinikum Regensburg 40 zusätzliche Betten in Parsberg zu errichten. Die bauaufsichtliche Genehmigung liegt seit November 2002 vor. Die Klärung baufachlicher Fragen sowie die vom bayerischen Finanzminister verhängte Haushaltssperre waren Ursache dafür, dass der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. Außerdem waren zuletzt noch

Punkte der Gesamtfinanzierung offen, die aus der Sicht des Bezirks Oberpfalz aber zwischenzeitlich erledigt sind. Das Verfahren zur Vergabe der Bauaufträge kann damit in Kürze beginnen. Das Gesamtvolumen der Maßnahme beläuft sich auf circa 12 Millionen Euro.

Kelheims Bürgermeister feiern 150. Geburtstag

Einen Geburtstag besonderer Art feiern in diesem Jahr die drei Bürgermeister der Stadt Kelheim. Zusammen begehen sie ihren 150. Geburtstag. Es handelt sich dabei um Rosa Harrieder, 3. Bürgermeisterin, die am 6. Mai ihren 55. Geburtstag feiert, Raimund Fries, 2. Bürgermeister, der am 9. Mai ebenfalls 55 wird und schließlich Fritz Mathes, 1. Bürgermeister, der am 3. November seinen 40. Geburtstag feiert.



Westendorfs Bürgermeisterin feierte 50. Geburtstag

Landrat Dr. Karl Vogele (links) gratulierte gemeinsam mit dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler im Kreistag, Johann Häusler (2. von links), und dem Vorsitzenden des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetages, Bürgermeister Georg Klaußner (rechts), Westendorfs Bürgermeisterin Henriette Kirst-Kopp zum 50. Geburtstag. „Mit Kompetenz und großem Charme lenken Sie die Geschicke in Westendorf. In kurzer Zeit haben Sie viel für Westendorf erreicht. Vieles trägt Ihre Handschrift“, lobte Vogele die Jubilarin. Vor allem die Kinder und Jugendlichen lägen ihr am Herzen. So habe sie die Mittagsbetreuung für die Schulkinder auf den Weg gebracht, die Jugendförderung der Vereine verbessert und den Kindergarten renoviert. Sie habe aber auch gemeinsam mit Meitingen ein neues Gewerbegebiet ausgewiesen. Kirst-Kopp war von 1990 bis 1998 Gemeinderätin von Westendorf, ehe sie 1998 zur Ersten Bürgermeisterin gewählt wurde. Sie ist die einzige Bürgermeisterin im Landkreis Augsburg. 2002 wurde Kirst-Kopp auch in den Kreistag gewählt.

Ingolstadt:

25-jährige Partnerschaft mit Murska Sobota

Die slowenische Stadt Murska Sobota und Ingolstadt konnten Ende März ihre 25-jährige Städtepartnerschaft feiern. Anlässlich der Mittelbayerischen Ausstellung 1979 wurde die Partnerschaft offiziell geschlossen. Oberbürgermeister Peter Schnell und Gemeindepräsident Karel Sukic unterzeichneten damals die Urkunden der Partnerschaft. Bei dieser Feier waren auch die Bürgermeister der anderen Partnerstädte Grasse, Kirkcaldy und Carrara anwesend. Seit dieser Zeit kommt es jährlich zu Begegnungen zwischen Vereinen und Jugendgruppen. Dieses Jahr wird das Jubiläum mit mehreren Veranstaltungen gefeiert.

Während der Kriegswirren beim Zerfall Jugoslawiens Anfang der 90er Jahre wurden viele Kriegsflüchtlinge in Murska Sobota aufgenommen. Um diesen Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben zu sichern, haben sich viele Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger privat engagiert. Diese unbürokratischen und spontanen Hilfsaktionen haben die partnerschaftlichen Bande sehr gestärkt.

Bereicherung des kulturellen Angebots

Seit Jahren beteiligt sich die Stadt Ingolstadt mit einem kulturellen Angebot am Bürgerfest in Murska Sobota, meistens ergänzt durch eine Kunstausstellung in der Galerie in Murska Sobota, die wegen ihrer hervorragenden Arbeit weit über Slowenien hinaus bekannt ist und viele internationale Kontakte pflegt. Gruppen aus Murska Sobota bereichern im Gegenzug dazu schon jahrelang das kulturelle Angebot in Ingolstadt, zum Beispiel beim Bürgerfest, bei

den Ausländerkulturtagen, bei Jubiläen und Ausstellungseröffnungen.

Kulturpflege betreiben auch der slowenische Kulturverein „Lastovka“ und die slowenisch-katholische Mission in Ingolstadt. Durch ihr aktives Vereinsleben sind sie vielen Ingolstädtern bekannt und präsentieren sich regelmäßig bei den Ausländerkulturtagen in Ingolstadt.

Peter Schnell zum ersten Ehrenbürger ernannt

Slowenien ist ab 1. Mai Vollmitglied der Europäischen Union und rückt somit noch näher an Europa. Für beide Städte wird es eine Aufgabe für die Zukunft sein, einen Beitrag zum gemeinsamen Haus Europa zu leisten. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Partnerschaft wurde Alt-Oberbürgermeister Peter Schnell aufgrund seiner großartigen Verdienste beim Abschluss und der Entwicklung der Partnerschaft, zum ersten Ehrenbürger Murska Sobotas ernannt. DK

„Das ländliche Postamt“

Neues Wanderausstellungsprojekt des Bezirks Unterfranken

Die Entwicklung ist rasant. Wo gestern noch gelbe Telefonzellen standen, ist heute höchstens noch eine Telefonsäule zu finden, der Postschalter ist geschlossen, weil neuerdings der Lebensmittelhändler Briefmarken verkauft.

„Jetzt haben wir die letzte Chance, vor Abschluss der Postmodernisierung noch zu retten, was kulturhistorisch zu retten ist“, erklärte Bezirksheimatpfleger Dr. Klaus Reder bei der Vorstellung des jüngsten Wanderausstellungsprojekts des Bezirks mit dem Titel „Das ländliche Postamt“. Ein altes Postfahrrad, Briefsortierungsfächer, Stempel und Geldtische, eine „Postsackklopfaschine“ sowie einige ausgediente Briefkästen hat das Team um Reder bereits für die Wanderausstellung gesichert. Bis Ende des Jahres werden noch weitere Gegenstände gesucht, zum Beispiel alte Poststempel, historische Postformulare, ausrangierte Schreibmaschinen oder Postamtsuhren. Des Weiteren sind die Volkskundler auf der Suche nach ehemaligen Postbeamten und langjährigen Postkunden, die von Erlebnissen mit der Post in der Nachkriegszeit berichten können.

Konzeption bis Jahresende

Ein Großteil der gesammelten Ausstellungsstücke stammt von der Würzburger Postfiliale. In Kontakt sind die Kulturgeschichtler außerdem mit einem Schweinfurter Postbahnschaffner, der im Nebenerwerb Poststellen der Post AG auflöst. Schließlich hofft die Mannschaft vom Kulturreferat des Bezirks, in Nürnberg, wo Dutzende von Telefonzellen derzeit auf ihre Wiederverwertung warten, für die Ausstellung fündig zu werden.

Bis Jahresende soll die Wanderausstellung konzipiert sein. Ab 2005 können die 160 nicht-staatlichen Museen und Sammlungen in Unterfranken die Ausstellungsstücke und -texte ausleihen. Sonderausstellungen wie „Das ländliche Postamt“ steigern laut Kulturreferat Reder die Attraktivität der kleineren Museen, die auf diese Weise ohne große

Landkreis Fürth:

Über vier Millionen Euro Mehrbelastung

Als „geradezu erschlagend“ hat Landrätin Dr. Gabriele Pauli die jüngsten Horrormeldungen aus Berlin bezeichnet. Die Umfrage des Bayerischen Landkreistages zu den finanziellen Auswirkungen der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe (Hartz IV) ist abgeschlossen. Die Netto-Mehrkosten der Landkreise als örtliche Träger liegen bei 284,6 Mio. Euro. Für den Zuständigkeitsbereich des überörtlichen Trägers fallen nochmals 41,6 Mio. Euro an. Die kreisfreien Städte haben 227 Mio. Euro sowie 20 Mio. für den überörtlichen Bereich an Mehrausgaben ermittelt. Bei den Bezirken erwartet man Mehrkosten von 22 Mio. Euro pro Jahr. Dies führt mithin zu einer Gesamtnettobelastung von 595 Mio. Euro.

„Für diese Mehrbelastungen sehen wir keinerlei Finanzierungsmöglichkeit. Es muss daher dringend zu einer Korrektur der Bundesgesetze kommen. Es darf nicht sein, dass sich Bund und Länder über die Streichung des Wohngeldes zu Lasten der Kommunen sanieren“, so die Sprecherin der mittelfränkischen Landräte, Fürths Landrätin Dr. Gabriele Pauli. Allein der Landkreis Fürth brauche durch dieses Gesetz über vier Millionen Euro im kommenden Jahr mehr.

„Das ist doppelt soviel wie wir für den öffentlichen Nahverkehr, mit seinen vielen Bussen und Verwaltungs- und Planungskosten, ausgeben. Die Zahlen, die uns vorliegen, sind unglaublich, ich bin fassungslos“, erklärt die Landrätin. Der eigentliche Skandal sei dabei, dass für die Finanzierung des Wohngeldes als neue

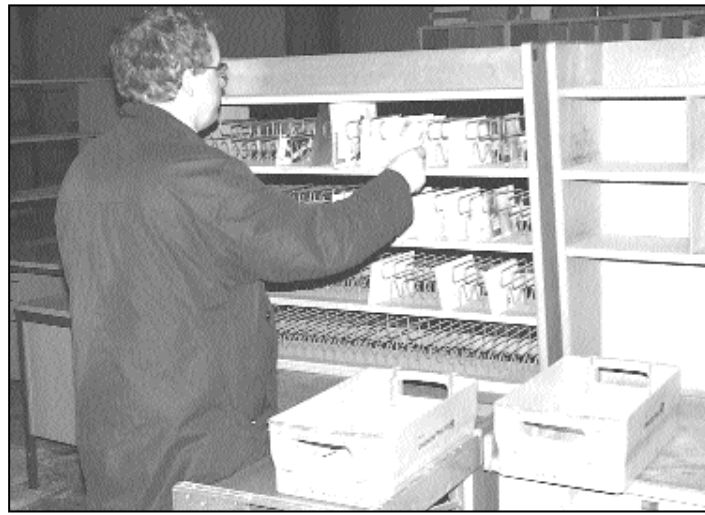
Unkosten neue Besucher gewinnen können.

Die Ausstellung „Das ländliche Postamt“ folgt auf die 2003 von Dr. Birgit Speckle von der Bezirksheimatpflege realisierte Wanderausstellung „Schafkopf und Musikbox. Einblicke in unterfränkische Dorfwirtschaftshäuser 1950 bis 1970“. Laut Speckle stieß diese Ausstellung in vielen unterfränkischen Gemeinden lebhaft auf Diskussionen über die sterbende dörfliche Wohnkultur an. Es werde inzwischen als politischer Fehler erkannt, dass in vielen Gemeinden große Summen in den Bau von Dreifachturnhallen flossen, die nach und nach den Wohnhäusern die Kunden ausspannten.

Renaissance

Dass die Post-Schau auf die Wirtshaus-Ausstellung folgt, ist laut Reder kein Zufall. Früher, erinnerte der Volkskundler, war die Gaststätte, in der meist das einzige öffentliche Telefon stand, gleichzeitig auch die Poststation des Dorfs. In gewisser Weise erlebe diese Zeit durch die aktuelle Auflösung von Postfilialen und die Unterbringung der Briefmarkenausgabe in Einzelhandelsgeschäften eine Renaissance. Insgesamt können derzeit zehn Wanderausstellungen zu alltagsgeschichtlichen Themen kostenlos beim Bezirk Unterfranken entliehen werden. Die Themenpalette reicht von einer Schau über die unterfränkische Süßwarenindustrie bis zu einer Ausstellung über „Die Frau im Dorf.“

Interessierte Gemeinden müssen lediglich den Transport der Stellwandtafeln und Exponate organisieren und bezahlen. Wer das jüngste Ausstellungsprojekt „Das ländliche Postamt“ unterstützen möchte oder sich für eine der anderen Wanderausstellungen interessiert, kann sich unter 0931/79591427 an die Bezirksheimatpflege wenden. ✎



Bis Ende der 90er Jahre waren diese Briefsortierungsfächer in der Region Würzburg noch in Betrieb. Foto: Pat Christ

Erneuter Streit um Landshuter OB-Sessel

Hans Rampf kandidiert jetzt doch

Eigentlich schien die Sache klar: Für die Oberbürgermeisterwahl in Landshut am 10. Oktober scheidet die örtliche CSU Ludwig Zellner ins Rennen. Dieser hatte sich bei der internen Nominierung gegen den Chef der Stadtratsfraktion, Hans Rampf, durchgesetzt. Allerdings sehr knapp mit 174 zu 169 Stimmen, was zwei Geschäftsleute dazu bewog, Rampf zu einer eigenständigen Kandidatur zu überreden. Resultat: Rampf tritt gegen Zellner an.

Ausschlaggebend für die Kandidatur Rampfs war eine Unterschriftenaktion, die die Landshuter Geschäftsleute initiiert hatten. Knapp 8.000 Bürger gaben ihr Votum „Pro Rampf“ ab, was diesen zum Umdenken bewog. Zwar kündigte der 55-jährige erfolgreiche McDonalds-Franchise-Nehmer an, seine Ämter in der CSU erst einmal ruhen zu lassen, aber die Partei bleibe sein „politisches Zuhause“. Ein Parteiaustritt komme für ihn nicht in Frage.

Völlig überraschend kommt Rampfs Entschluss nicht. In den vergangenen Wochen hatte er sich zwar nicht für eine eigene Kandidatur stark gemacht, sich aber auch nicht explizit dagegen ausgesprochen. Für den Wahlkampf versprach er, auf eigene Themen zu setzen und nicht „gegen andere Kandidaten zu schießen“.

CSU-Bezirksvorsitzender und Staatsminister Erwin Huber bezeichnete die Entscheidung Rampfs als „bedauerlich“, während Ludwig Zellner seinen Kontrahenten aufforderte, die Partei zu verlassen. Dies erfordere der politische Anstand.

Der neue Mann auf dem Chefsessel wird Nachfolger von Josef Deimer (CSU), der nach 34 Jahren im Amt als Deutschlands dienstältester Oberbürgermeister abtritt. DK

Städte gaben Kultur Hauptstadt-Bewerbung ab

Die Oberbürgermeister der drei bayerischen Bewerberstädte um den begehrten Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ haben ihre Konzepte an Kunstminister Thomas Goppel (CSU) übergeben. Das Ende der Bewerbungsfrist nutzten die Delegationen aus Augsburg, Regensburg und Bamberg, um mit Theater- und Schauspielinlagen noch einmal Werbung für ihre Stadt zu machen.

So präsentierten die Augsburger dem Minister ein Stück der Augsburger Puppenkiste und ließen den einstigen römischen Kaiser Augustus als Marionette die Bewerbungsschrift überreichen. Die Regensburger warteten mit einer Jongliernummer auf, bei der die drei Leitbegriffe der Bewerbung, „Kunst“, „Kultur“ und „Innovation“, durcheinanderwirbelten. Die Bamberger hatten ihre Bewerbung mit einer „Kulturstaffel“ quer durch Bayern unter Einsatz von Läufern, Rudern, Radfahrern sowie Kutschen, Oldtimern, Traktoren, Bobby-Cars und Gleitschirmfliegern in die Landeshauptstadt gebracht. Assistierte von zwei als Kaiserpaar Heinrich und Kundigunde verkleideten Schauspielern überbrachte schließlich ein „Bamberger Reiter“ das Dokument.

Goppel sagte, aufgrund ihrer Geschichte und ihres reichen kulturellen Erbes halte er alle drei Städte in hohem Maße für geeignet. Daher drücke er allen Städten „gleichermaßen die Daumen“. Die großartige Bürgerbeteiligung in den drei Städten zeige, dass die Kultur auch in Zeiten klammer kommunaler Kassen Identität und Heimatverbundenheit stifte.

Bis Juni wird sich nun eine neunköpfige Experten-Jury mit

den Bewerbungskonzepten vertraut machen und dann eine Empfehlung für die Stadt mit den besten Chancen im weiteren Bewerbungsverfahren aussprechen. Die drei Städte hatten sich zuvor verpflichtet, das Votum des Gremiums anzuerkennen. Neben dem Intendanten der Bayerischen Staatsoper, dem Briten Sir Peter Jonas, gehören der Jury auch der Leiter des Münchner Hauses der Kunst, der Belgier Chris Dercon, sowie der frühere Leiter des Münchner Gärtnerplatztheaters, der Österreicher Hellmuth Matiasek, an.

Das Gremium

Weitere Mitglieder sind der ehemalige Intendant des Bayerischen Rundfunks, Albert Scharf, der frühere bayerische Kunstminister Hans Zehetmair, der Münchner Journalist Gottfried Knapp sowie die Professoren Felizitas Romeiß-Stracke (Büro für Sozial- und Freizeitforschung München) und Michael Brenner (Abteilung für jüdische Geschichte und Kultur an der Uni München). Bundesweit sind derzeit 17 Städte im Rennen. Die Entscheidung trifft der Europäische Rat aus einer Vorschlagsliste des Auswärtigen Amtes. KK

Bayerisches Chemie-Dreieck im Blickfeld

„Die Zukunft des Bayerischen Chemiedreiecks muss offensiv gestaltet werden.“ Dieses Fazit zog Wirtschaftsminister Otto Wiesheu bei einer Regionalkonferenz in Burghausen. Mit dem Minister diskutierten Vertreter der ansässigen Chemieunternehmen und lokale Mandatsträger - Mitglieder des Bundestages und des Landtages, die Landräte der Landkreise Altötting, Mühldorf und Traunstein sowie zahlreiche Bürgermeister aus Chemiestandortgemeinden - über die Zukunft des Bayerischen Chemiedreiecks.

Wichtiger Baustein ist der Bau einer Ethylenpipeline zwischen Münchsmünster und Ludwigshafen zum Anschluss Bayerns an das nordwesteuropäische Pipelinenetz. Mit der Pipeline soll die Insellage des bayerischen Ethylenverbundes (Münchsmünster-Burghausen-Gendorf) überwunden werden.

Minister Wiesheu hat den beteiligten Unternehmen seine Unterstützung zugesagt: „Die Pipeline ist ein wichtiges industrielles Projekt von großem öffentlichen Interesse, da sie zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen im bayerischen Chemiedreieck beitragen wird. Darüber hinaus schafft sie neue Perspektiven für die Ansiedlung neuer Unternehmen.“

Eine finanzielle Förderung der Pipeline durch den Freistaat Bayern muss von der EU-Kommission genehmigt werden. Das hierfür notwendige Notifizierungsverfahren soll so schnell wie möglich eingeleitet werden.

Verkehrsanbindung

Verbessert werden muss nach einhelliger Meinung der Unternehmensvertreter und der lokalen Mandatsträger die Verkehrsanbindung des Chemiedreiecks, sowohl über die Straße (Werbau und Fertigstellung der A 94) als auch auf der Schiene (Ausbau und Elektrifizierung der Bahnstrecke München - Mühldorf - Freilassing einschließlich Mühldorf - Burghausen).

Offene Fragen

Die Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur - insbesondere im Schienenverkehr - sind Voraussetzungen für eine verstärkte Verlagerung von Güterverkehren auf die Schiene. Eine vom Bayerischen Wirtschaftsministerium geförderte Potenzialanalyse des Logistikkompetenzzentrums Prien ermittelte im Chemiedreieck ein Verlagerungspotenzial von ca. 30.000 Lkw-Fahrten pro Jahr. In einem Anschlussauftrag werden derzeit noch offene Fragen zur Errichtung einer Betreibergesellschaft und die Standortfrage für den Umschlagbahnhof untersucht.

Das Chemiedreieck im südöstlichen Oberbayern ist das Zentrum der bayerischen Chemieindustrie. Gemessen an den Arbeitsplätzen ist hier gut ein Viertel, gemessen am Umsatz sogar gut ein Drittel der Bayerischen Chemie konzentriert. In den Landkreisen Altötting, Mühldorf am Inn und Traunstein sind rund 25.000 Menschen in der chemischen Industrie und den ihr angeschlossenen Industrie- und Dienstleistungsbereichen beschäftigt. Die chemische Industrie ist hier mit Anteilen von 39 Prozent an den Industriearbeitnehmern, 42 Prozent am Industrieumsatz und 56 Prozent an den Industrieexporten absolut strukturbestimmend. Hergestellt werden vor allem Spezialchemikalien, die als High-Tech-Vorprodukte auch in Bereiche wie Automobilbau, Luft- und Raumfahrt sowie Informations- und Kommunikationstechnologie gehen.

Allerdings sieht Minister Wiesheu die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie am Standort Bay-

ern durch die derzeit diskutierte Neuregelung der EU-Chemikalienpolitik gefährdet: „Ich habe den Eindruck, dass die Kommission hier einen Vorschlag unterbreitet hat, ohne die Auswirkungen auf eine im globalen Wettbewerb stehende Industrie ausreichend zu beachten.“

Sonderkonferenz

Bayern wird daher mit anderen Bundesländern im Rahmen einer Sonderkonferenz der Wirtschaftsminister und über den Bundesrat darauf drängen, dass sich die Bundesregierung in den Verhandlungen in Brüssel für eine praktikable und effiziente Lösung einsetzt. DK

Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Luitpold Braun
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner
Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Lutz Roßmann (Landtag)
Brigitte Scherible (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)
Klaus Kamhuber
Franz Och

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 01.01.2004

Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) €27,- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Gemeindeentwicklung in schwieriger Zeit

Bürgermeister tagten in den SDL Thierhaupten, Plankstetten und Klosterlangheim

Neue Strategien und Handlungsansätze für die Kommunalentwicklung diskutierten 120 Bürgermeister aus Schwaben und Oberbayern in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten. Ebenso wurden Chancen interkommunaler Zusammenarbeit aufgezeigt.

Mitveranstalter der Fachtagung zum Thema „Gemeindeentwicklung in schwieriger Zeit“ waren der Bayerische Gemeindetag, die Bayerische Architektenkammer und die Verwaltung für Ländliche Entwicklung. Fast zeitgleich fand die Veranstaltung in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Abtei Plankstetten und in der Schule der Dorf- und Flurenentwicklung Klosterlangheim statt.

Kulturlandschaft erhalten und entwickeln

Seminarleiter Prof. Matthias Reichenbach-Klinke betonte eingangs, dass es gilt, die Kulturlandschaft Bayern zu erhalten und zu entwickeln. Dabei seien die Gemeinden gefordert. Durch ihre Planungshoheit könnten Ziele festgeschrieben werden, die Leerstände in Dörfern, Weilern und Streusiedlungen vermeiden. Als problematisch bezeichnete Reichenbach-Klinke dabei den Verzicht auf den Passus „einwandfreie Baugestaltung“ in Art.3 der geplanten Novellierung der Bayerischen Bauordnung.

Strategisches Management vonnöten

Laut Reichenbach-Klinke ist ein strategisches Management einer selbstbewussten Verwaltung für Ländliche Entwicklung, die mit ihren Instrumenten die Gemeinden bei der Leitbildentwicklung und Umsetzung unterstützt, vonnöten. Vor allem angesichts der knappen Haushaltsmittel könnten interkommunale Allianzen neue Chancen für die Region eröffnen und in-

telligente Synergien erzeugen. Notwendig sei der Aufbau einer neuen Verantwortungsgemeinschaft zwischen Kommune, Bürger und Verwaltung sowie kooperatives Handeln auf allen Ebenen. Nachdenklichkeit, Beteiligung und intensive Planung führten zu effizientem Einsatz der finanziellen Mittel für das Notwendige und Machbare. Ein Patentrezept gebe es nicht, denn jede Gemeinde, jede Region habe ihre Besonderheiten und Potenziale, die es zu nutzen gelte.

Gesetzliche Instrumentarien reichen nicht aus

Leo Schrell, Bürgermeister von Buttenwiesen und Landesschatzmeister des Bayerischen Gemeindetages, beleuchtete den Aspekt städtebaulicher und gestalterischer Missstände, die der umfassende Strukturwandel auslöse. Die gesetzlichen Instrumentarien reichten zur Problembewältigung nicht aus. Schrell plädierte für eine Änderung der Planungskultur durch eine stärkere Einbeziehung der Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse. Die Entscheidungsbefugnis des Gemeinderates als einzig demokratisch legitimes Organ der Gemeinde müsse aber bleiben.

Enge Partnerschaft zwischen Direktionen und Gemeinden

Dr. Peter Jahnke, Leiter des Referats Dorf- und Regionalentwicklung im Landwirtschaftsministerium, verwies auf die enge Partnerschaft zwischen den Direktionen für Ländliche Entwicklung und den Gemeinden.

Jahnke forderte die Verantwortlichen auf, Leitbilder und Zielvorstellungen für ihre Gemeinden zu formulieren, um nicht in Orientierungslosigkeit zu fallen. Synergieeffekte und Einsparpotenziale ergäben sich durch interkommunale Zusammenarbeit.

Kommunale Allianz

Wie eine kommunale Allianz in der Praxis funktioniert, stellen eindrucksvoll die beiden Bürgermeister aus dem Auerbergland, Heimo Schmid (Bernbeuren) und Rudolf Zündt (Roßhaupten) vor. Schmid zufolge ist es notwendig, Grenzen zu überschreiten - zuerst die gefühlsmäßigen Grenzen zwischen den Gemeinden, die oft noch sehr dominant sind, dann die Gemeindegrenzen, die oft längst überkommene staatliche Regelungen vorgäben. Die Arbeit mit dem Bürger habe oberste Priorität, erklärte Zündt. In Roßhaupten seien alle Probleme in den Arbeitskreisen ausdiskutiert worden, so lernten die Bürger Stärken und Schwächen kennen. Viele Projekte seien inzwischen in den elf Gemeinden umgesetzt. Die Finanzierung sei über das EU-Förderprogramm LEADER+ erfolgt, für Kommunale Projekte über das Dorfneuerungsprogramm und bis zu 50 Prozent über eine Eigenbeteiligung der Gemeinden. Diese Investitionen dienten dazu, die Wertschöpfung in der Region zu steigern und die Region Auerbergland in eine gute Zukunft zu führen.

Gemeinde Fraunberg im Spannungsfeld

Die Gemeinde Fraunberg im Landkreis Erding befindet sich im Spannungsfeld zwischen dem Flughafen-Umland mit einer explosionsartigen Entwicklung auf der einen und dem negativen Strukturwandel im ländlichen Teilraum auf der anderen Seite. Angesichts dieser Ausgangssituation sei es oft schwierig, eine eigenständige Identität aufzubauen, vor allem weil die Gemeinde aus 42 Ortschaften und Weilern bestehe, so Bürgermeister Hans Wiesmaier. Damit sich neue Möglichkeiten für die Gemeindeentwicklung eröffnen könnten, benötige man Fachleute und Partner, um gemeinsam Strategien zu entwickeln. In Fraunberg sei zur Vorbereitung und Durchführung von Projekten ein Gemeindeentwicklungsverein gegründet worden. Der Verein übernehme die Beteiligung der Bürger und Anrainer und bereite Projekte vor. Auf diese Weise gelinge es, dass die Bürger sich nicht überfahren fühlen, sondern sich mit der Gemeinde und ihrer Entwicklung identifizieren, bemerkte Wiesmaier.

Entwicklungsdruck in den Griff bekommen

Prof. Reichenbach-Klinke stellte schließlich das Entwicklungs- und Handlungskonzept zur Erhaltung der Kulturlandschaft vor, das in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Direktion für Ländliche Entwicklung München umgesetzt wird. Mit dem Instrument der Bodenbevorratung gelingt es, den Entwicklungsdruck in den Griff zu bekommen und die Kombination von Arbeiten und Wohnen im Außenbereich zu erhalten. **DK**

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Die Saure-Gurken-Zeit der Medien scheint heuer schon früh anzubrechen, wenn jetzt alle über die Sonderwirtschaftszone Ost diskutieren.“ Mein Chef, der Bürgermeister, schüttelte den Kopf über die aktuelle Diskussion, in den neuen Ländern Gesetze und Standards außer Kraft zu setzen und Steuern zu senken.

Zwar ist es ganz interessant zu verfolgen, wie ein von der Bundesregierung eingesetzter Berater für den Aufbau Ost eben dieser Regierung Versagen dabei vorwirft; was wiederum ein Regierungssprecher zum Anlass nahm, dem eigenen Experten ins Stammbuch zu schreiben, er solle sich erst mal sachkundig machen. Aber im Grunde ist es doch erschreckend, wenn wir erst fünf Wochen vor dem Beitritt von acht ehemals real-sozialistisch regierten Ländern öffentlich darüber diskutieren, dass unser eigenes Stück ehemali-



alten Europa als zukunfts-trächtiger Markt aber eben zugleich als potenter Mitbewerber gegenüber steht.

Interessant an der Diskussion in Deutschland ist doch, dass mittlerweile allen klar ist: Die Probleme in den jungen Ländern haben viel - wenn nicht alles - mit zu hohen Steuern und Lohn(neben)kosten, überreglementierten Arbeitsmärkten und überbürokratisierten Verwaltungsabläufen zu tun. Deshalb sollten dort dann die Steuern runter, das Tarifkartell aufgebrochen und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. Der Denkfehler liegt darin, dass die Hemmschuhe für die wirtschaftliche Entwicklung in Neufünfland genau die Probleme sind, die auch die wirtschaftliche Dynamik bei uns im Westen fesseln. Eigentlich müsste ganz Deutschland zur Sonderwirtschaftszone erklärt werden - Südhüringen wie Nordostoberfranken, Vorpommern wie Oberbayern.

Die Diskussion, die gerade in Berlin geführt wird, ist richtig schön geeignet davon abzulenken, dass schon jetzt viele Gebiete in den alten Ländern schwer im Abstiegskampf gegen Höchstfördergebiete in den neuen Ländern und die Konkurrenz der neuen EU-Mitglieder stehen. Aber dafür hat die Bundesregierung weder ein Ohr noch ein Konzept.

Uns im Städtchen geht's im Vergleich noch Gold, seufzt mein Chef, der Bürgermeister. Aber wie lange noch? Woran es auch krankt bei uns im Staat, wusste schon Hugo von Hofmannsthal auf dem heutigen Kalenderblatt: „Der mittelmäßige Mensch hält zu knapp nach dem richtigen Gedanken inne; daher die vielen Halb- wahrheiten in der Welt.“

Sonderwirtschaftszone Ost einführen?

ger Ostblock keineswegs glänzender dasteht als Staaten wie Polen oder Ungarn, in die nur ein Bruchteil der Milliarden geflossen ist, die wir - Bürger wie Kommunen - als Aufbauhilfe abdrücken. Geld ist halt nicht alles, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Und auch die Idee einer Sonderwirtschaftszone Ost taucht wie Nessi immer wieder in den Gazetten auf. Solche Zonen haben tatsächlich die Insolvenzverwalter des Sozialismus von Polen bis China in den 80ern/90ern eingerichtet, damit in einer Stadt oder einer Region die Marktwirtschaft und im übrigen Land Marx/Engels siegen konnte. Mittlerweile sind aber sogar die Chinesen nur noch politisch Maoisten und ökonomisch Kapitalisten. Deshalb gibt es von der Oder bis zum Japanischen Meer eine riesige Sonderwirtschaftszone, die uns im



Staatssekretär Meyer bei Landrat Eppeneder:

„Sorge tragen für gute Zukunft Bayerns“

In Ergolding trafen sich der Sprecher der Bürgermeister des Landkreises, Fritz Wittmann, Landrat Eppeneder und Staatssekretär Franz Meyer zu einer Aussprache über ein Bündel kommunalpolitischer Fragen.

Meyer, der Jahrzehnte in der Kommunalpolitik tätig war - darunter 25 Jahre im Kreistag von Passau -, nahm die Anregungen und Anliegen der Repräsentanten des Landkreises Landshut mit größtem Interesse auf: So zeigte er etwa großes Verständnis dafür, dass die Abwasserentsorgung in einem ländlich und klein strukturierten Raum wie Niederbayern die Kommunen vor größere Probleme stelle als Verdichtungsräume. Im Durchschnitt besteht eine Kommune in Bayern aus 22 Ortsteilen, in Niederbayern sind es 43, woran Landrat Eppeneder und Bürgermeistersprecher Fritz Wittmann den Staatssekretär erinnerten. Gerade der Anschluss kleinerer und kleinster Ortsteile sei teuer und schlage am Ende des Ausbaus von Versorgungsnetzen erheblich zu Buche.

Auch die Schülerbeförderung, die im Landkreis Landshut zum Beispiel mit 4,7 Millionen Euro bei den Ausgaben in der Waagschale falle, oder die Kürzung der Unterhaltspauschale für Kreisstraßen durch den Freistaat, die „durchaus schmerzt habe“, sprachen Landrat Eppeneder, Hauptamtsleiter Wittmann und Kämmerer Alram an. Sie äußerten zugleich großes Lob über die rasche Auszahlung zugesagter Mittel durch das Land.

Der Freistaat Bayern könne natürlich nicht die ganze Misere der Gemeindefinanzen aus eigener Kraft beheben, warb Staatssekretär Meyer um Verständnis für die Situation des Landes. Auf der anderen Seite müsse man sehen, dass Bayern mehr für seine Kommunen leiste als jedes andere Bundesland: Die Steuerausfälle, die die Kommunen durch die

absichere. Eine solide finanzielle Ausstattung der Kommunen und Landkreise sei eine zentrale Forderung, von der die bayerische Staatsregierung nicht abrücken werde: Um Lösungen zu erreichen, die auch auf lange Sicht Stabilität und Planungssicherheit bringe, strebe sie für Kommunen gesicherte Einnahmen an Steuern an.

Bayern werde auch künftig auf Bundesebene der große Anwalt der kommunalen Selbstverwaltung sein, versprach der Staatssekretär: Die Übernahme vieler Vorschläge Bayerns auf diesem Gebiet im Bundesrat mache deutlich, dass der Freistaat diese Aufgabe auch schon in der Vergangenheit immer mit großem Nachdruck erfüllt habe. **DK**

Schlicht-Niederlage in Vilseck

Bei der vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof angeordneten Bürgermeisterwahl in Vilseck ist Amtsinhaber Richard Schlicht (CSU) abgewählt worden. Sein Herausforderer Hans Martin Schwertl von einer Wählergemeinschaft konnte sich in der Stichwahl mit 62,6 Prozent der Stimmen klar durchsetzen und übernimmt jetzt den Chefsessel im Rathaus. Die außerordentliche Wahl in der Oberpfalz war notwendig geworden, weil Schlicht bei der Kommunalwahl vor zwei Jahren für seinen Wahlkampf unerlaubt die offiziellen Briefwahlunterlagen verwendet hatte. In zweiter Instanz erklärte der Verwaltungsgerichtshof die Abstimmung für ungültig, weil Schlicht damit gegen die Wahlordnung verstoßen hatte. Schlicht hatte 2002 mit lediglich 37 Stimmen Vorsprung gewonnen. **KI**

Tatort Passau:

Briefbomben-Anschläge auf Dorfner und Zankl

Auf Passaus Landrat Hanns Dorfner und Oberbürgermeister Albert Zankl sind innerhalb von nur neun Tagen Briefbomben-Anschläge verübt worden. Wie schon bei dem versuchten Anschlag auf Hanns Dorfner wurde auch die Briefbombe an Albert Zankl von der Sekretärin geöffnet. Durch Glück und Zufall wurde der Zünder auch diesmal nicht ausgelöst. Die Sekretärin verständigte die Polizei, als sie den verdächtigen Inhalt der Sendung bemerkte.

Der Brief wurde von einem Beamten des Landeskriminalamts untersucht, der in die SoKo „Briefbombe“ der Kriminalpolizei Passau eingebunden ist. Nach Angaben der Passauer Staatsanwaltschaft hatte der Attentäter wieder eine „funktionierende Zündvorrichtung mit 60 Gramm aggressiv abbrennendem Pulver“ geschickt. Als Behälter für den Sprengstoff diente eine harte Plastikbox für Spielkarten. „Bei Zündung“ hätte die Bombe „Verbrennungen verursacht und eine Splitterwirkung“ aus zersprengten Plastikteilen entfalten können.

Belohnung auf 5000 Euro erhöht

Anders als die Briefbombe an Dorfner hatte die Sendung an Zankl einen Absender. Passaus Leitender Staatsanwalt Günther Albert geht jedoch davon aus, „dass der fingiert ist“. OB-Sprecher Walter Simader sagte, im Rathaus sei man seit der Briefbombe an Dorfner bereits „besonders empfindsam und vorsichtig mit Postsendungen“ umgegangen.

Die LKA-Ermittler haben die Belohnung für Hinweise mittlerweile auf 5000 Euro erhöht. Die beiden vereitelten Briefbomben-Anschläge von Passau hat nach Ansicht der Ermittler ein einziger Täter verübt. Der Leitende Oberstaatsanwalt Günther Albert sagte, der Attentäter komme vermutlich aus der Region und versuche mit den Aktionen, Rache zu üben für eine aus seiner Sicht ungerechte Behandlung durch Behörden. Sollte er gefasst werden, erwarten ihn zwischen ein und 15 Jahren Haft. **KS**

Landkreis Passau:

Auszeichnung als umweltbewusster Schulträger

Die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU) hat am 19. Februar 2004 gemeinsam mit dem Umweltbundesamt (UBA) in Berlin engagierte Kommunen und Landkreise ausgezeichnet, die sich als Träger der Schulen für den Umweltschutz einsetzen. Die DGU fördert mit dem Projekt den Dialog zwischen Schulträger und Schule im Sinne der Agenda 21.

Zu den zehn ausgezeichneten Kommunen auf Bundesebene gehört auch der Landkreis Passau. Dieser hatte sich mit einem Gymnasium und einer Realschule, für die als Schulaufwandsträger verantwortlich zeichnet, an dem Wettbewerb beteiligt.

aufgezeichnete Energieverbrauchsdaten und den Energiebericht für die landkreiseigenen Einrichtungen. Auch die Schulung der Schulhausmeister in punkto Energieeinsparung war hier hilfreich.

Selbsteinschätzung

Aufgabe des Landkreises, war es dann, sich selbst anhand einer vorgegebenen Bewertungsskala von 1 (vollständig vorhanden) bis 5 (nicht vorhanden, auch nicht geplant) zu den vorgenannten Themengebieten zu beurteilen. Diese Selbsteinschätzung musste anschließend von beiden Schu-

len aus deren Sicht in einer gesonderten Skala von „bestätigt“ bis „nicht zutreffend“ nochmals bewertet werden.

Die Prüfung und Auswertung der Unterlagen im Oktober vergangenen Jahres durch eine Fach-Jury im Umweltbundesamt brachte schließlich das erfreuliche Ergebnis, dass das Engagement des Landkreises Passau als Sachaufwandsträger der landkreiseigenen Schulen im Umweltbereich über Jahre hinweg als beispielhaft hervorzuheben ist.

Stolzer Landrat

„Dies ist sowohl auf das besondere Engagement der Schulen selbst als auch auf die gute Zusammenarbeit zwischen den Schulen und dem Aufwandsträger zurückzuführen“, stellte ein zufriedener und stolzer Landrat Hanns Dorfner zur Auszeichnung fest.

Nachdem der Titel „Schulträger 21“ von der DGU alle zwei Jahre vergeben wird, muss man sich in zwei Jahren erneut diesem Wettbewerb stellen, wozu die jetzige Auszeichnung zusätzlicher Ansporn sei, so Landrat Dorfner.



Landrat Hanns Dorfner (vorne Mitte) mit Schulleitern und Mitarbeitern aus dem Amt.

Schlicht-Niederlage im oberpfälzischen Vilseck

Bei der vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof angeordneten Bürgermeisterwahl in Vilseck ist Amtsinhaber Richard Schlicht (CSU) abgewählt worden. Sein Herausforderer Hans Martin Schwertl von einer Wählergemeinschaft konnte sich in der Stichwahl mit 62,6 Prozent der Stimmen klar durchsetzen und übernimmt jetzt den Chefsessel im Rathaus.

Die außerordentliche Wahl in Aus bayerischer Sicht, gehörte neben dem Landkreis Passau nur noch die Stadt Regensburg zu den Preisträgern.

der 6500-Einwohner-Stadt in der Oberpfalz war notwendig geworden, weil Richard Schlicht bei der Kommunalwahl vor zwei Jahren für seinen Wahlkampf unerlaubt die offiziellen Briefwahlunterlagen verwendet hatte.

Verstoß gegen Wahlordnung

In zweiter Instanz erklärte der Verwaltungsgerichtshof die Abstimmung für ungültig, weil Schlicht damit gegen die Wahlordnung verstoßen hatte. Er hatte 2002 mit nur 37 Stimmen Vorsprung gewonnen. **DK**

Eberle feierte 75. Geburtstag

Am 3. April feierte Regierungspräsident a. D. Raimund Eberle seinen 75. Geburtstag. Der Amtsvorgänger von Regierungspräsident Werner-Hans Böhm lenkte von Januar 1975 bis Ende April 1994 fast 20 Jahre lang die Geschicke des Regierungsbezirkes Oberbayern.

In Eberles Amtszeit fielen Großvorhaben wie die Planfeststellung für den neuen Flughafen München im Erdinger Moos, das seinerzeit das größte in Deutschland durchgeführte Verwaltungsverfahren war und von der ersten Planung bis zur Eröffnung des Flughafens im Mai 1992 beinahe 25 Jahre dauerte. Beim Projekt „Ringkanalisation für den Chiemsee“ galt es viele unterschiedliche Interessen und Belange zu berücksichtigen.

Mit Engagement und beherrzter Öffentlichkeitsarbeit gelang es Eberle, dem Chiemseewasser wieder zu Trinkwasserqualität und dem Chiemgau zu einem attraktiven Tourismusziel zu verhelfen. Ob Abfallwirtschaft, soziale Belange, oberbayerisches Brauchtum oder Naturschutz, vielseitig waren die Anliegen Eberles, die er auch für den Laien verständlich in seiner wöchentlichen Kolumne „Auf meinem Schreibtisch“ geschildert hat. Auch nach seiner Pensionierung nimmt Raimund Eberle nach wie vor aktiv und interessiert am Geschehen in Oberbayern teil. **DK**

Vorschau auf GZ 9

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 9, die am 6. Mai erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- ≧ Kommunalfinanzen
- ≧ Wasser · Abwasser
- ≧ Kommunale Baupolitik
- ≧ Kommunalfahrzeuge